# Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

28. Jahrgang

Sept. 1935

Heft 9

## Die Ansiedlung von Industriearbeitern

**Vortrag auf dem ersten „Tag der deutschen Technik" Breslau 1935**

Von Ing. Dr. W. WIEDEMANN VDI, Berlin

*Dank weitgehender finanzieller Unterstützung und sonstiger Beihilfen zahlreicher industrieller Werke sind in den letzten Jahren Tausende von Kleinsiedlungen geschaffen worden, um den schaffenden Menschen wieder mit dem Grund und Boden zu verwurzeln. Deutschland ist ein industrielles Land und wird es bleiben. Industrielle Krisen werden nie zu vermeiden sein. Sie werden aber leichter zu überwinden sein, wenn der größte Teil der Industriearbeiter durch die Siedlung krisensicher angesetzt und daher bei eintretender Kurzarbeit bzw. bei Erwerbslosigkeit nicht sofort — wie der landlose Arbeiter in den Städten — auf öffentliche Wohlfahrt angewiesen ist. Dazu kommen ethische, rassische und hygienische Gesichtspunkte, aus denen heraus solche Industriesiedlungen zu begrüßen und zu fördern sind. All den Betriebsführern gebührt Dank und Anerkennung, die trotz großer Schwierigkeiten die Keimzellen zu dem großen deutschen Siedlungswerk im Sinn unseres Führers geschaffen haben. Vergessen wir nicht, daß trotz weitgehender staatlicher und gemeindlicher Unterstützung viele Siedlungen erst durch die Privatinitiative dieser Betriebsführer entstehen konnten. Im Interesse der weiteren Förderung des industriellen Siedlungswerkes dürfte es daher liegen, wenn nachfolgend an Hand einer Reihe durchgeführter Siedlungen über bereits vorliegende Erfahrungen berichtet wird. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann naturgemäß nur Grundsätzliches gestreift werden; es wird hierbei gleichzeitig Bezug genommen auf die Verordnung des Reichs- und Preußischen Arbeitsministers vom 19. Februar 1935 und folgende sowie auf das Merkblatt über „Errichtung von Arbeiterwohnstätten"* [1]*.*

*Die nachfolgenden Ausführungen erstrecken sich auf die Siedlungen folgender Werke: Talbot G. m. b. H., Aachen; Siemens, Berlin; AEG, Berlin-Waltersdorf; I. G. Farben-Werke, Ludwigshafen a. Rh. und Wolfen b/Bitterfeld; Osram, Berlin-Hohenneuendorf; Carl Zeiß, Jena; Hirsch-Kupfer, Finow (Mark); Krupp-Gruson, Magdeburg. Weitere ausführliche Einzelheiten sind einer Sonderschrift des Verfassers vorbehalten* [2]*.*

### Ausgangspunkt der Siedlung: Der arbeitende Mensch

Im Gegensatz zu der vorstädtischen Kleinsiedlung, in der vorwiegend Erwerbslose angesetzt wurden, und die daher nicht in der Lage waren, den übernommenen finanziellen Verpflichtungen gerecht zu werden, bzw. die nicht über die notwendigsten Mittel zu einer erfolgreichen intensiven Bewirtschaftung der Siedlerstelle verfügten, wird bei der Industriesiedlung von dem arbeitenden Menschen ausgegangen. So heißt es z. B. in dem erwähnten Erlaß des Reichsarbeitsministers einleitend:

> Die Reichsregierung sieht in der (vorstädtischen) Kleinsiedlung die beste Siedlungsform für die werktätige, minderbemittelte Bevölkerung, weil sie geeignet ist, den deutschen Arbeiter wieder bodenständig zu machen, und ihn zugleich befähigt, aus dem Wirtschaftsertrag der Stelle eine wichtige Ergänzung seines sonstigen Einkommens zu gewinnen. Die Reichsregierung ist daher gewillt, die Kleinsiedlung auch in Zukunft mit allen Mitteln zu fördern.

In den Siedlungen der genannten Werke fanden wir ausschließlich Voll- und Kurzarbeiter. So arbeiteten s. Z. die Siedler der

| | |
|---|---|
| Talbot-Werke | 40 Stunden in der Woche (an 5 Tagen) |
| Siemens-Werke | 4 bis 5 Tage in der Woche |
| AEG-Werke | 32 bis 40 Stunden wöchentlich |
| I. G. Farben-Werke | |
| Wolfen | 40 Stunden wöchentlich |
| Ludwigshafen | 40 Stunden wöchentlich |
| Osram | 48 Stunden wöchentlich |
| Zeiß, Jena | 48 Stunden wöchentlich |
| Krupp-Gruson | 48 Stunden wöchentlich |

Alle Siedler verfügen also über ein festes hauptberufliches Einkommen.

Als eine der wesentlichen Neubestimmungen zur Vermeidung von Fehlinvestitionen ist vom Arbeitsminister weiter vorgeschrieben, daß künftig Neusiedlungen nur dort eingerichtet werden dürfen, wo die wirtschaftliche Existenz der Siedler dauernd gesichert ist.

### Siedlerauswahl

Eine sorgfältige Siedlerauslese ist die Voraussetzung für den Erfolg der Siedlung. Werkleitung, Werkfürsorge,

Abb. 1. AEG-Siedlung Waltersdorf, Kreis Teltow
Treuhänder: Brandenb. Heimstätte
Diese Siedlung wurde im Jahre 1933 vor den Toren Berlins erbaut (100 Stellen)
Photograph: Max Krajewsky, D. W. B., Lichtbildwerkstatt, Charlottenburg 1

1) Herausgegeben von: Reichsgruppe Industrie, Berlin W 35 — Deutscher Gemeindetag, Berlin NW 40 — Reichsheimstättenamt der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront, Berlin W 35 — Wirtschaftsgruppe Bauindustrie, Berlin W 35 — Reichsverband Deutscher Heimstätten, Berlin W 8 — Hauptverband deutscher Wohnungsunternehmen, Berlin W 35 — Bund deutscher Architekten, Berlin W 35.

2) Vom Verfasser erscheint demnächst im VDI-Verlag ein Buch über Industriesiedlungen mit Beispielen ausgeführter Siedlungen in Deutschland und Amerika.

Vertrauensrat und Siedlungsträger wirken hier aufs engste zusammen, um die richtige Auswahl zu treffen. Hinzu tritt heute in noch stärkerem Maße die Mitwirkung der Heimstättenämter der NSDAP und der DAF. Für die Siedlung kommen alle ehrbaren minderbemittelten deutschen Volksgenossen in Frage, die ebenso wie ihre Angehörigen national zuverlässig, rassisch wertvoll, gesund und erbgesund sind.

Innerhalb des zugelassenen Personenkreises wurden Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer der nationalen Arbeit, in allen Fällen aber kinderreiche Familien bevorzugt berücksichtigt.

In diesem Sinne erfolgte auch bisher von seiten der Werke die Auswahl der Siedler, die sich allenthalben in großer Zahl freiwillig für die Siedlerstellen gemeldet hatten. Eine Bevorzugung irgendeiner Arbeiterberufsgruppe fand nirgends statt, vielmehr wurde in erster Linie darauf gesehen, ob es sich bei den Siedlungsanwärtern um gut beleumundete Werkangehörige handelte, die hinsichtlich ihrer Charaktereigenschaften und Leistungen im Betriebe gut beurteilt wurden, so daß ein Interesse darin bestand, sie als Stammarbeiter zu erhalten. Bevorzugte Berücksichtigung fanden überall die kinderreichen Familien, jedoch schloß dies nicht aus, daß auch Jungverheiratete als Siedler zugelassen wurden. Von diesen waren jedoch nur wenige anzutreffen. Man sollte aber in bestimmtem Umfange mehr Jungverheiratete ansetzen, um ihnen durch die Siedlung die Möglichkeit zur Gründung eines eigenen Hausstandes und einer Familie zu geben.

## Kosten für Aufbau und Einrichtung

Die Kosten der einzelnen Siedlerstelle und die sich hiernach ergebende Gesamtbelastung für den Siedler müssen so gering wie nur irgend möglich gehalten sein. Die baren Kosten für den Aufbau und Einrichtung sollen für die Normalsiedlerstellen ohne Zusatzdarlehen aus Reichsmitteln in der Regel nicht höher sein als 3500 RM. Nur unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Erhöhung auf 4500 RM zulässig, die in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen, namentlich auch bei Großstädten und in industriell stark durchsetzten Gebieten mit hohem Preis- und Lohnstand den Betrag von äußerstenfalls 5000 RM nicht überschreiten darf. Werden keine Reichsmittel beansprucht und handelt es sich um eine „anerkannte Kleinsiedlung“ [3]) so liegt die Höchstgrenze bei 6000 RM. In diesen Summen ist die Selbst- und Nachbarhilfe nicht enthalten, auf die nach wie vor grundsätzlich Wert gelegt wird.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung der erwähnten Siedlungen lagen im allgemeinen im Rahmen dieser Vorschriften. Sie betrugen bei:

| | | |
|---|---|---|
| Talbot | | 2500 RM |
| Siemens | | 3250 „ |
| I. G. Farben, Wolfen | | 3200 „ |
| I. G. Farben, Ludwigshafen | | 4000 „ |
| Osram | | 5900 „ |
| Krupp-Gruson | | 2600 „ |
| AEG | | 4350 „ |
| Zeiß | um | 6000 „ |
| Hirsch-Kupfer | | 3500 „ |

## Größe der Siedlerstelle

Den ersten Ausbau der Siedlerstelle wird man zunächst nur in dem Ausmaße vornehmen, wie dies nach dem Familienstand des Siedlers unumgänglich notwendig ist, wobei spätere An- bzw. Ausbaumöglichkeiten von vornherein vorzusehen sind. Man trifft heute aber bei vielen Siedlungen bereits einen ersten Ausbau, der auf den zukünftigen Wohnraumbedarf der Familie zugeschnitten ist. Meistens leidet dann hierunter die wirtschaftliche Einrichtung der Siedlerstelle, auf die besonderer Wert gelegt werden muß. So fehlte z. B. meistens ein geeigneter großer Raum, der als Arbeitsplatz für kleine handwerkliche Arbeiten usw. benutzt werden kann.

Dem Charakter der Wirtschaftsheimstätten entspricht es, daß genügend Land zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt wird. Die ursprünglich vorgesehene Mindestgröße von 600 m² ist als unzureichend anzusehen. Es ist daher zu begrüßen, daß nach den neuen Richtlinien die Siedler über mindestens 1000 m² reines Nutzland verfügen müssen, von denen aber in jedem Falle 600 m² beim Hause liegen sollen. Treffen diese beiden Mindestvoraussetzungen nicht zu, so wird ein Reichsdarlehen nicht gewährt. Auf Grund der bis jetzt vorliegenden Erfahrungen kann nur empfohlen werden, 1000 m² als äußerste Mindestgröße anzusehen, wenn durch die Siedlerstellen ein wirtschaftlicher Erfolg erzielt werden soll.

Bei den erwähnten Siedlungen finden wir hinsichtlich Größe der Siedlerstellen Abstufungen zwischen 600 und 2000 m². In der Regel lagen sie um 1000 m² und 1200 m² ohne Zusatzpachtland. Bei den Siedlerstellen mit nur 600 m² handelte es sich in erster Linie um Siedlungen, die nach den allerersten Richtlinien vor einigen Jahren bereits erstellt wurden.

Für entsprechendes ausreichendes Zusatzpachtland ist bei allen Kleinsiedlungen gesorgt worden, so daß für die Bewirtschaftung hinreichendes Land zur Verfügung steht. Jedoch fehlte es bei manchen Siedlungen noch an der entsprechenden Anleitung und an der ständigen Betreuung der Siedler. Es dürfte sich daher empfehlen, in Verbindung mit dem Heimstättenamt anerkannte Fachleute mit anzusetzen, die die Siedler in allen Fragen der landwirtschaftlichen Nutzung und in der Kleintierhaltung beraten. Gleichzeitig kann auf diese Weise auch systematisch darangegangen werden, zu ermitteln, was die Siedler aus dem Grund und Boden bei zweckentsprechender Bewirtschaftung herausholen unter Berücksichtigung der Aufwendungen. Durch Einzelbefragen der Siedler ist es bisher nicht möglich gewesen, ein einigermaßen genaues Bild zu erhalten.

## Geländebeschaffung

Das für die Siedlungen erforderliche Gelände wurde entweder von den Werken gegeben oder von den Gemeinden bzw. Stadtverwaltungen. Die Werke verfügten vielfach über eigenes Gelände, das in diesem Umfange für Erweiterungen nicht mehr benötigt wurde. Der Kaufpreis lag zwischen 0,80 und 1,30 RM/m² je nach Lage und Güte. Der Pachtzins betrug in der Regel 3 oder 4 Rpf/m². Es ist zu erwarten, daß die Gemeinden in stärkerem Maße als bisher geeignetes Gelände zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen.

## Eigentumsverhältnisse

Wir kennen aus der Vor- und Nachkriegszeit die große Zahl von Werkswohnungen, die teilweise vorbildlich und vielfach in Form von Eigenheimen für die Arbeiter- und Angestelltenschaft von industriellen Werken geschaffen waren. Hier war und ist der Arbeitnehmer Mieter des Hauses bzw. Pächter des Grundstücks. Eigentümer

[3]) Richtlinien des Reichs- u. Preußichen Arbeitsministers vom 20. II. 33, 12. II. 35 und 8. VI. 35.

jedoch konnte er nie werden. Wohn- und Arbeitsverhältnisse waren eng miteinander verquickt. Bei der industriellen Kleinsiedlung dagegen wird der Siedler nach Ablauf einer bestimmten Probezeit — meistens 3 Jahre — Eigentümer unter der Voraussetzung, daß er in dieser Zeit seine Eignung erwiesen und unter Beweis gestellt hat, jederzeit seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Hierdurch wird der Siedler im Gegensatz zum Pächter viel stärker mit seiner Scholle, mit dem Grund und Boden verbunden. Er wird mit einem ganz andern Interesse, mit Liebe und Sorgfalt sich der Pflege und dem weiteren Ausbau seines Besitzes widmen; verschafft er doch somit sich, seiner Familie und seinen Nachkommen ein Stück Eigentum am deutschen Grund und Boden.

Bis heute haben sich aus dieser Eigentumsübertragung irgendwelche Nachteile nicht ergeben. Man darf hierbei nicht übersehen, daß langjährige Erfahrungen auch noch nicht vorliegen können. Mit einem Ausscheiden des Siedlers aus dem Werk wird aber in den seltensten Fällen zu rechnen sein, da es sich bei den Siedlern in erster Linie um Stammarbeiter handelt. Sollte der Siedler seinen Arbeitsplatz und seine Siedlerstelle aufgeben, so wird sich leicht ein Ersatzmann finden, der die Stelle übernimmt und den ausscheidenden Siedler ausbezahlt.

Stirbt der Siedler, so ändert sich an den Eigentumsverhältnissen nichts, sofern die Angehörigen die laufenden Verpflichtungen übernehmen, die in der Regel unter dem Betrage, den die Hinterbliebenen für eine meist schlechtere Wohnung aufbringen müßten, liegen werden.

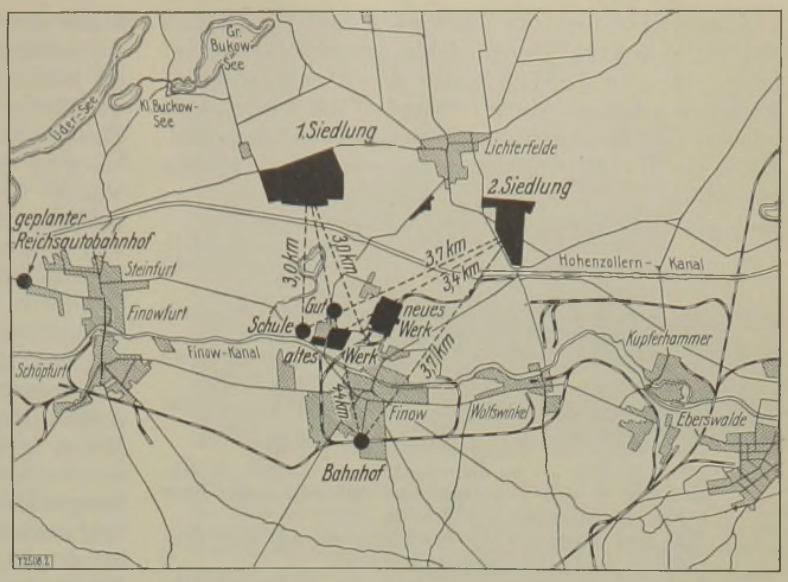



**Abb. 2. Lageplan der „Dietrich-Eckart-Siedlung" der Hirsch-Kupfer-Werke in Finow (Mark)**
**Das Werk, das über einen sehr erheblichen land- und forstwirtschaftlichen Besitz verfügt, hat das Land für die Siedlung zur Verfügung gestellt zum Preise von 125 RM je Morgen. Die Siedlung liegt jenseits des Hohenzollernkanals, aber doch noch so nahe am Werk, daß die Arbeitsstätte in 10 bis 15 Minuten mit dem Fahrrad zu erreichen ist**

## Finanzierung

Die Finanzierung bot anfänglich kaum nennenswerte Schwierigkeiten, bildete doch das Reichsdarlehen in Höhe von 2500 RM mit Zusatzdarlehen von 250 bzw. 500 RM für kinderreiche Familien zu $^9/_{10}$ das Rückgrat.

Es war klar, daß die Form der fast ausschließlichen Finanzierung mit Reichsmitteln auf die Dauer unmöglich beibehalten werden konnte. Der Staat wollte durch Bereitstellung von Mitteln zunächst das Siedlungswerk nur in Gang bringen. In der Folge sollte jedoch der private Geldmarkt die Siedlungsvorhaben nach und nach weiter finanzieren.

Bei zunehmender Siedlungstätigkeit mußte, nachdem über den Betrag von 195 Mill. RM vom Reich weitere Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden, dazu geschritten werden, die restlichen Reichsmittel durch private Gelder zu strecken. Die erforderlichen Gelder wurden meist von einer für die Zwecke der Siedlung gegründeten Gesellschaft oder Genossenschaft, von den Werken selbst bzw. von den Pensions- oder Werksparkassen aufgebracht.

Die Spitzenfinanzierung erfolgte in erster Linie durch die Selbsthilfe und mit finanziellen Beihilfen der Werke in Form von verlorenen Baukostenzuschüssen bzw. zinslosen Darlehn. So hatten bis 1934 z. B. die Siemens-Werke

| | |
|---|---|
| an verlorenen Bauzuschüssen . . . | 300 000 RM |
| an zinslosen Darlehn . . . . . | 100 000 „ |
| insgesamt . . . . . | 400 000 RM |

Zuschüsse gewährt.

Nachdem die Mittel des Reiches erschöpft waren, blieb nur noch die Möglichkeit der Finanzierung mit privaten Mitteln oder mit Geldern öffentlich-rechtlicher Körperschaften übrig. Das bedeutete, daß die Siedlung zu einer sicheren und ertragbringenden Kapitalsanlage gemacht werden mußte — also:

Normale Verzinsung des Anlagekapitals und angemessene Tilgungsdauer bei genügender Sicherheit.

Wenn auch nur vereinzelt, so liegen doch bereits Erfahrungen vor hinsichtlich der Finanzierung von Industriesiedlungen mit ausschließlich privaten Mitteln. Besonders interessant und lehrreich ist die Finanzierung der Siedlung der Krupp-Gruson-Werke, Magdeburg, die vollkommen ohne Reichsgelder erfolgte. Dies wurde dadurch erreicht, daß es gelang, eine Versicherung für die Finanzierung zu interessieren. Der Siedler schloß mit dieser Gesellschaft eine Lebensversicherung ab und trat gleichzeitig seine Rechte aus dieser Versicherung an die Gesellschaft ab. Die Versicherung diente also zur Rückzahlung des Darlehns. Bei Fälligkeit der Versicherung, d. h. im Erlebens- oder Todesfall, erhält der Siedler bzw. der Erbe den Überschußbetrag ausbezahlt. Der gegebene Kredit — in diesem Fall handelt es sich um 2500 RM — wurde hypothekarisch sichergestellt.

Der Vorteil dieser Finanzierungsmethode liegt darin, daß bei Fälligkeit der Versicherung — im Erlebensfall sind es 25 Jahre — die Hypothek gelöscht wird und das Grundstück somit schuldenfrei ist.

Eine weitere Siedlung, die ausschließlich mit privaten Geldern finanziert wurde, ist die der Osram-Werke in Hohenneuendorf, Kreis Niederbarnim. Die Finanzierung zeigt folgendes Bild:

75 % Tilgungshypothek einer Lebensversicherungsgesellschaft.
1300 bis 1400 RM Hypothek der Osram-Werke.
300 bis 400 RM Eigenkapital der Siedler.
60 RM Wert der Selbsthilfe.

Die Kosten je Siedlerstelle betragen 5900 RM.

Siedlungen mit ausgesprochener Privatfinanzierung sind noch sehr selten anzutreffen. Der private Geldmarkt ist

z. Z. außerordentlich zurückhaltend, obwohl es sich doch hier um sichere Beleihungsobjekte handelt. Leider besteht vielfach bei Kreditinstituten eine Abneigung, kleine Objekte mit Mieten zwischen 25 und 40 RM monatlich zu beleihen. Es ist jedoch zu erwarten, daß auf dem Geldmarkt ein Wandel eintreten wird, wenn man erkannt hat, daß:

1. sich das Risiko auf viele Schuldner verteilt,
2. es sich jeweils nur um kleinere Summen handelt,
3. die Industriesiedlung stets ein begehrtes Objekt sein wird,
4. bei der herrschenden Wohnungsnot die Siedlerstelle stets leicht verkaufbar ist,
5. die Belastung sich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bewegt,
6. durch ständigen Ausbau der Marktwert erhöht wird,
7. der Siedler zur Stammbelegschaft gehört,
8. jeder Siedler — im Gegensatz zur vorstädt. Kleinsiedlung — einen Arbeitsplatz hat und somit über festes Einkommen verfügt.
9. Zins und Tilgung ohne Schwierigkeit aus dem Einkommen bestritten werden können,
10. geeignete Siedlerauswahl und die Wirtschaftlichkeit der Siedlerstelle die Sicherheit des Kredits gewährleisten werden.

Für die Aufnahme von Fremdkapital kommen erst- und zweitstellige Hypotheken in Frage, die mit Unterstützung der Heimstättenämter auf dem freien Kapitalmarkt unterzubringen wären. Erfreulicherweise übernimmt das Reich unter bestimmten Voraussetzungen für zweite Hypotheken eine Bürgschaft.

Da Reichsmittel zur weiteren Mitfinanzierung nicht zur Verfügung stehen, so sollen die früher für die Kleinsiedlung gewährten Reichsdarlehen durch eine Ablösungsaktion erneut der Siedlung nutzbar gemacht werden. Die somit freigewordenen Beträge können dann in Form des nachstellig hypothekarisch zu sichernden Darlehns für die Spitzenfinanzierung mit herangezogen werden. Die Reichsregierung ist bereit, im Rahmen der freigewordenen Mittel je Stelle bis zu 1000 RM zur Verfügung zu stellen, u. U. mit Zusatzdarlehn bis zu 400 RM.

Es darf von den Finanzierungsinstituten aller Art (Realkreditinstituten, Sparkassen, Lebensversicherungsgesellschaften, Feuerversicherungsgesellschaften usw.) erwartet werden, daß sie sich nunmehr an der Finanzierung in weitgehendem Umfange beteiligen angesichts der außerordentlichen Bedeutung, die der Kleinsiedlung jetzt und in Zukunft zukommt. Zudem bietet die planmäßige Durchführung der Siedlungsvorhaben und die neuen Richtlinien nach menschlichem Ermessen die Gewähr, daß die Hergabe von Hypotheken für Kleinsiedlungen als eine sichere Kapitalsanlage gelten kann.

Die Spitzenfinanzierung in Höhe von 25 bis 30 % dürfte keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten. Der Arbeiter soll etwa 20 % des Haus- und Bodenwertes selbst beisteuern. Im allgemeinen wird er jedoch nur bis zu 10 % — und das auch nicht in allen Fällen — aufbringen können. Hier wird in erster Linie die Selbsthilfe des Siedlers einzusetzen haben, ergänzend dazu Kredite der

1. Gemeinden,
2. gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften als Bauherren,
3. Arbeitsfront,
4. Werke.

## Selbsthilfe der Siedler

In weitem Umfange wurde bisher von der Selbsthilfe der Siedler Gebrauch gemacht. Diese Inanspruchnahme der Selbsthilfe ergab sich einmal aus ideellen und aus materiellen Gründen. Aus materiellen Gründen war die Mitarbeit der Siedler insofern erforderlich, weil diese im allgemeinen nicht in der Lage waren, das erforderliche Eigenkapital in bar beizusteuern. — Nach den Richtlinien sollen es mindestens 20 % des Bau- und Bodenwertes sein. — Da die Siedler selten über dieses Eigenkapital verfügen oder es in absehbarer Zeit nicht ersparen können, so kommt als Ausgleich hierfür in erster Linie die Eigenleistung des Siedlers in Form der Selbst- und Nachbarhilfe in Frage, die entsprechend angerechnet wird. Hinsichtlich der ideellen Seite ist vor allem zu werten, daß durch die aktive Mitarbeit jeder einzelne die Siedlung von Anfang an entstehen sieht, somit in den organischen Aufbau hineinwächst und aus eigener Anschauung die Mühen kennenlernt. Der Siedler ist somit viel enger mit der Siedlung verwachsen, als wenn er ein schlüsselfertiges Haus bezieht. Jede freie Minute wird der Siedlung geschenkt. Durch die aktive Mitarbeit beim Aufbau hat der Siedler gleichzeitig sich wertvolle handwerkliche Fähigkeiten erworben, die ihm später bei weiterem Ausbau der Siedlerstelle zugute kommen. Er kann somit in zusätzlicher Freizeitgestaltung manche Arbeiten zur Vervollständigung oder Verbesserung seiner Siedlung vornehmen, Arbeiten, die sonst wegen fehlender Mittel unterblieben.

Die Zusammenstellung der Selbsthilfegruppen — namentlich in Verbindung mit wechselnden Arbeitsschichten — verursachte teilweise Schwierigkeiten, vor allem dann, wenn im Werk in zwei oder drei Schichten gearbeitet wurde. Die Siedler standen dann in bestimmten Zeitabschnitten den Baufacharbeitern als Hilfsarbeiter nicht zur Verfügung. In solchen Fällen mußte entweder auf zusätzliche Bauhandwerker zurückgegriffen werden, wodurch eine geringe Verteuerung des Bauvorhabens eintrat — oder es mußte eine zeitweise Beurlaubung der Siedler durch das Werk erfolgen, wie es z. B. in der I. G.-Siedlung in Wolfen geschah. So erhielten die Siedler in der Zeit, wo sie neben ihrer Freizeit für bestimmte Arbeiten länger auf der Baustelle benötigt wurden, einen bezahlten Werkurlaub bis zu 6 Wochen, der später durch entsprechende Mehrarbeit ohne Bezahlung abgearbeitet wurde. Die I. G. Farbenwerke Ludwigshafen dagegen beurlaubten ihre Siedler auf ½ Jahr, damit sie ungestört am Siedlungsaufbau mithelfen konnten. Dadurch wurde andern arbeitslosen Volksgenossen die Möglichkeit gegeben, für diese Zeit im Werk arbeiten zu können. Es war selbstverständlich, daß bei einer Wirtschaftsbelebung das Werk bei späteren Neueinstellungen zuerst auf diese Kräfte zurückgriff, die in dieser Zeit im Werk bereits gearbeitet und ihr Können unter Beweis gestellt hatten. Dank der Wirtschaftsbelebung ist es der Firma möglich gewesen, diese neuen Arbeitskräfte auch nach dem halben Jahr im Werk weiter zu beschäftigen. Diese Siedler begnügten sich in den 6 Monaten mit den kargen Mitteln der öffentlichen Unterstützung.

Durch die Forderung nach Selbsthilfe in Verbindung mit Kurzarbeit haben sich hier und da Schwierigkeiten ergeben, die meistens durch die frühere lange Erwerbslosigkeit der Siedler bedingt waren. Manche Siedler konnten sich z. B. nicht zum teilweisen Verzicht auf Arbeit entschließen, nachdem sie nach Zeiten jahrelanger Erwerbslosigkeit nun endlich wieder Arbeit und Einkommen hatten. Sie hätten lieber auf die Siedlung verzichtet, nur um nicht wieder in ihrem Arbeits-

einkommen geschmälert zu werden. Diese Einstellung ist zu verstehen, wenn man berücksichtigt, in welchen wirtschaftlichen Verhältnissen die Erwerbslosen lange Zeit gelebt hatten. Jeder Pfennig Mehrverdienst war hier natürlich im Interesse der gesamten Familie bitter notwendig. In Finow — Hirsch-Kupfer — hat man sich daher dadurch geholfen, daß für den Aufbau der Siedlung zusätzlich Bauhandwerker eingestellt wurden, die die Siedler bezahlten. Das erforderliche Geld wurde vom Werk vorgeschossen und in kleinen Teilbeträgen durch Einbehaltungen vom Lohn getilgt. Die Selbsthilfe erstreckte sich hier nur auf die Freizeit.

Aus dem Rahmen der hier behandelten Siedlungen fällt die der Firma Zeiß, Jena, weil hier auf die Selbsthilfearbeit der Siedler ganz verzichtet wurde. Diese Häuser werden ausschließlich im freien Baumarkt erstellt. Der Siedler übernimmt das Haus schlüsselfertig. Hier ist zu berücksichtigen, daß es sich um eine hochqualifizierte Arbeiterschaft handelt, die Präzisionsarbeit ausführt. Die schwere, körperliche, handwerkliche Arbeit in Form der Selbsthilfe kommt daher aus Gründen fabrikatorischer Feinstarbeit nicht in Betracht. Wenn auch die Herstellungskosten hierdurch gegenüber der Selbsthilfebauweise wesentlich höher liegen, so hat dennoch die Firma durch entsprechende Form der Finanzierung es verstanden, die Belastung in durchaus tragbaren Formen zu halten, wobei die Lohnhöhe des gut bezahlten Qualitätsarbeiters zu berücksichtigen ist.

## Belastung für den Siedler

Dem Siedler dürfen nicht untragbare Lasten erwachsen, die ihn niederdrücken, und die ihn nicht zum frohen, freien Menschen werden lassen. Hierzu ist nicht nur die Höhe, sondern auch die Dauer der finanziellen Verpflichtungen zu zählen. Deshalb sollen die Gesamtkosten für Aufbau und Einrichtung einer Stelle nicht mehr als 5000 RM betragen. Hierin ist nicht der Preis für Grund und Boden und für anzurechnende Selbsthilfe enthalten.

Die Erfahrungen zeigen, daß mit einem Betrag um 5000 RM gute, wohnliche, ansprechende und nach der wirtschaftlichen Seite hin vollkommene Siedlungen erstellt werden können. Durch diese Beschränkung halten sich auch die finanziellen Verpflichtungen für die Siedler in durchaus tragbaren Grenzen.

Die niedrigste Belastung durch Zins und Tilgung für Haus und Boden lag bei 15 RM monatlich (Talbot) und die höchste bei 32,50 RM monatlich (Osram). Im Mittel lag sie bei etwa 23 RM. Die Abweichungen sind einmal auf die unterschiedliche Höhe der Baukosten und auf die verschiedenen Tilgungszeiten zurückzuführen.

Greifen wir zur näheren Erläuterung ein Objekt mit guten Mittelwerten heraus, wie z. B. die Siedlungen

der I. G. Farbenindustrie A.-G. Betriebsgemeinschaft Oberrhein, Werke Ludwigshafen und Oppau,

so zeigt sich folgendes Bild:

| | |
|---|---|
| Erstellungswert (mit Selbsthilfe) . . . . . | 4000,00 RM |
| Monatliche Belastung (Zins und Tilgung des Darlehns 20,00 RM, Erbbauzins 3,30 RM) | 23,30 „ |
| Bisherige Ausgaben der Siedler für Stadtwohnung (im Mittel) . . . . . | 30,00 „ |
| Schuldenfreies Eigentum in 22 Jahren | |

Abb. 3. Eigenheim-Siedlung der Carl Zeiß-Werke, Jena
Die Siedlung umfaßt 342 Eigenheime mit Gartenzulage für Feinmechaniker, für die schwere Handarbeit nicht in Frage kommt. Alle Häuser liegen an neu angelegten Privatstraßen im Anschluß an eine durchgehende Hauptstraße mit elektrischer Straßenbahn. Die Entfernung zum Werk beträgt nur 3 km

Man wird eine solche Siedlung in jeder Beziehung als normal und für den Siedler als wirtschaftlich tragfähig bezeichnen können. In diesem Rahmen dürften sich auch in Zukunft die weiteren Siedlungsvorhaben bewegen, vor allem, sofern sie mit Reichsmitteln bzw. mit Reichsbürgschaft erstellt werden. Sehen doch z. B. die Richtlinien eine Gesamtbelastung von höchstens 25 RM (auf jeden Fall nicht höher als ¼ des Gesamteinkommens des Siedlers) vor.

## Tilgungszeiten

Hinsichtlich der Tilgungszeit sind bis jetzt leider keinerlei Empfehlungen gegeben worden, obwohl gerade die Tilgungsdauer vom Standpunkt der Finanzierung und im Interesse der Siedler unbedingt einer Regelung bedarf, finden wir doch vielfach Tilgungszeiten von 38, 40 bis zu 46 Jahren. Zieht man hierbei in Betracht, daß das Durchschnittsalter der Siedler in den von mir untersuchten Siedlungen bei etwa 40 Jahren liegt, so bedeutet das, daß die meisten der Siedler den Zeitpunkt nicht mehr erleben, an dem die Siedlerstelle schuldenfrei wird.

| Kleinsiedlung der Firma | Baukosten | Belastung für den Siedler monatlich | Durchschnittliche Miete der Stadtwohnung | Schuldenfreies Eigentum der Siedlerstelle |
|---|---|---|---|---|
| Krupp-Gruson | 2600 RM* | 25,00 RM | — | in 25 Jahren |
| Talbot | 2500 " | 15,00 " | 30 bis 40 RM | " 38 " |
| J.G. Wolfen | 3200 " | 20,00 " | — | " 46 " |
| Siemens Werke | 3250 " | 12 bis 17 RM<br>15 " 20 " | 29 RM<br>34 " | " 40 " |
| Hirsch Kupfer | 3500 " | 16 RM | — | " 40 " |
| J.G. Ludwigshafen | 4000 " | 23,30 " | 30 RM | " 22 " |
| AEG | 4350 " | 25 " | — | " 45 " |
| Osram | 5300 " * | 32,50 " | 34 RM | " 36 " |
| Zeiß | 6000 " | 25 bis 35 RM | 37 bis 48 RM | " 25 " |

* Finanzierung ausschl. mit Privatgeldern

Abb. 4. Gegenüberstellung von Baukosten, Belastung für den Siedler und Tilgungszeiten
Die angegebenen Summen stellen ungefähre Mittelwerte dar und zeigen Beispiele ausgeführter Kleinsiedlungen, die mit Reichsmitteln bzw. ausschließlich mit privaten Geldern finanziert wurden. Zu beachten ist die noch sehr unterschiedliche Dauer der Tilgungszeiten

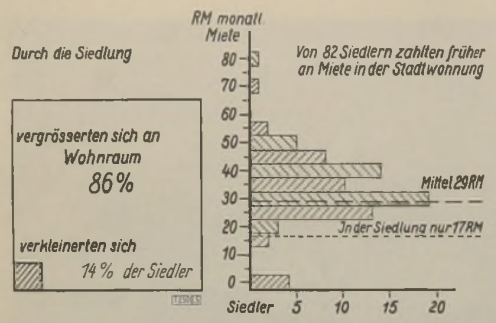



Abb. 5. Raum und Mietsverhältnis in Stadtwohnung und Kleinsiedlung

Gegenüber den Mietausgaben für die Stadtwohnung ist die monatliche finanzielle Belastung in der Siedlung niedriger bei gleichzeitiger wesentlicher Vergrößerung des Wohnraumes (ermittelt an Hand von Fragebogen von Siedlern der Siemens-Werke)

Geht man von dem Grundsatz aus, daß der Siedler nicht höher belastet werden darf, als er bisher an Miete gezahlt hat, so würde das praktisch bedeuten, daß er — im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten — in Zukunft eine etwas höhere Belastung zu tragen hätte zugunsten einer Verkürzung der Tilgungszeiten. Bei fast allen Siedlungen lag die augenblickliche monatliche Belastung durch Zins und Tilgung für die Siedlerstelle unter den bisherigen Aufwendungen für eine Stadtwohnung.

Es muß auf jeden Fall erreicht werden, daß in höchstens einem halben Menschenalter die Schuld getilgt und somit der Siedler schuldenfreier Eigentümer wird. Hierauf sollte in Zukunft auf jeden Fall gedrungen werden. Auch ist zu empfehlen, bei bereits durchgeführten Siedlungen dem Siedler nahezulegen, seine wöchentlichen bzw. monatlichen Zahlungen zugunsten einer schnelleren Tilgung zu erhöhen. Viele Siedler wären durchaus in der Lage und gewillt, mehr zu zahlen, wenn man ihnen klar machte, welche Vorteile sich hieraus für jeden einzelnen ergeben. Aufgabe und Pflicht der Siedlungsträger ist es daher, Zins und Tilgung so anzusetzen, wie es aus sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar ist. Eine solche Einstellung wird, da Kredit letzten Endes immer auf Vertrauen beruht, dazu führen, daß in größerem Umfange als bisher private Gelder in die Siedlung fließen.

## Die Siedlerstelle als Wirtschaftsheimstätte

Als Hauptgrundsatz wurde der Siedlung der Gedanke vorangestellt, dem Arbeiter nicht nur Wohnraum zu schaffen, sondern den Arbeiter gleichzeitig wieder mit dem Boden zu verwurzeln. Dies bedingt, daß bei der Kleinsiedlung die wirtschaftliche Einrichtung der Siedlerstelle im Vordergrund steht, denn Aufgabe dieser Siedlerstellen als Wirtschaftsheimstätten ist es, durch die Eigenbewirtschaftung dem Arbeiter die Krisensicherheit zu geben.

Die Siedlung gibt zunächst die gesunde, behagliche Wohnung, wo in freier Natur, in Luft und Sonne, Mann und Frau nach angestrengter Arbeit Ruhe und Erholung finden, und wo gleichzeitig die Kinder in enger Verbundenheit mit dem Grund und Boden aufwachsen. Daneben bietet diese Wirtschaftsheimstätte durch selbständige Arbeit von Mann und Frau die Möglichkeit, zur Gewinnung eines gewissen Eigenbedarfs an Obst, Gemüse und Kartoffeln, und zwar in einem größeren Umfange, als in der reinen Geldwirtschaft der Stadt. Hinzu kommt die Haltung von Kleinvieh, wodurch eine teilweise Selbstversorgung mit Fleisch, Fett, Eiern und Milch sichergestellt ist.

Man hat vielfach eingewendet, daß die Kleinsiedlung den Markt des Bauern einschränkt. Dies trifft aber keineswegs zu, denn einmal finden wir gerade in der Arbeiterschaft vielfach einen Unterverbrauch an Obst, Gemüse usw., und zweitens werden noch Milliarden an Lebensmitteln eingeführt. Wer also Gemüse und Obst anpflanzt, wer sich ein Schwein, ein Schaf oder eine Ziege, Kaninchen und Hühner hält, gewinnt Nahrungsmittel selbst, die nicht mehr eingeführt zu werden brauchen. Zudem werden die Erzeugnisse der Kleinsiedlung nicht verkauft, sondern ausschließlich im eigenen Haushalt verbraucht.

Grundsätzlich unterscheidet sich also der Kleinsiedler vom Bauern dadurch, daß er:

1. nicht für den Markt produziert,
2. sein Haupteinkommen aus industrieller Beschäftigung bezieht.

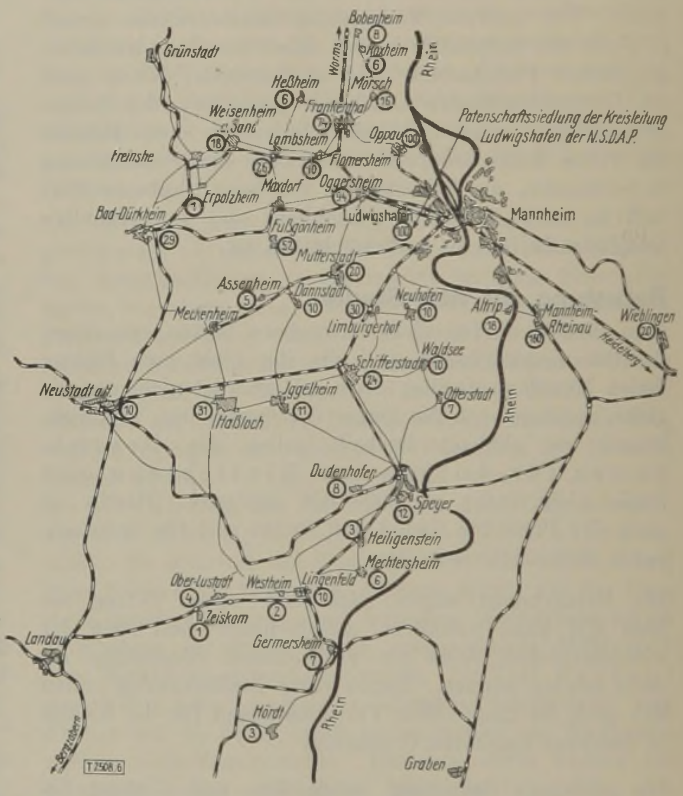



Abb. 6. Siedlungswerk der I. G. Farbenindustrie A.G. — Betriebsgemeinschaft Oberrhein, Werke Ludwigshafen und Oppau
Die Siedlungen — insgesamt 1198 — wurden mit Vorliebe in ländlichen Gemeinden erstellt, die ein gesundes Wohnen der Siedlerfamilien gewährleisten. Sie tragen somit zur Auflockerung der Großstadt bei, ohne daß dadurch die Entfernung zum Werk unverhältnismäßig groß ist

## Industriesiedlungen als Dauerproblem

Die Industriewerke mit ihren Siedlungen sind Schrittmacher und Wegebereiter und werden es auch weiterhin sein. Mögen diese vorbildlichen Beispiele dazu anregen, daß allenthalben im deutschen Reiche für den schaffenden Menschen Kleinsiedlungen entstehen. Man muß einmal selbst durch solche Siedlungen gegangen sein und mit den Leuten gesprochen haben. Wieviel Freude, Stolz und neuer Lebensmut steckt in all diesen Menschen durch ihre enge Verbindung mit der Natur! Um wieviel glücklicher, froher und auch gefestigter sind diese Familien im Gegensatz zu den Arbeitskameraden in den Mietkasernen der Großstädte! [2508]

# Das Irak-Öl und seine Auswirkungen auf den Weltmarkt

Von WILHELM KIEWITT, Kiel

*Im Januar d. J. fand die Einweihung der Ölleitungen statt, die von der Iraq Petroleum Co. von Kirkuk nach Haifa und Tripoli gelegt wurden. Hierdurch ist der Erdölreichtum des Irak zu einem Machtfaktor in der Welt-Erdölwirtschaft geworden. Nach nahezu sämtlichen wichtigen Bedarfsländern Europas und des nördlichen Afrikas ist der Frachtweg des Irak-Öles kürzer als der, den das Öl der Wettbewerbsländer zurückzulegen hat. Es handelt sich bei dem jetzigen Stand der Förderung zwar nur um 4,5 Mill. t Rohöl im Jahr, d. h. nicht viel mehr als 2 % der Welterzeugung. Am europäischen Bedarf gemessen, bedeutet diese Zahl aber immerhin 1/7 des gesamten Verbrauchs.*

## 1. Wandlungen in der europäischen Erdölversorgung

In den letzten Jahren haben sich in der europäischen Petroleumversorgung tiefgehende Wandlungen vollzogen. Die alten, festgefügten Lieferbeziehungen, in deren beherrschendem Mittelpunkt Amerika stand, haben sich gelockert und viel von ihrer Bedeutung verloren. Andere Erzeugungsgebiete — Venezuela, Rußland, Rumänien, Iran — sind aufgestiegen und haben wichtige Absatzmärkte in den Bedarfsländern an sich gebracht.

Die Gründe für die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in der europäischen Öleinfuhr sind verschiedener Art. Unter ihnen hat die Wirtschaftskrise insofern eine entscheidende Rolle gespielt, als sie die Veränderungen unmittelbar auslöste. Sie setzte dem jahrelangen Aufstieg des Weltölbedarfs gerade zu einem Zeitpunkt ein Ende, als sich wichtige Erzeugungsstätten außerhalb der USA anschickten, dem wachsenden Verbrauch durch erhöhte Ausfuhr zu folgen. Rußland trachtete aus devisenpolitischen Gründen danach, seinen Auslandabsatz um jeden Preis und ohne Rücksicht auf seine inneren Bedürfnisse zu steigern. Rumänien war ebenfalls, im Hinblick auf seine Zahlungsbilanz, zu größtmöglicher Ölausfuhr gezwungen, und nach Errichtung der großen Verarbeitungsanlage auf Curaçao und Aruba mußte die Förderung von Venezuela mit dem Teil auf den Weltmarkt dringen, der in Amerika nicht untergebracht werden konnte.

Entscheidend für die Wandlungen in den Verkehrsbeziehungen der europäischen Petroleumversorgung war der im Jahre 1932 eingeführte amerikanische Petroleumzoll, der bedeutende Mengen venezuelanischer Produktion, die von den amerikanischen Märkten ferngehalten werden sollten, nach andern Ländern abgedrängt hat. Diese Entwicklung hat sich großenteils auf Kosten der amerikanischen Ausfuhr vollzogen, ohne den wohltätigen Einfluß auf die Binnenmärkte ausgeübt zu haben, die man von diesem Zoll erwartet hatte.

Zahlentafel 1, die die Einfuhrstatistiken aller in Betracht kommenden Länder enthält, zeigt den Anteil der wichtigen Produktionsländer (vgl. Zahlentafel 2) am Einfuhrbedarf der Verbrauchsländer Europas seit 1928 und damit die Richtungsänderungen der europäischen Öleinfuhr.

Aus diesen Ziffern geht deutlich hervor, daß Amerika sein jahrzehntelang behauptetes Übergewicht in der europäischen Mineralölversorgung endgültig eingebüßt hat. Seinen Platz hat Niederländisch-Westindien mit dem Öl aus Venezuela eingenommen. Von 38 % im Jahre 1928 hat sich die europäische Marktquote der USA auf 18,6 % im Jahre 1933 vermindert, wogegen der Anteil Venezuelas von 13,4 % auf 21,4 % gestiegen ist. Dabei springt besonders ins Auge, daß der Positionswechsel zugunsten von Venezuela sich erst im Jahre 1933 (also nach Einführung des oben erwähnten amerikanischen Einfuhrzolls) und mit so kräftigem Ruck vollzogen hat.

Amerika wird zwar auch weiterhin im Schmierölgeschäft und im Absatz gewisser Spezialerzeugnisse führend bleiben, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Schwerpunkt des internationalen Ölhandels, der bisher unumstritten in Amerika lag, sich endgültig verlagert hat.

## 2. Der günstige Standort des Irak-Öles

Das Aufkommen des Irak-Petroleums muß diese Tendenzen noch entscheidend verstärken. Wenn nämlich die der Jahresleistung der „Pipeline" aus den Mossul-Feldern entsprechende Förderung von etwa 4,5 Mill. t Rohöl allmählich auf die Märkte gelangt, wird sie, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, eine entsprechende Ausfuhrmenge anderer Länder, und zwar zunächst Öle nord- und danach auch südamerikanischer Herkunft verdrängen.

4,5 Mill. t Rohöl machen zwar nicht viel mehr als 2 % der Welterzeugung aus. In USA allein ist im Jahre 1933 ein Mehrfaches dieser Menge zusätzlich gefördert worden. Aber am europäischen Bedarf gemessen, beträgt sie immerhin ein Siebentel, und das Gewicht dieses Anteils wird noch erhöht durch die ideale Standortlage. Die Leitungsmündungen liegen transportwirtschaftlich im günstigsten Punkt des Kräftevierecks, das von den Gewinnungsmittelpunkten Rußland, Rumänien, Iran (Persien) und Irak gebildet wird. Nach nahezu sämtlichen wichtigen Bedarfsländern Europas und des nördlichen Afrikas ist der Frachtweg des Irak-Öles kürzer als der, den das Öl der Konkurrenzländer zurückzulegen hat. Die Länder am Mittelmeer haben nunmehr den Erdölhafen Haifa gewissermaßen unmittelbar vor der Haustür. Die für sie bisher in Betracht kommenden Verschiffungshäfen am Schwarzen Meer oder in den amerikanischen Erdölgebieten lagen erheblich weiter ab. Von Haifa nach Genua beträgt die Entfernung nur 715 Seemeilen, von den kalifornischen Häfen mehr als 8000 Seemeilen. Auch die Entfernung von Tripoli oder Haifa nach Hamburg stellt sich mit 2700 Seemeilen erheblich günstiger gegen die von Batum mit 4000, von Galveston mit 5300 und von Los Angeles über Panama mit 8000 Seemeilen. Auch von dem venezuelanischen Öl-

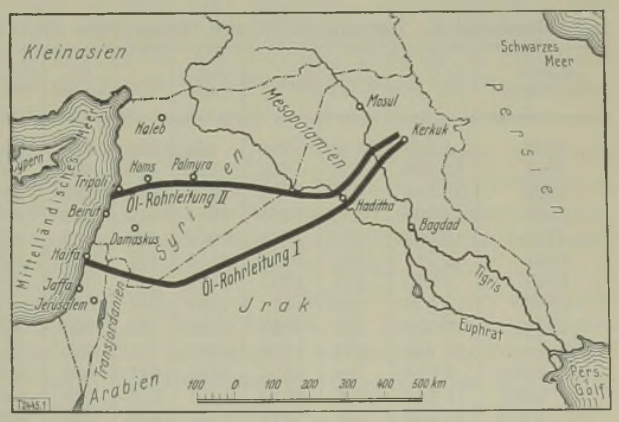



Abb. 1. Die Ölleitungen der Iraq Petroleum Co. von Kerkuk nach Haifa und Tripoli

**Zahlentafel 1.** Europas Öleinfuhr 1928 bis 1933

| Jahr | Gesamt-einfuhr | Hiervon bezogen aus | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | USA | | Venezuela Niederl.-Westindien | | Rumänien | | Rußland | | Persien | |
| | 1000 t | 1000 t | % | 1000 t | % | 1000 t | % | 1000 t | % | 1000 t | % |
| 1928 | 18 642 | 7233,4 | 38,8 | 2503,1 | 13,4 | 1454,5 | 7,8 | 1569,2 | 8,4 | 2657,0 | 14,2 |
| 1929 | 20 429 | 7106,5 | 34,8 | 2561,1 | 12,5 | 1745,7 | 8,5 | 2107,9 | 10,3 | 2804,9 | 13,7 |
| 1930 | 23 183 | 7760,9 | 33,5 | 2020,3 | 13,0 | 2394,5 | 10,3 | 2845,3 | 12,3 | 3155,7 | 13,6 |
| 1931 | 22 982 | 6285,5 | 27,3 | 3320,7 | 14,5 | 2875,0 | 12,5 | 3269,6 | 14,4 | 3077,2 | 13,4 |
| 1932 | 22 982 | 4932,2 | 21,5 | 3509,6 | 15,3 | 3073,6 | 13,4 | 3622,2 | 15,8 | 3128,5 | 13,6 |
| 1933 | 25 596 | 4768,2 | 18,6 | 5487,9 | 21,4 | 3491,1 | 13,6 | 2833,9 | 11,1 | 3314,9 | 13,0 |

hafen Maracaibo ist es von Hamburg aus 2000 Seemeilen weiter als nach Haifa. Diese Zahlen zeigen, wie günstig der neue Erdölhafen am Mittelmeer zu den europäischen Häfen liegt, und deuten schon allein darauf hin, welche Bedeutung die Rohrleitung haben kann.

## 3. Die Hauptabnehmer und Mitbewerber des Irak-Öles

Die Gefahr einer abermaligen Erschütterung der mühsam aufgerichteten Märkte durch einen erneuten Preiseinbruch von Irak her ist aber ungleich geringer, als man anzunehmen geneigt ist. Das Mossulöl ist, marktmäßig gesehen, nicht frei, sondern konzerngebunden, es wird also in geregelte Bahnen geleitet und kann sich nicht hemmungslos über die Märkte ergießen. Es kommt ferner nicht in Form verbrauchsfertiger Enderzeugnisse, sondern als Rohöl zur Verladung, so daß es seinen Weg überhaupt nur in Länder nehmen kann, die über ausreichende Raffinerien verfügen. Beide Umstände bewirken, daß die Stoßkraft des Irak-Wettbewerbs aufgefangen und entscheidend abgemildert wird.

Abgesehen von etwa 200 000 t Irak-Öl, die in der neuen Shell-Raffinerie in Haifa verarbeitet werden sollen, wird die gesamte Förderung als Rohöl verschifft werden. Daraus folgt, daß als Abnehmer nur die frachtgünstig gelegenen Verbrauchsländer in Betracht kommen, die über größere Verarbeitungsanlagen verfügen. Das sind in der Hauptsache Frankreich, England, Deutschland und Italien. In allen andern Ländern — Polen als Produktionsland nicht mitgerechnet — ist die vorhandene Raffineriekapazität verhältnismäßig gering.

Von diesen Bezugsländern für Irak-Rohöl schaltet zunächst Deutschland als Großbezieher aus. Seine Rohöleinfuhr ist zwar an sich recht ansehnlich, dient aber in der Hauptsache der Asphaltgewinnung, und für diesen Zweck kommt das höherwertige Mossulöl nicht in Betracht.

Der Rohölbedarf Italiens beträgt etwa 400 000 bis 450 000 t jährlich und wird in der Hauptsache von Rußland und Rumänien gedeckt. Es besteht Grund zur Annahme, daß hieran sich auch künftig nicht viel ändern wird, wenigstens solange nicht im Zuge der geplanten Neuordnung der italienischen Erdölwirtschaft die eigenen Raffinerien weiter ausgebaut sind, wodurch der Rohölbedarf eine wesentliche Steigerung erfahren würde. Darüber dürften noch einige Jahre vergehen.

England besitzt wohl eine entwickelte Verarbeitungsindustrie (Kapazität etwa 4,5 Mill. t, Rohöleinfuhr 1933: 1,6 Mill. t), aber in den letzten Jahren war die Rohölveredlung infolge der niedrigen Preise offenbar nicht sehr lohnend, denn die Tätigkeit der Raffinerien ist von ihrem im Jahre 1927 erreichten Höchststand erheblich abgesunken. Bisher war Iran das Hauptbezugsland für das in England verarbeitete Rohöl; da der Transportweg von Haifa nach den britischen Häfen um etwa 1500 Meilen kürzer ist als der von Abadan, und auch die Suezkanalgebühren in Wegfall kommen, ist es durchaus möglich, daß das iranische (persische) Rohöl in gewissem Ausmaß durch das Irak-Öl verdrängt wird.

Als letztes und derzeit wichtigstes europäisches Verarbeitungsland kommt Frankreich in Betracht. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Verteilungsfrage. Die französische Ölpolitik war nicht nur die treibende Kraft bei der vorzeitigen Aufschließung der Irak-Vorkommen, sie hat auch den Anstoß gegeben für das Entstehen einer mächtigen Raffinationsindustrie im eigenen Lande. Schon heute ist die Raffineriekapazität Frankreichs mit rd. 4,8 Mill. t größer als die vorgesehenen Irakverschiffungen. Es versteht sich von selbst, daß der französische Rohölanteil restlos in den nationalen Raffinerien verarbeitet werden wird. Aber auch Shell, Standard und die Anglo-Persian Oil Company werden ihre Raffinerien ganz oder größtenteils mit Irak-Öl speisen. Geschieht das, so bleiben

**Zahlentafel 2.** Durchschnittliche monatliche Erdölförderung der wichtigsten Länder seit 1926 (in 1000 t)

| Monatsdurchschnitt | U. S. A. | Mexiko | Rußland | Venezuela | Iran | Rumänien | Niederl.-Indien | Peru | Argentinien | Indien | Kolumbien | Polen | Trinidad | Deutschland | Andere Länder | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1926 | 8 807 | 1125 | 735 | 434 | 396 | 270 | 252 | 119 | 94 | 94 | 75 | 66 | 61 | 8 | 48 | 12 584 |
| 1927 | 10 295 | 798 | 913 | 747 | 444 | 308 | 308 | 112 | 104 | 94 | 173 | 60 | 66 | 8 | 53 | 14 483 |
| 1928 | 10 299 | 624 | 1026 | 1277 | 480 | 357 | 359 | 133 | 109 | 102 | 228 | 62 | 95 | 8 | 71 | 15 230 |
| 1929 | 11 509 | 556 | 1206 | 1654 | 462 | 403 | 437 | 148 | 113 | 102 | 233 | 56 | 101 | 9 | 79 | 17 068 |
| 1930 | 10 200 | 492 | 1552 | 1679 | 503 | 483 | 461 | 138 | 108 | 104 | 232 | 55 | 110 | 15 | 87 | 16 279 |
| 1931 | 9 714 | 411 | 1912 | 1433 | 487 | 563 | 392 | 112 | 141 | 102 | 207 | 53 | 114 | 19 | 91 | 15 751 |
| 1932 | 8 970 | 408 | 1791 | 1424 | 543 | 613 | 424 | 109 | 158 | 103 | 186 | 46 | 118 | 19 | 78 | 14 989 |
| 1933 | 10 270 | 422 | 1787 | 1462 | 544 | 616 | 461 | 147 | 165 | 102 | 149 | 46 | 112 | 20 | 73 | 16 380 |
| 1934 | 10 389 | 475 | 2013 | 1692 | 579 | 706 | 503 | 180 | — | — | 199 [1]) | 44 | 128 | 20 | 83 | 17 278 |
| 1935 Jan. | 10 792 | 422 | 1908 | 1836 | 581 | 735 | 531 | 190 | — | — | 230 [1]) | 43 | 129 | 20 | 106 | 17 810 |
| Febr. | 9 976 | 398 | 1815 | 1609 | 541 | 666 | 476 | 170 | — | — | 158 [1]) | 40 | 119 | 20 | 94 | 16 379 |
| März | 11 172 | 526 | 2020 | 1725 | 642 | 720 | 520 | — | — | — | 201 [1]) | 43 | 129 | 20 | 98 | 18 189 |
| April | 10 450 | 466 | 2012 | 1750 | 538 | 686 | 505 | — | — | — | 192 [1]) | — | 127 | — | — | 17 334 |
| Mai | — | — | — | — | 561 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

[1]) Vorläufiges Ergebnis.

also keine allzu großen Mengen übrig, die nach andern Märkten drängen und sie in ihrer Stabilität gefährden könnten.

Das Auftreten des Irak-Öls stellt auf dem Weltölmarkt den Ausfuhrhandel in Rumänien und in der Sowjet-Union vor die Notwendigkeit, ihre aufs äußerste gefährdeten Absatzgebiete im westlichen Teil des Mittelmeeres nach Kräften zu verteidigen oder aber sich rechtzeitig andere, weniger bedrohte Ausfuhrmöglichkeiten für ihr Öl zu suchen.

Für Rumänien muß schon die Beibehaltung der bisherigen Absatzgebiete eine wichtige Frage bedeuten. Das rumänische Öl hatte bisher besonders im Ostteil des Mittelmeerbeckens bedeutende Absatzgebiete gewonnen. Doch steht es auch im Westen an bedeutsamer Stelle. Vor der Konkurrenz des Irak-Öls stand Rumänien in scharfem Wettbewerb mit Rußland und andern Erdölproduktionsländern, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Länder, die sich beispielsweise in erster Linie auf den Erdölmärkten Frankreichs und Spaniens eingeführt hatten. Vorläufig behauptet sich das rumänische Öl auf den Märkten der Mittelmeerländer gut. Immerhin wird das Erscheinen des Irak-Öls eine Lagenveränderung mit sich bringen. Ob sie für die rumänische Erdölausfuhr nach den östlichen Gebieten des Mittelmeeres stark fühlbar werden wird, dürfte vor allem von den Mengen abhängen, die man in der geplanten Raffinerie von Haifa erzeugen wird. Sie sollen sich am Anfang auf jährlich 200 000 t beziffern, eine Menge, die zur Deckung des Bedarfs der Länder des östlichen Mittelmeerbeckens ganz unzureichend ist. Ein eigentlicher Kampf mit dem Irak-Öl könnte erst dann beginnen, wenn außer dieser Raffinerie noch andere in Tripoli usw. errichtet würden. Aber selbst diese Möglichkeit ist für Rumänien nicht so gefahrvoll wie für das russische Öl, denn die Gesellschaften, die im Irak Konzessionen besitzen, haben auch in Rumänien Interessen, und es ist leicht verständlich, daß sich diese nicht selbst Konkurrenz machen werden.

Ähnlich beruhigt, wie diese von rumänischer Seite stammenden Äußerungen, klingen die wenigen russischen Pressestimmen hierüber. Auch sie finden, daß die unmittelbar bevorstehenden Marktänderungen vor allem Frankreich betreffen werden. Hier beständen langfristige Bindungen, die ein gänzliches Abstoppen der Einfuhr aus der Sowjetunion als unvorstellbar erscheinen lassen. Für gewisse Sorten hochwertiger russischer Ölerzeugnisse, aber auch für aus Rumänien schwer erhältliche zusätzliche Rohölbezüge werde selbst in Frankreich und Italien auf lange Zeit noch reges Interesse sein. Man hält es russischerseits durchaus nicht für ausgeschlossen, daß die volle Unterbringung des Irak-Öles zunächst die an ihrer Produktion und Verwertung unmittelbar interessierten Konzerne in Schwierigkeiten stellen und sie möglicherweise sogar zu gegenseitiger Bekämpfung führen wird.

Leidtragende dieser Entwicklung auf dem Erdölmarkt werden jedenfalls mehr oder minder alle Ölproduktionsländer sein, die Frankreich heute versorgen. Ganz allgemein wird man sagen können, daß die Rückwirkungen auf diese Länder mit ihrer Entfernung sich verstärken werden, daß also die weitestgelegenen Länder (USA, Venezuela, Kolumbien, Niederländisch-Indien) am schwersten, die frachtnahen (Rußland, Rumänien, Iran) weniger hart betroffen werden. Diese Regel wird natürlich durch handelspolitische und sonstige Erwägungen vielfach durchbrochen werden. Falls gewaltsame Lösungen durch staatliches Eingreifen unterbleiben, ist anzunehmen, daß die Verschiebungen in der Versorgung Frankreichs sich ohne allzu starke Marktstörungen vollziehen werden.

Jedoch wäre damit die Irak-Frage noch nicht restlos gelöst. Im Hintergrund wird bereits das Öl der Konkurrenzgruppe (der Mossul Oil Fields) sichtbar, an dessen Erschließung mit großem Eifer gearbeitet wird. Ehe einige Jahre vergehen, wird vielleicht auch dieses Öl schon marktreif sein.

## 4. Die Iraq-Petroleum Co. Ltd.

Die Geschichte der Erdölvorkommen Mesopotamiens, deren wichtigste Fundorte Al Hadre, Baba Gurgur, Hamman-Ali, Kirkuk, Tuz-Churmati (Neft Dag), Hit und Mendeli sind, ist alt, fast so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst.

Eine wissenschaftliche Erforschung der Öllagerstätten Mesopotamiens nahm aber erst 1905 die deutsche Bagdadbahn-Gesellschaft in Angriff. Im Jahre 1911 wurde mit deutscher und später mit englisch-niederländischer Beteiligung mit einem Kapital von 50 000 £ eine britische Erdölgesellschaft, die „African and Eastern Concessions Ltd.", die unmittelbare Vorgängerin der heutigen Iraq Petroleum Co. (London), gegründet. Zweimal, 1912 und 1914, umorganisiert und in „Turkish Petroleum Company" umgetauft, gelang es ihr, von der türkischen Regierung im Juli 1914 nach verschiedenen Bemühungen einen formellen Rechtstitel auf die Ölvorkommen in den Vilayets Mossul und Bagdad zu erhalten. Doch 11 Jahre, in denen der Weltkrieg und der Friedensschluß ganz neue politische Verhältnisse in Vorderasien mit sich brachten, verstrichen, bis im März 1925 die „Turkish Petroleum Co." (jetzt ohne deutsche, dafür mit französischer Beteiligung) an die eigentliche Erschließungsarbeit herangehen konnte.

Im Juni 1929 erhielt die Gesellschaft ihren jetzigen Namen „Iraq Petroleum Co. Ltd.". Der Konzessionsvertrag von 1925 wurde im März 1931 abgeändert. Gleichzeitig wurde das Kapital, das bereits einige Male erhöht worden war, auf 4,4 Mill. £ erhöht. Nach dem abgeänderten Konzessionsvertrage hat das Unternehmen das Recht, auf die Dauer von 75 Jahren sämtliche Erdölquellen in den Vilayets Mossul und Bagdad auszubeuten, soweit sie östlich des Tigris liegen und bis zur iranischen (persischen) Grenze nach Osten hin, zur türkischen Grenze nach Norden hin gefunden werden. Das Konzessionsgebiet hat eine Fläche von 32 000 englischen Quadratmeilen. In dem betreffenden Konzessionsgebiet wurden die ersten systematischen Bohrungen im April 1927 begonnen. Die Gesellschaft zahlt an den irakischen Staat eine Abgabe, die „Royalty", von 4 sh in Gold für jede geförderte Tonne Rohöl, mindestens aber 400 000 Goldpfund jährlich. Auch für die gewährte Steuererleichterung wird ein Pauschalsatz bezahlt.

Die Iraq Petroleum Co. ist ihrem Charakter nach eine Gemeinschaftsgesellschaft, in der sich sehr verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit zusammengeschlossen haben. Das Aktienkapital der Gesellschaft, das zur Zeit 5,8 Mill. £ beträgt, liegt zu je 23,75 % in Händen der D'Arcy Exploration Co. (Prospektionsgesellschaft der Anglo-Persian Oil Co.), der Anglo-Saxon Petroleum Co., der Compagnie Française des Pétroles und der Near East Development und zu 5 % bei der Participations and Investments Ltd., d. h. also bei der Anglo-Persian Co., der Shell-Gruppe Sir Henry Deterdings, der Dachgesellschaft der französischen Petroleuminteressen,

der amerikanischen Standard Oil und der Gulbenkian-Gruppe.

Für die vier erstgenannten Großgruppen bedeutet die Aufnahme der Öllieferungen aus dem Irak zunächst eine entsprechende Minderausbeute in ihren andern Produktionsgebieten. Im Verhältnis zu ihrer eigenen Rohölgewinnung wiegt jedoch eine notwendig werdende Drosselung nicht so schwer, daß durch sie etwa die Kostengrundlagen eine wesentliche Veränderung erfahren könnten.

### 5. Die Lösung der Transportfrage

Von vornherein erkannte man mit aller Deutlichkeit, daß der so ungeheure Erdölreichtum des Irak erst dann zu einem Machtfaktor in der Welt-Erdölwirtschaft werden konnte, wenn die Möglichkeit geschaffen war, ihn rasch und ohne Schwierigkeiten den wichtigsten Verarbeitungs- und Verbrauchsstätten des industrialisierten Europas zuzuführen.

Die Hauptfrage des Abtransportes des Irak-Öls ist nun auf die Weise gelöst worden, daß gleichzeitig sowohl der Schienenweg als zu kostspielig und zu wenig leistungsfähig als auch die Beförderung auf dem Tigris als zu langsam außer Betracht gelassen werden mußte. Man hat daher die Anlage einer Rohrleitung (Pipeline) vorgezogen. Da man mit dem Öl vor allen Dingen die Mittelmeerländer und die englische Flotte auf dem Mittelmeer versorgen wollte, wurde die Rohrleitung nicht an den Persischen Golf, der das englisch-iranische Öl annimmt, sondern zum Mittelmeer geführt. Durch den Vertrag vom 24. Mai 1931 hat sich die Iraq Petroleum Co. dazu verpflichtet, dieser Rohrleitung eine Leistungsfähigkeit von mindestens 3 Mill. t Rohöl im Jahr zu geben. In Wirklichkeit ist aber der Bau von vornherein nicht auf diese Kapazität, das heißt auf ungefähr 22½ Mill. Barrels abgestellt worden, sondern gleich auf 30 Mill. Barrels, das heißt auf rd. 4 Mill. t.

Zwischen den Engländern und Franzosen kam es dabei zu einem heftigen Gegensatz darüber, ob die Röhrenleitung nach Haifa im englischen Mandatsgebiet Palästina oder nach Tripoli im französischen Mandatsgebiet Syrien geführt werden sollte. Dieser Konflikt endete schließlich mit einem Kompromiß. Nach langwierigen Beratungen über die Linienführung hatte man schließlich eine Doppellösung angenommen: zwei parallel verlaufende Leitungen wurden angelegt, die von Kirkuk zum Euphrat (Haditha) führen, von wo aus diese getrennte Richtungen nehmen: die Hauptlinie führt weiter nach Haifa, eine Abzweigung nach Tripoli. Die erste hat eine Länge von 1012 km, die andere eine solche von 869 km. Die Hauptröhrenleitung nach Haifa verläuft ausschließlich über Gebiet, das vom englischen Militär besetzt ist. Zur Umgehung des französischen Mandatsgebiets Syrien macht sie einen großen Umweg.

Das Gesamtgewicht der benötigten 12-zölligen, 10-zölligen und 8-zölligen Hauptrohrleitungen ergab 123 000 t. Zwölf Pumpstationen stehen längs der Linien, drei zwischen Kirkuk und Haditha, vier auf dem Nordzweig (Haditha-Tripoli) und fünf auf dem Südzweig (Haditha-Haifa). Bei der Legung der Linie und dem Bau der Stationen waren bis zu 15 000 Mann täglich beschäftigt. Die Schwierigkeiten waren nicht gering, da die Röhrenlinie ganz erhebliche Höhenunterschiede zu überwinden hat: im Jordantal läuft die Leitung fast 300 m unter dem Meeresspiegel und an der höchsten Stelle in Syrien, Libanon, mehr als 1000 m über dem Meeresspiegel. Über den Tigris und den Euphrat geht die Röhrenlinie als Brücke, die auf Stahltürmen ruht. Die Gesamtkosten der ganzen Anlage überschreiten 10 Mill. £.

Die feierliche Einweihung der Ölleitungen fand im Januar dieses Jahres statt. Jedoch ist bei diesen Feierlichkeiten das Irak-Öl nicht zum erstenmal durch die Röhren geflossen. In Tripoli wurde schon im Juli und in Haifa im Oktober 1934 zum erstenmal das Öl aus Kirkuk in französische und englische Tankdampfer gepumpt und nach Europa verschifft. Mit der im Januar erfolgten offiziellen Einweihung ist der Schlußstrich unter den Bau eines riesigen Werkes vollzogen worden, das die größte und gleichzeitig kostenreichste Öllinie der Welt darstellt.

[2445]

*Bemerkung der Schriftleitung: Wir verweisen im Zusammenhang mit diesem Aufsatz auf die im gleichen Heft befindlichen Rundschaubeiträge aus dem Bereich der Erdölindustrie: Das russische Petroleum in der Weltpolitik (S. 277) und Japanische Treibstoffpolitik (S. 278).*

---

## Die wirtschaftlichen Kräfte Abessiniens

Angesichts der italienisch-abessinischen Spannungen gewinnt ein Bericht Interesse, den das I. f. K. über die wirtschaftlichen Kräfte Abessiniens herausgibt. Danach beschränkt sich die Gewerbetätigkeit der Bevölkerung auf die hergebrachten Hausgewerbe im dörflichen Rahmen. In den letzten Jahren haben sich in und um Addis Abeba auch einige Industrien entwickelt, fast durchweg unter ausländischer Leitung. So gibt es Ölmühlen, Seifen-, Teigwaren-, Mineralwasserfabriken, eine Bierbrauerei (unter deutscher Leitung); die Einfuhr der betreffenden Waren ist infolgedessen stark zurückgegangen. Daneben werden Seile, Flaschen, Tapeten und Orientteppiche hergestellt. Am stärksten haben sich die Sägewerke entwickelt, die den Waldreichtum, besonders des Südens und des Gebiets um den Tanasee, ausbeuten. Der Autobestand wird mit etwa 600 (davon rd. 100 Lastwagen) angegeben. Die Einfuhr betrug 1933 schätzungsweise 0,8 bis 0,9 Mill. £, die Ausfuhr 0,7 bis 0,8 Mill. £. Neben Kaffee, Häuten, Fellen und Bienenwachs werden in stark schwankenden Mengen Butter, Elfenbein, Straußenfedern usw. ausgeführt. In der Einfuhr steht mengenmäßig das Salz an erster Stelle. Dem Werte nach ist die Einfuhr von Textilien (besonders Baumwollwaren) am günstigsten. Sie machte 1931/32 über $^4/_5$ des Gesamtwertes aus.

Der Zukunftswert des Landes besteht in der Hauptsache in der Möglichkeit einer Steigerung seiner Rohstoffe und Mineralproduktion. Die bewässerten Aluvialböden kommen vor allem für Baumwollkulturen in Frage. Eine starke Inanspruchnahme der westlichen Gewässer würde allerdings die Bewässerungsmöglichkeiten des Sudans beschneiden. Außerdem kann die Kaffeekultur bedeutend erweitert werden; Möglichkeiten bestehen auch für Kautschuk-, Sisal-, Tabakgewinnung, Ölpflanzenbau usw. Gold wird in den verschiedensten Mineralien gefunden. Die bisherige Goldgewinnung (hauptsächlich durch Auswaschung) ist nicht bedeutend; soweit erfaßbar, wird sie auf 640 kg im Durchschnitt der Jahre 1925/27, auf etwa 135 kg im Durchschnitt der Jahre 1929/31 geschätzt.

Im raschen Aufschwung begriffen ist die hauptsächlich in ausländischer Konzession betriebene Produktion von Platin in Kaffa; 1926 wurden 20 kg, im Durchschnitt der Jahre 1931/33 bereits 200 kg gewonnen. Ferner gibt es Eisen und Spuren von Kupfer an sehr vielen Stellen, Kohle am Tanasee und in andern Bezirken. Braunkohle ist nördlich von Addis Abeba gefunden worden. Kalisalze gibt es in der Danakil-Salzwüste, Erdöl in Harrar, Diamanten bei Diredaue und in der Somaliwüste. (Vgl. auch unsern Beitrag „Deutschland und Abessinien“ 1935 S. 117.)

[2535]

# Zur Frage der deutschen Ausfuhrpreise

Von Ingenieur G. A. LANGEN, Leipzig

*In Heft 6, 1935 dieser Zeitschrift (S. 175/80) hat Dr.-Ing. Otto Bredt auf die Preisspanne hingewiesen, die zwischen den deutschen Preisen und den Weltmarktpreisen besteht, und die Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr zwecks Förderung der Ausfuhr vorgeschlagen. Die Reichsregierung befaßt sich zur Zeit mit der Frage, wie die Ausgleichskassen praktisch einzuführen sind, in welcher Form die Umlage erhoben werden soll, und wie die eingesteuerten Gelder der Ausfuhrindustrie zur Verfügung gestellt werden müssen. Die vorliegenden Ausführungen unterstützen grundsätzlich ebenfalls die Schaffung von Ausgleichskassen, münden jedoch in die Schlußfolgerung, daß unsre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt letzten Endes keine Finanzfrage ist, die durch Valuta oder Ausgleichskassen endgültig gelöst werden kann, sondern eine technische Frage im wahrsten Sinne des Wortes.*

Ausgleichskassen zur Ausfuhrförderung sind bereits von verschiedenen Ländern eingeführt worden, teils werden sie jetzt eingeführt. Schon früher hatte man auch in bestimmten Industriezweigen derartige Ausgleichskassen, die aber rein privater Natur waren und meistens von Kartellen verwaltet wurden. Das Neue nach dem Vorschlag von Dr.-Ing. *Bredt* besteht darin, daß die ganze deutsche Industrie erfaßt wird, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die für die ganze deutsche Volkswirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Die bisher in andern Ländern gemachten Erfahrungen, z. B. in Polen, waren gut; es wurde durch dieses Verfahren eine beträchtliche Ausfuhrsteigerung erzielt. In USA und in Rumänien werden jetzt Ausgleichskassen geschaffen, um durch Besteuerung der Einfuhr oder durch Zolleinnahmen bei der Einfuhr die Ausfuhr durch Prämien zu unterstützen. Jedoch zeigt sich schon, daß solche Maßnahmen auf den bereits von Dr.-Ing. *Bredt* angedeuteten Widerstand stoßen. Am 26. Juni 1935 hat die deutsche Reichsregierung in Vergeltung der von dem Königreich Rumänien gegen die deutsche Wareneinfuhr durch Erhebung eines Wertzuschlages getroffenen Maßnahmen eine Verordnung erlassen, durch die rumänische Waren, die nach Deutschland geliefert werden sollen, einem Wertzoll von 44 % unterliegen, was der von Rumänien erhobenen Einfuhrabgabe entspricht.

So berechtigt auch die Notwendigkeit eines Preisausgleichs für die deutschen Ausfuhrwaren ist, so dürfte das Verfahren der Ausgleichskassen zwar Vorteile bieten, aber es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß dieses Mittel nur vorübergehende Wirkung haben kann. Selbstverständlich müssen auch solche vorübergehenden Mittel angewandt werden, wenn es die Notlage erheischt; denn auch solches Mittel kann helfen, wenn sich die deutsche Industrie bewußt bleibt, daß es kein Heilmittel für die Dauer ist, sondern für eine Art Schonzeit helfen soll, damit sich die deutsche Industrie anpassen und umstellen kann, um dann wieder auf eigenen Füßen zu stehen und mit eigenen Kräften wettbewerbsfähig zu werden.

Auch eine Valuta-Abwertung kann die Ausfuhr fördern, jedoch nur solange, als nicht andere Länder auch ihre Valuten abwerten. Wir wissen zudem aus eigener Erfahrung, daß eine entwertete Valuta eine sehr zweischneidige Sache ist, da sie die Einfuhr verteuert, während eine hochwertige Valuta einen billigen Einkauf ermöglicht.

Ausfuhrprämien, die als Unterstützung gezahlt werden, gleichgültig, aus welchen Quellen dieses Geld stammt, haben nur solange eine helfende Wirkung, als nicht auch andere Länder ebenfalls ihre Ausfuhrindustrien durch Ausfuhrprämien unterstützen oder sogenannte Anti-Dumpingmaßnahmen treffen. Gewiß liegen für die deutsche Industrie ganz besondere Verhältnisse vor, aber das Ausland von der Berechtigung derartiger Maßnahmen zu überzeugen, wird außerordentlicher Überredungskunst bedürfen. Das Ausland bezeichnet eben schon die Taktik, ein Erzeugnis zu einem billigeren Preise auszuführen, als es im Inland verkauft wird, als Dumping, wie am augenfälligsten die Kontrollen amerikanischer und kanadischer Zollbeamte zeigen, die sogar nach Deutschland kommen und Einblick in die Geschäftsbücher verlangen. Dr.-Ing. *Bredt* hat bereits auf die Gefahren hingewiesen, die bei der Anwendung von Ausgleichskassen zu beachten sind.

Wer die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt in der letzten Zeit aus persönlicher Anschauung kennt, wird in der Schaffung der Ausgleichskassen noch nicht das letzte Mittel sehen, das unsern Außenhandel auf den Stand bringt, den die deutsche Volkswirtschaft benötigt und einzunehmen berechtigt ist.

Ausfuhr ist erbitterter Kampf um die Absatzmärkte, ein Kampf, in dem alle Waffen rücksichtslos angewandt werden. Waffen, die jeder gebraucht, verlieren bald an Wirkungskraft. Die deutsche Industrie muß sich darüber klar werden, daß jetzt und in Zukunft ganz neue Verfahren, also neue Waffen gesucht und angewandt werden müssen, sonst wird unsere Ausfuhr trotz aller Hilfsmittel absterben, dadurch unsere lebenswichtige Einfuhr gedrosselt und die Weltkrise verschärft. Wer neuerdings aus Übersee zurückkommt und einen Blick für die „kommenden Dinge" hat, der wundert sich, daß die deutschen Erzeuger sich noch nicht klar geworden sind, was auf dem Weltmarkt vorgeht. Daß wir in einer gewaltigen Zeitwende stehen, spüren wir wohl, sogar schmerzlich, aber nur wenige erkennen die Zusammenhänge und ihre Folgewirkungen klar genug, um auch die praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Objektiv betrachtet bietet sich uns auf dem Weltmarkt die Tatsache einer schnell wachsenden Industrialisierung auch der Länder, die bisher reine Agrar- und Rohstoffländer waren. Diese Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten, weil jedes Land das ernste Bestreben hat, eine eigene Industrie zur Verwertung der vorhandenen Rohstoffe und Arbeitskräfte auszubauen. Es ist wohl eine Art Naturgesetz, daß die Maschine den Drang zu den Rohstoffen hat. Die bisherige Wirtschaftsmethode, den Rohstoff zur Maschine, sozusagen stromaufwärts, zu zwingen, läßt sich auf die Dauer um so weniger durchführen, als die Technik wie jede andere Wissenschaft immer mehr Allgemeingut der Menschheit wird. Es leuchtet ein, daß es richtiger ist, Maschinen z. B. zur indischen oder ägyptischen Baumwolle zu schaffen, als jahrein-jahraus riesige Mengen Rohbaumwolle zur Maschine zu verfrachten.

Wir beobachten sogar innerhalb der Industrialisierung des Auslandes das Entstehen ganz neuer Industriemächte in Japan, Rußland, China, die in absehbarer Zeit ihren Einfluß geltend machen werden, ähnlich wie wir nach dem Krieg die neue technische Großmacht der USA zu verzeichnen haben. Der Anteil der europäischen Länder am

**Zahlentafel 1.** Deutschlands Außenhandel (Mill. RM)

| Erdteil | Einfuhr | | Ausfuhr | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1934 | 1933 | 1932 |
| Europa . . . . . | 2560,5 | 3188,3 | 3801,1 | 4646,5 |
| Afrika . . . . . | 258,5 | 107,1 | 105,8 | 110,3 |
| Asien . . . . . | 557,8 | 393,6 | 368,7 | 398,1 |
| Amerika . . . . . | 917,5 | 449,0 | 565,2 | 555,1 |
| Australien . . . . | 144,6 | 25,5 | 26,6 | 25,9 |
| Versch. . . . . | 12,1 | 3,4 | 4,0 | 3,2 |
| Insgesamt . . . . | 4451,0 | 4166,9 | 4871,4 | 5739,1 |

Welthandel ist von 61,2 % im Jahre 1913 auf 56,3 % im Jahre 1933 und auf 55,7 % im Jahre 1934 gesunken. Wenn auch für die deutsche Ausfuhr Europa immer noch die Hauptrolle spielt, so zeigt doch die Zahlentafel 1, daß unsere Ausfuhr nach europäischen Ländern stärker gefallen ist als nach den andern Kontinenten. Während der Welthandel von 1933 auf 1934 einen Rückgang um 3 % verzeichnete, sank unsere Ausfuhr um rd. 15 %, und heute sind 1¼ Mill. deutsche Arbeiter und Angestellte weniger für die Ausfuhr tätig als in den Jahren 1928/29.

Die Reichsregierung sieht deshalb mit vollem Recht in der Ausfuhrsteigerung das wichtigste Mittel, auch den letzten Volksgenossen noch in Arbeit und Brot zu bringen.

Unsere Fertigwarenindustrie stößt auf Mitbewerber, die neuzeitlichste Technik mit billigen Löhnen vereinen. Ob wir nun versuchen, die billigen Löhne der ausländischen Mitbewerber durch eine Valutaabwertung oder durch Ausfuhrprämien auszugleichen, immer wird das auf Kosten der breiten Bevölkerung gehen, deren Lebensstandard, wenn auch in verschleierter Form, gesenkt wird.

Wenn wir z. B. die Einfuhr belasten, um der Ausfuhrindustrie eine Ausfuhrprämie oder einen Preisausgleich — es kommt nicht auf das Wort, sondern die Wirkung an — zu bezahlen, so muß dieses Geld vom Inlandverbrauch aufgebracht werden. Gewiß könnte man die Einfuhrabgabe durch Verzicht auf Zölle mildern, dann muß aber der Zollausfall auf andere Weise irgendwie aufgebracht, also neue Steuerformen gesucht werden. Ein solches Opfer wird unvermeidbar sein, darf aber nur für eine Übergangszeit vorgesehen werden, bis die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhrindustrie wiederhergestellt ist, und diese **muß** wiederhergestellt werden, sonst wird Deutschland immer mehr vom Weltmarkt abgedrängt, und das würde die endgültige Krönung von Versailles sein. Deutschland würde dann wirtschaftspolitisch dasselbe Schicksal erleben, was staatspolitisch Portugal und Spanien erlitten, als sie, die einst Weltmächte waren, ihre Weltgeltung an robustere Wettbewerber abgeben mußten.

**Unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten ist für den, der die Entwicklung versteht, keine Finanzfrage, die durch Valuta oder Ausgleichskassen gelöst werden kann, sondern eine technische Frage im wahren Sinne des Wortes.**

Früher konnte man auf den Weltmärkten große Reichtümer ernten, als man Schiffe mit Glasperlen, billigem Kattun, Eisenwaren, Taschenspiegeln usw. belud und dafür in Übersee, in den Tropen, den hundertfachen Gegenwert in Gold, Gewürzen, Edelhölzern, ja in Sklaven eintauschen konnte.

Es ist noch gar nicht solange her, daß deutsche Erzeugnisse in USA begehrt wurden, als unsere Fabrikanten noch goldene und silberne Medaillen auf den amerikanischen Weltausstellungen holten. Im Weltkriege mußten die Amerikaner sich deutsche Werkzeugmaschinen über neutrale Länder verschaffen, weil sie die deutschen Maschinen brauchten. Heute fabrizieren sich die Überseeländer ihre Eisenwaren, Taschenspiegel usw. selber. Ja, eine neue Schwerindustrie im Fernen Osten beginnt ein neues Weltmachtzentrum zu werden. Schon haben wir die ersten Stöße der japanischen Ausfuhroffensive verspürt. Mit der politischen Expansion schreitet die wirtschaftliche immer schneller fort. Sogar europäische Überseehäuser stellen sich auf den Handel mit japanischen Waren um, schicken die deutschen Muster nach Japan, um sie dort erheblich billiger herstellen zu lassen; und der deutsche Erzeuger, der hoffnungsfroh seine Muster nach Übersee geschickt hat, wartet vergeblich auf Aufträge. Daß die japanische Maschinenindustrie neuerdings auf den Weltmärkten, in Britisch-Indien, Südafrika, Brasilien, China mit wachsendem Erfolg vordringt, ist leider Tatsache.

Diese weltwirtschaftlichen Erscheinungen liegen uns zeitlich zu nahe, als daß wir ihre künftigen Auswirkungen leicht überschauen könnten. Aber eins ist sicher, die deutsche Industrie wird sich fabrikatorisch und organisatorisch auf die kommenden Kämpfe um die Weltmärkte schon heute umstellen müssen, d. h. ganz neue Verfahren ausfindig machen müssen, die uns einen neuen und dann auf längere Sicht bleibenden Vorsprung sichern.

Der Umstand, daß die billige Auslandskonkurrenz ihren Preisvorsprung durch Anwendung derselben Technik, die wir benutzen, im Verein mit billigen Löhnen erzielt, verschleiert dem deutschen Erzeuger die wahre Lage. Er würde sie sofort und klar erkennen, wenn diese Preisspanne nicht durch billigere Löhne, sondern durch leistungsfähigere Maschinen erzielt würde. Dann würde jeder deutsche Erzeuger nicht ruhen noch rasten, bevor er nicht wieder die technische Überlegenheit zurückgewonnen hätte. Es ändert aber an der Sachlage gar nichts, mit welchen Verfahren die ausländischen Mitbewerber billiger liefern können, ob durch bessere Technik oder durch billigere Löhne. Der Erfolg allein zählt, und dieser Erfolg bedeutet, daß unsere Industrie, soweit sie nicht mehr wettbewerbsfähig auf den Auslandsmärkten ist, technisch überholt, d. h. veraltet ist; sie ist überholt durch die Entwicklung auf den Weltmärkten und somit veraltet, auch wenn sie erst gestern neue Maschinen aufgestellt hätte!

Das ist die nackte Tatsache, die zum größten Schaden der deutschen Industrie noch nicht erkannt ist! Da wir unsere Löhne nicht auf die Stufe asiatischer Kulilöhne senken können, da wir keine Valutaabwertung durchführen können, bleibt nur die logische Folgerung übrig, unsere Warenerzeugung grundlegend von der technisch-fabrikatorischen Seite umzugestalten. Klagen hat nicht den geringsten Wert, sondern nur schnelles und zielbewußtes Eingreifen, bevor es zu spät wird.

Man hätte früher auch nicht die Handwebstühle und Spinnräder durch finanztechnische Maßnahmen gegen die Spinnmaschinen und Webstühle wettbewerbfähig machen können. Schon einmal hat Deutschland den von uns längst vergessenen Sprung von der Manufaktur zur Fabrik, vom Tretrad zur Dampfmaschine machen müssen. Wer das nicht tat, wer nicht dafür sorgte, die jeweils besten Maschinen aufzustellen, der wurde niedergetreten von der Konkurrenz der besseren Maschine. Heute sehen wir, daß

eine Maschine auch von der billigeren Arbeitskraft besiegt, d. h. überholt werden kann. Es bleibt kein anderer Ausweg übrig, als ein sprunghafter technischer Fortschritt, eine Fabrikationsmethode, die wieder zeitgemäß, d. h. wettbewerbfähig ist!

## Was wir tun müssen!

1. Industriebetriebe, die auf den Weltmärkten nicht mehr wettbewerbfähig sind, müssen sich neue, derart verbesserte Fabrikationsverfahren zulegen, die der asiatischen Ameisentechnik überlegen sind.

Es hat keinen Zweck, dasselbe mit denselben Maschinen herzustellen, was auch der Erzeuger in Palästina oder in Indien, Mexiko, Japan usw. ebenso und dabei billiger herstellt.

2. Die Industrie sollte Preise aussetzen, als Anreiz für den deutschen Erfindergeist, um Maschinen und Fabrikationsverfahren zu erfinden, die ohne Lohnsenkungen für den deutschen Arbeiter so billig erzeugen, daß sie keinen Wettbewerb zu scheuen brauchen. Billigere Preise würden zugleich den Inlandverbrauch steigern und somit eine Erhöhung des Lebensstandards des deutschen Volkes bedeuten.

Wie man Preise für das beste Buch, den besten Film, das schönste Gedicht aussetzt, sollte die deutsche Industrie hohe Preise aussetzen, um ihre Wettbewerbfähigkeit wiederzugewinnen. Einige Millionen RM dafür aufgewendet, dürften billig sein im Verhältnis zu den Hunderten von Millionen RM, die in Ausgleichskassen eingesteuert werden müßten, nur um dem Ausland deutsche Erzeugnisse billig zu liefern.

3. Ausgleichskassen sollten gegründet werden, um die Ausfuhrindustrie dort zu unterstützen, wo es not tut, aber nur vorübergehend bis zur durchgeführten Umstellung. Vorzugsweise sollten die einfließenden Gelder aber nicht als Ausfuhrprämien bezahlt werden, die immer wie Hilfskrücken sind und insoweit gefährlich, als sich die Industrie leicht an diese Krücken gewöhnt, anstatt selber gehen zu lernen.

4. Die Ausgleichskassen sollten deshalb in erster Linie dazu dienen, die erforderliche technische Umstellung zu finanzieren, damit die deutschen Erzeuger zu billigen Amortisationssätzen in die Lage versetzt werden, ihren Maschinenpark auf eine Höhe zu bringen, die vom Ausland nicht so schnell nachgemacht werden kann. Zur Bedingung müßte dabei gestellt werden, daß die neuen, in der Praxis manchmal sogar radikal neuen Fabrikationsverfahren als deutsches geistiges Eigentum für die deutsche Industrie bewahrt werden. Diese Umstellung würde auch dem deutschen Maschinenbau umfangreiche Beschäftigung bieten und somit die Erwerbslosigkeit verringern.

5. Die Ausgleichskassen sollten außerdem zur Finanzierung von Aufgaben dienen, die bisher leider im Ausfuhrgeschäft sehr vernachlässigt worden sind. Als derartige Aufgaben seien genannt:

- Großzügige Gemeinschaftswerbung auf den Weltmärkten für die deutsche Wertarbeit,
- Zweckmäßiger Ausbau unseres ausländischen Handelsnachrichtendienstes nach englischem Vorbild.

Entsendung von Ausfuhrforschungs-Expeditionen in alle Weltmärkte, um Absatzmöglichkeiten, Geschäftsmethoden, Konkurrenz usw. zu studieren, neue

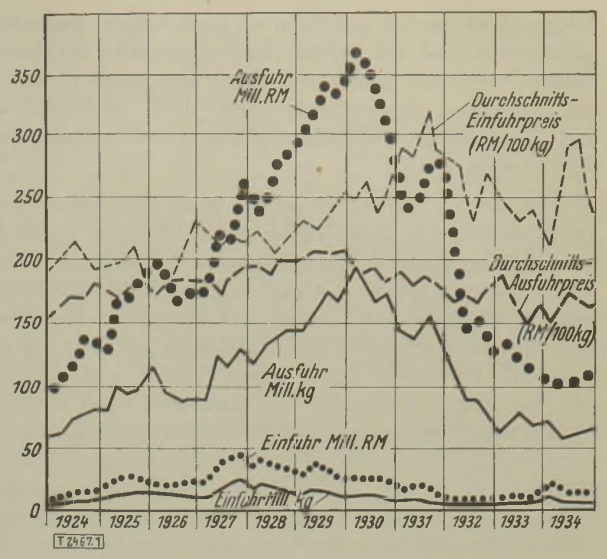



Abb. 1. Maschinenausfuhr (Vierteljahrswerte)

Bedürfnisse im Ausland zu wecken und der deutschen Industrie Informationen zu geben. Wir senden viele wissenschaftliche Expeditionen in die Welt, um Urwälder geographisch und ethnologisch zu erforschen, den Himalaya zu erklettern, was ohne Zweifel Taten sind, die Deutschlands würdig sind. Für die Industrie und damit für die ganze deutsche Volkswirtschaft wären noch viel wichtiger Expeditionen von Männern mit hellem Blick und kaufmännischem Sinn, die unauffällig den deutschen Erzeugern wichtige Nachrichten verschaffen. Unterstützung von Gemeinschafts-Ausfuhrorganisationen, die künftig eine große Rolle spielen werden, um gemeinschaftlich in Übersee wirkungsvolle und erfolgreiche Verkaufstätigkeit auszuüben, Zweigstellen und Stützpunkte des deutschen Ausfuhrhandels zu errichten, also Aufgaben zu erfüllen, die der einzelne Erzeuger aus Mangel an Mitteln und Ausfuhrerfahrung nicht durchführen kann.

Ausbau und Gründung von Ausfuhrhandelsschulen. Erst der nationalsozialistische Staat hat diese wichtige Aufgabe erkannt. In Hamburg wurde von der DAF die erste Außenhandelsschule eröffnet, der jetzt ein ähnliches Unternehmen in Leipzig gefolgt ist. Aber in allen größeren Städten müßten solche Schulen eingerichtet werden, um Ausfuhrpraktiker als Lehrer anzustellen, Lehrmaterial zu schaffen, damit die Schüler — nicht nur junge Kaufleute, sondern auch die Betriebsführer — dort Kenntnisse und Erfahrungen sammeln, die ihnen viel Lehrgeld ersparen und zugleich den Wirkungsgrad ihrer Ausfuhrarbeit steigern.

Unterstützung unserer führenden Exportzeitschriften.

Erleichterung der Ausfuhrfinanzierung durch schnellere und billigere Diskontmöglichkeiten, wobei gleichzeitig die deutschen Großbanken für bessere Bankverbindungen in Übersee sorgen müßten, um den Geldverkehr mit Ländern wie Britisch-Indien, Niederländisch-Indien usw. zu erleichtern.

Auf diese Weise würden die vorübergehend auferlegten Opfer eine gemeinsame Kraftanstrengung sein, um Deutschlands Ausfuhr und Einfuhr zu steigern.

6. Je mehr sich die Überseeländer industrialisieren, um so mehr wächst die Kaufkraft der dortigen Bevölkerung. Der Eingeborene, der heute noch in der Primitivität des Halbtieres lebt, wird als werteschaffender Arbeiter ein

höheres Einkommen und dadurch auch höhere Ansprüche haben. Da wir die Industrialisierung nicht verhindern hönnen, sollte die deutsche Technik sie durch Lieferung von Maschinen unterstützen, soweit nicht Monopole, die sich die deutsche Volkswirtschaft vorbehalten muß, verletzt werden.

7. Die deutsche Ausfuhrindustrie muß sich immer mehr auf Lieferung von Qualitätswaren einstellen, in denen die geistige Überlegenheit Deutschlands verkörpert ist. Diese wird immer gut bezahlt. Abb. 1 zeigt, daß sich der Durchschnitts-Kilopreis der ausgeführten deutschen Maschinen bemerkenswert gut trotz der Krise gehalten hat, ein Beweis, daß Wertarbeit immer besser bezahlt wird, da diese von den jungen Industrien des Auslandes nicht so leicht nachgemacht werden kann. Für die Fertigwarenindustrie sollte die Mitarbeit von „Ingenieur-Künstlern", also von Männern, die sowohl künstlerisches Verständnis als auch fabrikationstechnische Kenntnisse vereinen, herangezogen werden, um auch dem Erzeugnis der toten Maschine den lebendigen Geist künstlerischen Geschmacks, in Form und Materialechtheit, zu verleihen und damit dem deutschen Erzeugnis den Charakter der Wertarbeit aufzuprägen. Qualitätsware ist nicht notwendigerweise teure Luxusware. Auch das einfache, billig hergestellte Stück kann und soll den „Adel der Arbeit" tragen, es soll „edel" sein.

Die deutsche Ausfuhr ist also nicht am Ende ihrer welthistorischen Geschichte, sondern erst am Anfang eines neuen Zeitabschnitts. Ungeahnte Möglichkeiten winken ihr auf dem Erdball mit seinen 2 Mrd. Menschen, wenn die deutsche Industrie sich bewußt wird, welche Aufgaben sie zu erfüllen hat. Über den tiefen Graben „Preisspanne" kann nur die deutsche Technik, das Gehirn des deutschen Ingenieurs zusammen mit dem tüchtigen Arbeiter der Faust hinüberhelfen. Immer wird Deutschland gegen Mitbewerber kämpfen müssen, nie werden die deutschen Ingenieure ruhen dürfen. Es ist höchste Zeit, die praktischen Folgerungen in jedem Betrieb zu ziehen und die Wirtschaftsgruppen der deutschen Industrie zur Arbeit aufzurufen. [2467]

# ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

## Verbuchung der Sanierungsgewinne

Von Oberregierungsrat Dr. W. MEHRMANN, Berlin

*In seinem Aufsatz „Buchungstechnik bei der Sanierung von Aktiengesellschaften" (Techn. u. Wirtsch. 1934, S. 369 ff.) gibt Dipl.-Kfm. Dr. Hans Koernig, Breslau, eine Übersicht über die Buchungen für die verschiedenen Sanierungsformen. Auf S. 372 sagt Dr. Koernig aus: „Es genügt notfalls, die Sanierungsbuchungen über Verlust- und Gewinnkonto zu führen". Diese Verrechnungsart kommt in der Praxis oft zur Anwendung. Eine Stellungnahme hierzu ist aus grundsätzlichen Erwägungen notwendig.*

Die Verbuchung der Sanierungsvorgänge über Verlust- und Gewinnkonto führt zu der Auffassung, daß durch diese echte Gewinne entstehen. Dieses trifft für die von Dr. *Koernig* aufgeführten Fälle der Sanierung nicht zu. Strittig ist nur der Gläubigervergleich. Hier vertreten viele die Auffassung, daß dieser zu einem wirklichen Gewinn in Höhe des Nachlasses führt. Bei den übrigen Formen der Sanierung kann sich niemals ein Gewinn im wirtschaftlichen Sinne ergeben.

Im einzelnen gilt folgendes: Die Sanierung durch Herabsetzung des Aktienkapitals ist ein rein rechnerischer und nicht ein wirtschaftlicher Vorgang. Ein Passivposten, das Aktienkapital, wird herabgesetzt. Infolge des kontenmäßigen Ausgleichs zwischen der Soll- und Habenseite der Bilanz wird der Verlustvortrag beseitigt. Es kann sich darüber hinaus noch ein Überschuß der Aktiven ergeben. Dieses hängt davon ab, in welchem Ausmaße die Herabsetzung erfolgt. — Diese günstige Auswirkung für die Bilanz wird ausschließlich durch eine andere Bemessung des Aktienkapitals verursacht. Eine Änderung im Reinvermögen tritt nicht ein.

**Beispiel 1**

Bilanz vor der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 7 500 000 | Aktienkapital | 4 000 000 |
| Verlust | 1 500 000 | Schulden | 5 000 000 |

Zur Beseitigung der Unterbilanz wird das Aktienkapital von 4 000 000 auf 2 500 000 herabgesetzt.

Bilanz nach der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 7 500 000 | Aktienkapital | 2 500 000 |
| | | Schulden | 5 000 000 |

Das Reinvermögen beträgt vor der Herabsetzung des Aktienkapitals: Aktiva . . . . . 7 500 000
./. Schulden . . . . . 5 000 000
2 500 000

Durch die Sanierung tritt weder bei den Aktiven noch bei den Schulden eine Änderung ein. Reinvermögen nach der Zusammenlegung des Kapitals: Aktiva . . . . . 7 500 000
./. Schulden . . . . . 5 000 000
2 500 000

**Beispiel 2**

Bilanz vor der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 6 400 000 | Aktienkapital | 3 000 000 |
| Verlust | 1 000 000 | Schulden | 4 400 000 |

Die Gesellschaft setzt das Aktienkapital von 3 000 000 auf 1 500 000 herab. Sie benutzt den Sanierungsgewinn mit 1 000 000 zur Abdeckung des Verlustes und mit 500 000 zu außerordentlichen Abschreibungen, die wirtschaftlich bereits notwendig waren. Nach der Zusammenlegung ergibt sich folgende Bilanz:

Bilanz nach der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 5 900 000 | Aktienkapital | 1 500 000 |
| | | Schulden | 4 400 000 |

Die Wertminderung von 500 000 bestand bereits vor der Herabsetzung des Aktienkapitals. Das Reinvermögen der Gesellschaft beträgt vor und nach der Sanierung:

| | |
|---|---|
| 6 400 000 | Aktiva |
| ./. 500 000 | Wertminderung |
| 5 900 000 | |
| ./. 4 400 000 | Schulden |
| 1 500 000 | |

Durch die Sanierung ist eine Vermehrung des Eigenkapitals, ein Gewinn, nicht eingetreten. Eine Verbuchung des „Sanierungsgewinnes" über Verlust- und Gewinnkonto ist nach den vorstehenden Ausführungen nur soweit berechtigt, als diese zur Beseitigung des Verlustvortrages führt.

Hierdurch erfolgt die durch den Verlustvortrag erforderliche Kapitalberichtigung.

Dasselbe gilt für die Sanierung durch Auflösung noch bestehender Reserven.

**Beispiel 3**

Bilanz vor der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 9 000 000 | Aktienkapital | 4 000 000 |
| Verlust | 400 000 | Reserven | 400 000 |
| | | Schulden | 5 000 000 |

Der Verlust von 400 000 wird durch die vorhandenen stillen Reserven ausgeglichen.

Buchung:
Reservekonto an Verlust- und Gewinnkonto 400 000.

Bilanz nach der Sanierung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aktiva | 9 000 000 | Aktienkapital | 4 000 000 |
| | | Schulden | 5 000 000 |

Eigenkapital vor und nach der Sanierung

9 000 000 ./. 5 000 000 = 4 000 000.

Die Vermehrung des Reinvermögens im Falle der Zuzahlung der Aktionäre erfolgt nicht durch Gewinn, sondern durch Einlagen der Gesellschafter.

Diese Erwägungen erlangen in den Fällen praktische Bedeutung, in denen eine Ermittlung des wirklichen Erfolges notwendig wird, wie z. B. für die Besteuerung der Betriebe nach dem Gewinn.

Der Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit verlangt, daß immer nur der wahre Erfolg zur Besteuerung herangezogen wird. Der „Sanierungsgewinn" ist, wie oben ausgeführt, kein Gewinn im betriebswirtschaftlichen Sinne.

Er kann darum niemals zur Erhöhung des steuerpflichtigen Gewinnes noch zur Minderung steuerlich abzugsfähiger Verlustposten führen.

Nach der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs zum Körperschaftssteuergesetz 1925 konnte aus diesem Grunde durch einen Sanierungsgewinn niemals ein Verlustvortrag mit steuerlicher Wirkung beseitigt werden. Wiesen z. B. Steuer- und Handelsbilanz einen Verlustvortrag von 1 000 000 aus, so blieb dieser bei einer Sanierung durch Herabsetzung des Aktienkapitals in voller Höhe in der Steuerbilanz bestehen. Die Gesellschaft durfte diesen Verlustvortrag von dem Gewinn der folgenden Steuerabschnitte solange in Abzug bringen, als dieser noch vorgetragen werden konnte. Erzielte z. B. die Gesellschaft bis zum Schluß des Jahres, in welchem die Sanierung erfolgte, einen Gewinn von 1 800 000, so betrug das steuerpflichtige Einkommen nur

1 800 000
./. 1 000 000
800 000.

Nach dem neuen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuergesetz 1934 fällt die Abzugsfähigkeit des Verlustvortrages (mit Ausnahme der Übergangsjahre) und somit auch die vorstehende Berechnung fort.

Notwendige außerordentliche Abschreibungen, die in der Handelsbilanz zu Lasten des Sanierungsgewinnes vorgenommen werden, sind steuerlich aus den gleichen Überlegungen über Verlust- und Gewinnkonto zu verrechnen. Sie sind also für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens vom Ergebnis der Handelsbilanz zu kürzen (vgl. Entscheidung des Reichsfinanzhofs vom 16. 10. 34 — I A 268[33] — Steuer und Wirtschaft, Jahrg. 1935, Nr. 55). Durch ihre Verrechnung mit dem Sanierungsgewinn wird die Verlust- und Gewinnrechnung des laufenden Jahres entlastet und der Geschäftserfolg zu hoch ausgewiesen.

**Beispiel 4**

Eine Gesellschaft setzt ihr Kapital um 800 000 herab. Sie verwendet den „Sanierungsgewinn" mit 500 000 zur Beseitigung des Verlustes und mit 300 000 zu notwendigen außerordentlichen Abschreibungen. Der Gewinn nach der Handelsbilanz beträgt am Schluß des Jahres 900 000. Dieser ist für die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinnes um die notwendigen außerordentlichen Abschreibungen in Höhe von 300 000 zu kürzen.

Soweit außerordentliche Abschreibungen, die zu Lasten des „Sanierungsgewinnes" erfolgen, wirtschaftlich nicht notwendig sind, werden in der Steuerbilanz die erhöhten Werte beibehalten und diese in den nächsten Jahren allmählich abgeschrieben. Auch diese Regelung wirkt sich zugunsten der Steuerpflichtigen aus.

**Beispiel 5**

Herabsetzung des Aktienkapitals um 2 000 000. Verwendung des Sanierungsgewinnes 1. zur Beseitigung der Unterbilanz 1 500 000, und 2. zu außerordentlichen Abschreibungen auf Maschinen 500 000.

Diese Abschreibungen sind nicht notwendig. Bisheriger Wert der Maschinen 3 000 000.

In der Steuerbilanz wird dieser Wert nach der Sanierung beibehalten und in den nächsten Jahren abgeschrieben. Um die außerordentliche Abschreibung von 500 000, die zu Lasten des steuerfreien Sanierungsgewinnes erfolgte, wird in der Steuerbilanz der Gewinn der nächsten Jahre niedriger ausgewiesen als in der Handelsbilanz.

Die steuerliche Rechtsprechung weicht hier bewußt von dem Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz bei der Besteuerung nach dem Einkommen ab, weil die Sanierungsgewinne betriebswirtschaftlich und somit auch steuerlich keine echten Gewinne sind. [2493]

# WIRTSCHAFTSBERICHTE

## Die deutsche Wirtschaft im August 1935

Der große und entscheidende Erfolg, welchen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in den letzten zweieinhalb Jahren erzielt hat, wird am besten dadurch verdeutlicht, daß man die Entwicklung der Arbeitslosenziffern der Deutschland benachbarten großen europäischen Industriestaaten mit der entsprechenden Entwicklung in Deutschland vergleicht.

Nach wie vor ist die Zahl der Arbeitslosen z. B. in Frankreich, Holland und Belgien mehr oder weniger im Steigen begriffen, wenngleich die Gesamtzahlen dort sowohl absolut, als auch z. T. relativ zur Bevölkerung noch weit hinter den deutschen und englischen Zahlen zurückbleiben (Abb. 1 a und b). Beurteilt man die Wirtschaftsentwicklung an Hand der Arbeitslosenziffern, so kann somit festgestellt werden, daß in Frankreich, Holland und Belgien die Wirtschaftskrise nach wie vor eine Verschärfung erfährt.

Besonders bemerkenswert ist ein Vergleich der Entwicklung in Deutschland und England, weniger was das Ausmaß der Arbeitslosen selbst anbetrifft, da hier die Ermittlung auf verschiedenen Wegen erfolgt, als im Entwicklungszug selbst, der bei Deutschland eine starke Absenkung seit Anfang 1933 aufweist, während in England nur eine mehr oder weniger leichte Senkung vorhanden ist. Fragt man nach den Gründen dieser Erscheinung, so kann zweifelsohne festgestellt werden, daß es die unter der Losung „Arbeitsbeschaffung" von der Reichsregierung einheitlich auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit eingestellte Willensrichtung des gesamten deutschen Volkes gewesen ist, welche die Absenkung der Arbeitslosen von

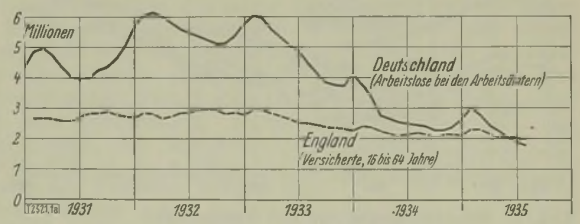



Abb. 1 a. Arbeitslosigkeit in Deutschland und England

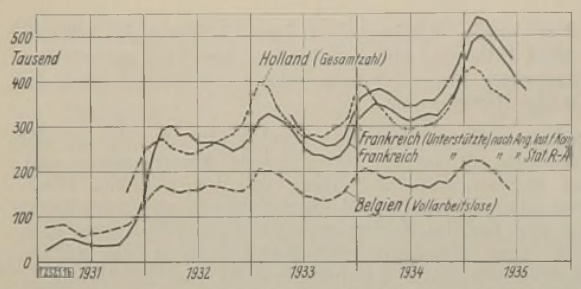



Abb. 1 b. Arbeitslosigkeit in Belgien, Frankreich und Holland

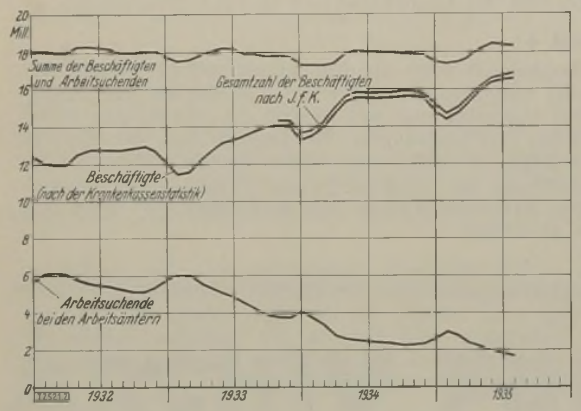



Abb. 2. Beschäftigungsgrad und Arbeitslosigkeit

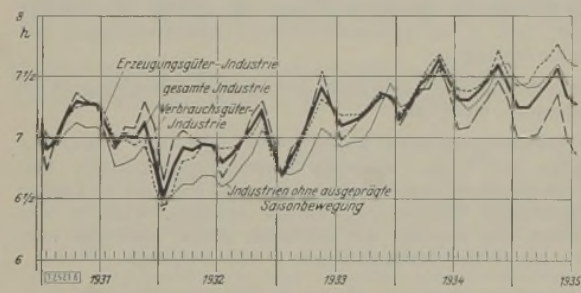



Abb. 3. Durchschnittliche tägliche Arbeitzeit der Arbeiter in Stunden (Inst. f. Konj.)

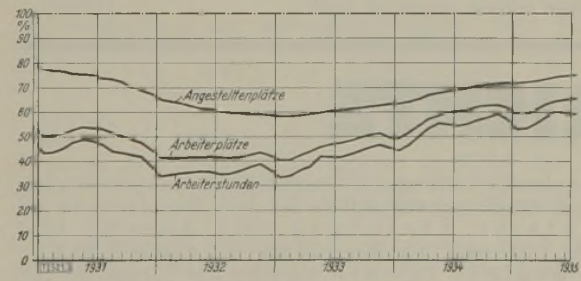



Abb. 4. Industrieller Beschäftigungsgrad

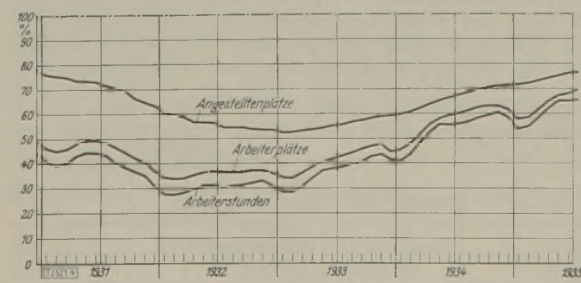



Abb. 5. Beschäftigungsgrad der Anlagegüterindustrien

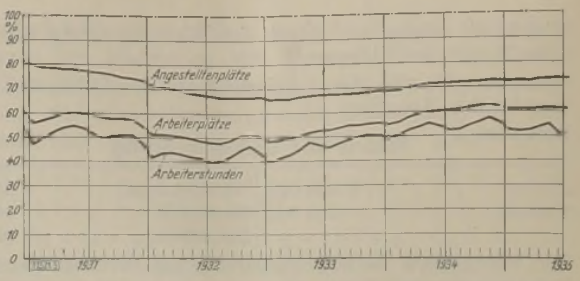



Abb. 6. Beschäftigungsgrad der Verbrauchsgüterindustrien

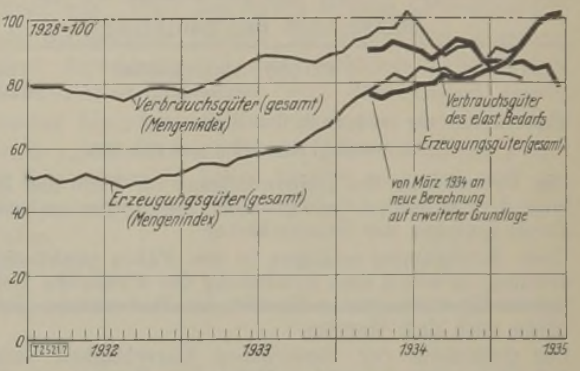



Abb. 7. Herstellung von Erzeugungs- und Verbrauchsgütern

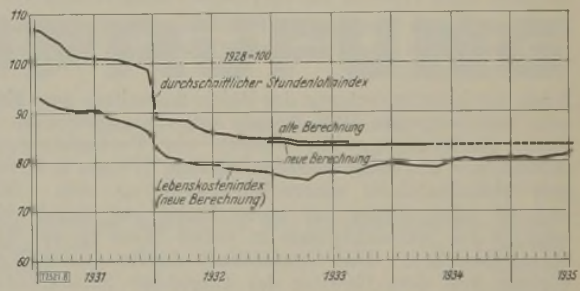



Abb. 8. Lohn und Lebenskosten

über 6 Mill. unter die 2-Mill.-Grenze ermöglicht hat. Mag diese Entwicklung auch hier oder dort durch mehr oder weniger rechnerisch bedingte Verlagerungen verursacht worden sein, wie von ausländischen Kritikern neuerdings wieder in gesteigertem Maße behauptet wird, der Gesamterfolg ist so entscheidend und groß, daß derartige Umschichtungen in keiner Weise ins Gewicht fallen können.

Hinzu kommt, daß seit dem Frühjahr dieses Jahres die Gesamtzahl der Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik nicht unerheblich stärker gestiegen, als die der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern gesunken ist, was deutlich aus der Entwicklung der Summenkurve der Beschäftigten und Arbeitsuchenden hervorgeht (Abb. 2). Die Beschäftigtenziffer, die sich einem Stande von 17 Mill. (bei etwa 1,8 Mill. Arbeitsuchenden) zu nähern beginnt, zeigt also, daß in der letzten Zeit noch weitere Volksgenossen in die gewerbliche Arbeit eingeschaltet worden sind.

Demgegenüber ist die Aufwärtsentwicklung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades der deutschen Industrie seit dem Frühjahr 1934 ins Stocken geraten (Abb. 3). Eine, wenn auch nur leichte Absenkung macht sich hier geltend, die, wie bereits mehrfach erwähnt, von den Verbrauchsgüterindustrien ausgeht. Der Einfluß des starken Beschäftigungsanstieges in den Erzeugungsgüterindustrien wird hierdurch wieder zum Ausgleich gebracht.

Noch deutlicher gehen die beiden oben erwähnten Entwicklungen aus den Abb. 4 bis 6 hervor. Die Besetzung der Angestellten- und Arbeiterplätze steigt, im Gesamtdurchschnitt gesehen (Abb. 4), stark bei den Erzeugungsgüterindustrien (Abb. 5), nur wenig bei den Verbrauchsgüterindustrien (Abb. 6). Der Durch-

schnitt der gearbeiteten Stunden (Abb. 4) liegt aber infolge des beherrschenden Einflusses der Verbrauchsgüterindustrien (Abb. 6) gedrückt, obwohl die Erzeugungsgüterindustrien (Abb. 5) eine erhebliche Verbesserung aufweisen.

Die Kennzahlen für die Herstellung von Erzeugungs- und Verbrauchsgütern (Abb. 7) bestätigen die an dem Verlauf der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer festzustellende Entwicklung. Sie weisen aber gleichzeitig — wenigstens an Hand des Mengenmaßstabes der herausgebrachten Industriegüter — darauf hin, daß die Verbrauchsgüterindustrien im Interesse der Arbeitsbeschaffung und Arbeitserhaltung gegebenenfalls zusätzlich Lasten zu übernehmen haben, die u. U. dann sich auch preistreibend auswirken können, wenn sie die vorhandene Ertrags- und Kapitalkraft der betroffenen Betriebe über Gebühr in Anspruch nehmen. Es tritt also hier, von den einzelnen Betrieben aus gesehen, ein verstärkter Druck in Richtung einer Preissteigerung ein, der um so mehr zu beachten ist, als er auf einen entsprechenden von andern Seiten, z. B. der Rohstoffseite her, stößt.

Mehr noch als diese Entwicklung ist die Parallele in den Haushalten der einzelnen Volksgenossen zu beachten. Der Lebenskostenindex ist seit dem Frühjahr 1933, wenn auch unter Schwankungen, im Steigen begriffen (Abb. 8). Die Erhöhung rührt nicht etwa nur von der Steigerung der eigentlichen Ernährungskosten her, die sich namentlich in der letzten Zeit für die ärmeren Volksschichten stärker bemerkbar machte, sondern in noch vermehrtem Maße von der Kostensteigerung der Bekleidung, in deren Eindeckung sich allerdings für viele leichter ein Ausgleich (durch Streckung usw.) ermöglichen läßt als in den Nahrungsmitteln, die täglich benötigt und täglich beschafft werden müssen. Allerdings sind in wichtigen Nahrungsmitteln vom Reichsnährstand Festpreise vorgeschrieben. Auch ist zu bedenken, daß gerade die Sommermonate eine saisonmäßige Erhöhung der Lebensmittelkennzahlen bringen. Das kann und darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht nur der sorgfältigsten Beobachtung, sondern auch der nachdrücklichsten Beeinflussung bedarf, um den gerade auf den ärmsten Volksschichten lastenden Druck nicht noch stärker werden zu lassen. Hier liegt eine der wichtigsten innerpolitischen Wirtschaftsaufgaben, deren Lösung die kommenden Monate im Interesse unseres Volkes von uns verlangen. Eine Aufgabe, die um so größer und bedeutungsvoller ist, als der Lohnsatz aus den bekannten Gründen nicht eine Erhöhung erfahren kann und der Lohnertrag letzten Endes somit von der Leistung abhängt, die in den verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten erzielt werden kann[1]).

Vermehrte und verbesserte Leistung, aber Leistung, die für den einzelnen wie die Gesamtheit verwendbar und nutzbringend ist und somit im wahrsten Sinne des Wortes werktätiger Dienst, das ist die nicht oft und nicht eindringlich genug zu betonende Losung! Das verlangt vor allem, im Rahmen der uns praktisch gegebenen Grenzen und Möglichkeiten die für uns notwendigen, zweckdienlichen und erstrebenswerten Aufgabengebiete für derartige Leistungen ausfindig zu machen oder mit andern Worten der Schaffenskraft zunächst die lebendigen Ziele und damit die lebensbejahende Richtung zu geben. Der Aufbau unserer Wehrmacht, unseres Arbeitsdienstes, unseres Geisteslebens und unserer Kultur sind hierbei in gleicher Weise als gewaltige Wirkungsfelder solchen Schaffens zu werten wie die, welche in engerem Sinne der Erhaltung und Entwicklung der Daseinsgrundlagen unseres Volkes zu dienen vermögen.

Für den deutschen Schöpfer- und Unternehmergeist erwächst daraus ein gewaltiges Feld stets sich erneuernder Betätigung, ein Wirkungsfeld, das sich in doppeltem Sinne sowohl für den Säenden als auch für den Erntenden lohnt, mag man es nun vom völkischen oder vom persönlichen Standpunkt betrachten. *Bredt* [2521]

1) Während der Drucklegung wird bekannt, daß vom Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft Maßnahmen zwecks Regelung der Preise der wichtigsten Lebensmittel ergriffen worden sind.

## Wirtschaftskennzahlen

| Gruppe | August 1935 | Juli 1935 | Juni 1935 |
|---|---|---|---|
| Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100) | 124,5 | 124,3 | 123,0 |
| Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) | — | 101,8 | 101,2 |
| Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung) | — | 132,0 | 132,1 |
| Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl – Stat. Reichsamt 1913 = 100) | — | 121,4 | 122,2 |

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 29. 7. bis 3. 8.: 94,75; 5. 8. bis 10. 8.: 95,47; 12. 8. bis 17. 8.: 96,31; 19. 8. bis 24. 8.: 95,82; 26. 8. bis 31. 8.: 94,57.

**Erwerbslosenzahlen**[1]) (in 1000) am 31. 7. 35. Gesamtzahl 1755

| Arbeitslosenversicherung | Krisenfürsorge | Wohlfahrtserwerbslose | Nichtunterstützte |
|---|---|---|---|
| 233 | 671 | 386 | 465 |

[1]) Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. August-Heft 1935.

**Geldmarkt** am 2. September 1935 %

| | |
|---|---|
| Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32 | 4 |
| Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32 | 5 |
| Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht | 3 |
| „ „ „ lange Sicht | 3 |
| Tagesgeld an der Berliner Börse | 3 bis 3½ |

**Produktionsstatistik**

| Land | Industrie | Juni 1935 | Juli 1935 | Juli 1934 |
|---|---|---|---|---|
| | | 1000 t | | |
| Deutschland | Steinkohle | 10 883,8 | 11 837,7 | 10 103,5 [1]) |
| „ | Braunkohle | 11 205,9 | 11 685,4 | 10 764,1 [1]) |
| „ | Ruhr-Steinkohle | 7 430,5 | 8 043,3 | 7 475,0 |
| „ | Ruhrkoks | 1 852,7 | 1 905,1 | 1 674,7 |
| „ | Rohstahl | 1 249,1 | 1 447,0 | 1 036,8 |
| Belgien | Roheisen | 258,3 | 262,6 | 251,5 |
| „ | Rohstahl | 240,7 | 250,3 | 244,4 |
| „ | Steinkohle | 2 148,2 | 2 242,8 | 2 086,9 |
| Luxemburg | Roheisen | 161,2 | 156,6 | 163,5 |
| „ | Rohstahl | 157,7 | 153,2 | 160,3 |
| **Güterwagengestellung** der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück) | | 125,3 | 122,1 | 113,2 |

[1]) ohne Saargebiet.

## Verkehr

### Weltwirtschaft und Verkehr

*Bericht über die Verkehrswirtschaftliche Tagung, die aus Anlaß der Leipziger Herbstmesse 1935 vom Seminar für Verkehrswesen an der Universität Halle und dem Leipziger Meßamt unter der Überschrift „Der Verkehr im Dienste der Fertigwarenwirtschaft" veranstaltet wurde.*

#### Die Bedeutung des Verkehrs

Die Bedeutung des Verkehrs für die Volkswirtschaft erhellt aus folgenden Zahlen: Mehr als 6 Mill. Menschen leben in Deutschland von der Verkehrsbetätigung, und 40 % aller motorischen Kräfte dienen dem Verkehr. Rd. 10 % der gesamten deutschen Bevölkerung stehen mithin im Dienste dieses wichtigen Wirtschaftszweiges. Dazu kommt, daß von den beschäftigten Personen 94 % männlichen Geschlechtes sind; der weitere Ausbau unsrer Verkehrswirtschaft bringt also in ungewöhnlich hohem Ausmaß eine Entlastung unsres Arbeitsmarktes mit sich. Nimmt man das deutsche Volkseinkommen derzeit mit 50 Mrd. RM an, so werden 17 % oder rd. 8,5 Mrd. RM für Zwecke des Verkehrs ausgegeben. Prof. Dr. *Wolff*, Halle, dessen Vortrag diese Angaben entnommen sind, konnte berichten, daß der Anteil in manchen Ländern, z. B. Eng-

land, höher ist. Die Zahlen: 10 % der Bevölkerung und 17 % der Ausgaben bedeuten kein Mißverhältnis, der Unterschied erklärt sich daraus, daß jeder Verkehr zweiseitig ist und darum ein gewisser Leerlauf mit in Kauf genommen werden muß. Dazu komme wohl ein verhältnismäßig hoher Verschleiß usw.

Man kann die auf der Verkehrswirtschaftlichen Tagung gehaltenen Vorträge in zwei Gruppen zusammenfassen: die erste beschäftigt sich in erster Linie mit dem Verkehr aus Anlaß der großen Leipziger Messen, im weiteren Sinne mit dem Verkehr der Fertigwarenwirtschaft — und daneben standen die großen Fragen der deutschen Verkehrswirtschaft im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft und mit dem Weltverkehr.

### Weltwirtschaft und wirtschaftliche Wehrpflicht

Gesandter *Werner Daitz* vom Außenpolitischen Amt der NSDAP unterstrich innerhalb der letzten Gruppe die Wandlungen, die der Verkehr in der Weltwirtschaft in letzter Zeit durchgemacht hat und noch durchmachen wird. Ehedem beherrschte der Gedanke der Weltwirtschaft die einzelnen Volkswirtschaften derart, daß die Weltwirtschaft gewissermaßen überstaatliche Funktionen erhielt. Die Weltwirtschaft hat auf diese Weise die einzelnen Völker ihrer wirtschaftlichen Wehrpflicht entfremdet. Heute haben sich die Völker dieser wirtschaftlichen Wehrpflicht wieder besonnen. Es tritt eine Neuordnung des Wirtschaftsverkehrs von Volk zu Volk ein. Durch diesen Wechsel des Organisationsgrundsatzes werden die Verhältnisse in der künftigen Weltwirtschaft beweglicher sein. Entsprechend muß auch der Weltverkehr künftig weit beweglicher werden, als er es früher war, d. h. z. B., daß der bisher zu große, starre Frachtliniendienst des Seeverkehrs in den nächsten Jahrzehnten in großem Umfange durch eine beweglichere Trampschiffahrt ersetzt werden muß, um den nach Art und Richtung wechselnden zwischenstaatlichen Güterverkehr wirtschaftlich bewegen zu können. Eine Änderung unsrer Schiffahrtspolitik durch Vergrößerung der Trampschiffahrt wird sich auch privatwirtschaftlich günstig auswirken. Es hat sich in den letzten Jahren (1932) gezeigt, daß alle Länder mit einem ausgebildeten Linienschiffsverkehr sehr hohe Teile ihrer Flotte auflegen mußten, in Deutschland 36 %, USA 32 %, während Länder mit überragender Trampschiffahrt weit unter dem Durchschnitt von 20 % bleiben konnten.

### Eisenbahn und Handel

Die besondre Stellung des Eisenbahnverkehrs innerhalb der auf der Verkehrswirtschaftlichen Tagung gestellten Fragen behandelte der Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, *Kleinmann*. Im Vordergrund des Verkehrs mit dem Ausland steht die Tarifpolitik. Die Vereinbarungen der jeweiligen Handelsbetriebe über den Eisenbahngüterverkehr gehen von drei zwischenstaatlichen Abmachungen aus, und zwar vom Internationalen Übereinkommen für den Güterverkehr, dann vom sogenannten Barcelona-Abkommen von 1921, das die Freiheit der Verkehrswege und der Durchgangswege im allgemeinen sichern will, und drittens vom Genfer Übereinkommen über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen von 1913. Diese Abmachungen enthalten im allgemeinen die Paritätsklausel. Unterschiede nach der Herkunft des Gutes sollen danach bei den Beförderungspreisen und -bedingungen nicht gemacht werden. Die Deutsche Reichsbahn hat seit 1925 in ständig steigendem Maße durch Tariferleichterung den Außenhandel weitestgehend unterstützt. Rd. 43,3 % der gesamten Ausfuhr Deutschlands (reiner Warenverkehr) gingen über die Reichsbahn. Die Hemmnisse der Wirtschaft, die sich in den letzten Jahren immer stärker bemerkbar machten, hat die Deutsche Reichsbahn durch Unterstützungstarife abzuschwächen versucht. Sie gewähren gegenüber der Regelklasse im allgemeinen eine Frachtermäßigung von 20 bis 25 %. Die Deutsche Reichsbahn ist bemüht, möglichst zahlreiche direkte Tarife mit dem Ausland zu erlangen, die eine Frachtberechnung vom Versand- bis zum Empfangsort möglich machen. Als bedeutende Neuerung zur Erleichterung des Güteraustausches hat sich die Einführung des Behälterverkehrs bewährt, in dem die Reichsbahn ein neuartiges und verbessertes Lademittel zur Schonung und zur Zusammenhaltung der Güter geschaffen hat.

### Seehafenpolitik

Der Anteil der Binnenschiffahrt an der Gesamtgüterbewegung von Eisenbahn und Schiffahrt hat nach den Ausführungen von Staatssekretär *Koenigs* im Jahre 1933: 22,8 % betragen; der Anteil der Binnenschiffahrt an der Gesamtausfuhr 59,7 % und der Anteil der Binnenschiffahrt an dem Versand nach den deutschen Seehäfen 32,8 %. Diese Ziffern zeigen, welche große Bedeutung den Binnenwasserstraßen im Dienste der Ausfuhr zukommt. Entgegen der früheren partikularistisch gerichtet gewesenen Vorkriegspolitik der früheren Bundesstaaten betrachtet es das Deutsche Reich jetzt als seine Aufgabe, die Wasserstraßenpolitik in den Dienst der Ausfuhr über die deutschen Seehäfen zu stellen. Die Seehafenpolitik ist notwendig, weil die Entwicklung der deutschen Handelsschiffahrt von dem Umfang des Verkehrs in den deutschen Seehäfen abhängt, und die Vorratswirtschaft, die ihre Lager vorzugsweise in den Seehäfen an den Bruchstellen zwischen Seeschiffahrt und Binnenschiffahrt unterhält, nach Möglichkeit ins Inland gezogen werden muß.

### Kraftwagen und Eisenbahn

Die Frage „Eisenbahn — Kraftwagen", die Prof. Dr. *Most*, der Vorsitzende des Sonderausschusses „Eisenbahn und Kraftwagen" bei der Internationalen Handelskammer, behandelte, hat sich in allen Kulturländern herausgebildet und spitzt sich naturgemäß vor allem im Fertigwarenverkehr zu. Er ist es, der die stärkste Anziehungskraft auf den Kraftwagen ausübt, denn seinen Bedürfnissen vor allem paßt sich die dem Kraftwagen gegenüber andern Verkehrsmitteln eigene Beweglichkeit am besten an. Der durch übermäßigen Wettbewerb des Kraftwagens vielleicht bedrohte strukturelle Grundgedanke der gegenwärtigen Eisenbahntarife (Staffelung nach der Tragfähigkeit des Gutes) berührt die Fertigwaren vor allem deswegen mehr als andre Güter, weil für ihre Selbstkostenbildung nicht nur die eigenen Transportkosten, sondern auch die im Erzeugnis enthaltenen Rohstoffe, Halbstoffe, Hilfsmittel usw. eine wesentliche Rolle spielen. Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die Wiedergeburt der Landstraße mit einem Nachlassen des gesamten Verkehrs zeitlich zusammenfiel; nur so ist es zu erklären, daß der Kampf zwischen der linienbeherrschenden Eisenbahn und dem raumbeherrschenden „Streumittel" Kraftwagen oft so unangenehme Formen annahm. Eine Abgleichung, vor allem aber eine Stabilität in den Beziehungen beider Verkehrsmittel ist notwendig, damit die Fertigwaren-Industrie, die nicht so standortgebunden ist wie die Rohstoffindustrie, mit ihren Tarifsorgen endlich zur Ruhe kommt. Im übrigen sind auf diesem Gebiet die Verhältnisse in allen Ländern ähnlich. Verschiedenheiten ergeben sich je nach der Art der Fertigwaren selbst, der Herkunft ihrer Rohstoffe und dem Radius ihrer Verteilung. Es ist schon ein großer Unterschied, ob diese Frage in England gelöst werden muß, wo jeder nur einigermaßen größere Industrieort seinen Seehafen sozusagen vor der Tür hat, oder in einem Binnenland, dessen Hauptindustrieorte weit ab vom Meer liegen. Eine weitere entscheidende Rolle spielen

a) der Stand der Motorisierung (Deutschland verfügt über rd. 200 000, Großbritannien über rd. 400 000 und Frankreich über rd. 500 000 Lastkraftwagen),

b) die Organisation der Eisenbahnen (reine Privatwirtschaft und starke, erst in neuerer Zeit durch Gruppenzusammenfassung einigermaßen behobene Zersplitterung in Großbritannien; weitgehende Vermischung individualistischer und staatswirtschaftlicher Tendenzen in Frankreich; unbedingt herrschende Stellung der Reichsbahn in Deutschland),

c) das Verhältnis der Eisenbahnen zum Staatshaushalt (starke Belastung beispielsweise des französischen Etats durch staatliche Garantieleistungen; anders in Deutschland und Großbritannien). Die britische Gesetzgebung zeigt den Staat in der Rolle des fairen Schiedsrichters zwischen zwei Wettbewerbern. Die französische steht im Gesamtgefüge der Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen. Dem neuen deutschen Kraftfernverkehrsgesetz hat der Wille zur Motorisierung die endgültige Gestalt verliehen.

Sonst sind die Dinge auf der ganzen Erde noch im Fluß. Der Gedanke des Konzessionszwanges setzt sich immer mehr durch; man geht dabei weniger vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt aus als immer mehr von der Bedürfnisfrage, d. h. vom Gesichtswinkel der Volkswirtschaft. In der Schweiz ist das beabsichtigte Verkehrsteilungsgesetz trotz vorheriger freundschaftlicher Verständigung zwischen Eisenbahn- und Kraftfahrwesen in der Volksabstimmung mit über Zweidrittel-Mehrheit verworfen worden. Ein neues tschechoslowakisches Gesetz hat, im Gegensatz zu jeder bisherigen Regelung, besonders die Bekämpfung des sonst allgemein unbehelligt gelassenen Werkverkehrs zum Ziele. Auch anderwärts zeigt die verkehrspolitische Linie gelegentlich merkwürdige Einseitigkeiten. Es ist ein besonderer Vorzug des Deutschen Güterfernverkehrsgesetzes vom 26. Juni 1935, daß es, aufs Ganze gesehen, nicht künstlicher Beschränkung und Hemmung, sondern gesundem Ausgleich nach allen Seiten hin zustrebt: zwischen Schiene und Straße, zwischen Staats- und Privatunternehmung, zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Wenn es den Durchführungsbestimmungen gelingt, einige im Gesetz selbst noch gelegene Unebenheiten zu beseitigen, so wird auch dies wiederum vor allem der Fertigware, ihrer Erzeugung und Verteilung zugute kommen.

### Luftverkehr

Der deutsche Luftverkehr kann ebensowenig wie der Luftverkehr der übrigen Welt mengenmäßig die großen Anteilzahlen aufweisen wie Eisenbahn, Kraftwagen und Binnenschiffahrt. Dafür hat er qualitative Vorzüge, die ihm die andern Verkehrsmittel nicht streitig machen können. Direktor *Wronsky* von der Deutschen Lufthansa konnte mit Recht darauf hinweisen, daß sich Deutschland dank seiner geographischen Lage zwangläufig zum Kernstück des Luftverkehrs entwickelt hat. Es kam darauf an, zunächst innerhalb Deutschlands, dann aber auch jenseits der Grenzen in Europa Schnellverbindungen zu schaffen, die sowohl dem Personenverkehr als auch dem Post- und Güteraustausch dienten. Deutschland besitzt nächst den Vereinigten Staaten von Amerika das größte befeuerte Nachtstreckennetz!

Sehr früh schuf sich die Deutsche Lufthansa in Südamerika einen wichtigen Stützpunkt, der nicht zuletzt die Schaffung des ersten regelmäßigen Transozeanluftverkehrs, des Luftpostdienstes Deutschland—Südamerika, ermöglichte. Dieser am 2. Februar 1934 eröffnete Dienst, der die Beförderung von Postsendungen in 3½ Tagen von Stuttgart nach Buenos Aires (14 000 km) gestattet, konnte in diesen Tagen das Jubiläum des 100. Postfluges begehen. Es wurden zwischen Deutschland und Südamerika bisher rd. 4 Mill. Luftpostbriefe befördert. Dazu mußten die Flugzeuge der Lufthansa 1 400 000 Flugkilometer zurücklegen. Auch in Ostasien erblickte die deutsche Handelsluftfahrt ein wichtiges Feld ihrer Tätigkeit. Hier wurde die „Eurasia" geschaffen, die mit deutschen Flugzeugen in China Luftverkehr betreibt. Leider ließ sich infolge der politischen Verhältnisse die seit langem geplante große Verbindung nach dem Fernen Osten, die verkehrsmäßig seit langem erschlossen ist, noch nicht eröffnen.

### Verkehr und Messe

Der Verkehr anläßlich der Leipziger Messen wird (nach dem Vortrag des Präsidenten des Leipziger Meßamts, Dr. *Köhler*) vorwiegend mit Hilfe der Eisenbahn abgewickelt, wenn auch Flugzeug und Kraftwagen immer mehr in Erscheinung treten. Der Personen-Mehrverkehr zur Frühjahrsmesse 1935 wird nach den Feststellungen der Reichsbahn auf rd. 153 000 Personen beziffert, zu dessen Bewältigung 297 Sonderzüge sowie zahlreiche Zugverstärkungen eingesetzt werden mußten. Kennzeichnend ist, daß über 50 % des gesamten Messemehrverkehrs aus Entfernungen über 100 km und rd. ⅓ aus Entfernungen über 150 km nach Leipzig kommen, während der Normalverkehr nur knapp ¼ der Reisenden von mehr als 100 km und nur knapp ⅛ von mehr als 150 km aufweist. Auch der Güterverkehr zur Messe — in der Hauptsache die Meßgüter — erstreckt sich zum größten Teil über weite Strecken. Die Bedeutung des Meßverkehrs wird nicht nur seitens der deutschen Behörden und Gesellschaften, sondern auch im Ausland anerkannt und weitgehend durch Tarifmaßnahmen begünstigt. 30 Eisenbahnverwaltungen, 25 Schiffs- und 18 Luftverkehrslinien des In- und Auslandes gewähren Reisenden, die zur Messe fahren, besondere Fahrpreis- und Frachtermäßigungen.

### Mehr verkehrswirtschaftliche Forschung!

Die Verkehrswirtschaftliche Tagung anläßlich der Leipziger Herbstmesse 1935 stand, wie die vorstehend wiedergegebenen Ausschnitte erkennen lassen, auf einer qualitativ bemerkenswerten Höhe. Hoffentlich trägt sie dazu bei, daß dem von Prof. Dr. *Wolff*, Halle, in seiner Begrüßungsansprache ausgesprochenen Wunsche bald Rechnung getragen wird: an allen deutschen Hoch- und Fachschulen dem Verkehrswesen, der Verkehrswissenschaft wie der Verkehrswirtschaft, mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken, d. h. besondre Vorlesungen zu schaffen, damit die Durchforschung der verkehrswirtschaftlichen Beziehungen nicht mehr nur den wenigen Instituten und Seminaren (es gibt zur Zeit im ganzen 4!) überlassen bleibt, die sich schon heute dieser Fragen annehmen.

Dr. *Freitag* [2534]

## Nahrungsmittelindustrie

### Starker Aufschwung der deutschen Konservenindustrie im Jahre 1934

Die deutsche Konservenindustrie verzeichnet für das Jahr 1934 mengenmäßig eine weitere beträchtliche Produktionssteigerung. Der Wert der Gemüse-, Obst- und Gurkenkonserven sowie von Marmelade, Konfitüren, Obstmus, Gelee und Rheinisch-Kraut belief sich auf 146 (i. V. 143) Mill. RM.

An der Herstellung waren 882 (766) Betriebe beteiligt. Verarbeitet wurden 1,8 (i. V. 1,9) Mill. Ztr. Gemüse, 1,1 (1,0) Mill. Ztr. Frischobst und 106 000 Ztr. ausländische getrocknete Früchte. Von dem verarbeiteten Frischobst waren zwei Drittel Äpfel und Pflaumen.

Die Herstellung der Erbsenkonserven verringerte sich infolge der schlechten Ernte um 45 %, diejenige von Erbsen mit Karotten um 19 %. Infolge der verkleinerten Erzeugung von Erbsenkonserven mußte in erheblichem Umfange auf die Bestände zurückgegriffen werden, so daß diese auf ein Fünftel zurückgingen und Anfang Mai d. J. nur noch 14 (27) % der Erzeugung ausmachten. Bei den andern Konservenarten betrug die durchschnittliche Erzeugungssteigerung 28 %. Beim Spargel stellten sich die Bestände am 2. Mai 1934 auf 894 000 Dosen; bei einer Erzeugung von 9.93 Mill. Dosen waren am 2. Mai d. J. Vorräte in Höhe von 2.14 Mill. Dosen vorhanden. Bei den Erbsen haben sich die Bestände von 6,78 auf 1,40 Mill. Dosen verringert bei einer Erzeugung von 11,73 Mill. Dosen im Jahre 1934, hingegen sind die Vorräte an Bohnen auf 5,78 (3,26) Mill. Dosen bei einer Erzeugung von 33,59 Mill. Dosen gestiegen. Bei dem gemischten Gemüse betrug die Erzeugung 16,56 Mill. t und der Bestand im Mai d. J. 2,24 (1,41) Mill. Dosen.

Bei den Gemüsekonserven insgesamt betrug die Erzeugung im Jahre 1934: 92,38 Mill. Dosen bei einem Vorrat am 2. Mai 1934 von 17,58 Mill. Dosen und einem Bestand im Mai d. J. von 18,3 Mill. Dosen. An Obstkonserven erreichte die Herstellung 27,46 Mill. Dosen bei einer Schrumpfung der Vorräte auf 5,10 (6,78) Mill. Dosen.

*Wd.* [2530]

## Chemische Industrie

### Deutschlands Schwefelversorgung

**Zum hundertjährigen Jubiläum der Schwefelsäureherstellung**

#### Die Nachfrage

Die Nachfrage nach schwefelhaltigen Rohstoffen und Mineralien ist in stetem Steigen begriffen. Bauwürdige Lagerstätten gibt es verhältnismäßig wenig. Reiner Schwefel kommt in der Natur nur ganz selten vor. Dafür haben die Schwefelkies- oder Pyritlager eine um so größere wirtschaftliche Bedeutung. Als Ausgangsstoff für Schwefelsäure sind ihre Erze sehr gesucht, um so mehr als Schwefelsäure zu einem der bedeutsamsten Grundstoffe im industriellen und wirtschaftlichen Leben kultivierter Völker gehört. Nicht mit Unrecht wird ihr Verbrauch

als Gradmesser für die Entwicklung eines Volkes, seinen Wohlstand und seine Kultur bezeichnet. Sie ist nicht allein der Menge nach das am meisten hergestellte chemische Erzeugnis, sondern sie bildet auch wegen der Vielseitigkeit ihrer Anwendung die Grundlage sowohl für die chemische als auch vieler anderer Industrien.

Vor dem Kriege wurde die jährliche Welterzeugung auf 5 Mrd. kg geschätzt. Davon stellten Amerika 1,5 Mrd. kg, Deutschland 1,3 und England 1 Mrd. kg her. In Deutschland wurden vorkriegszeitlich allein rd. 800 Mill. kg im Inland benötigt. Außer zu rein chemischen Zwecken dient die Schwefelsäure vor allem einem sehr dringenden Lebensbedürfnis der Landwirtschaft, der Darstellung des wunderwirkenden Kunstdüngers und damit unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln. Ferner ist sie ein ganz unentbehrliches Hilfsmittel für Telegraphie, Telephonie, Metallurgie, Bleicherei, Farbstoff- und Sprengstoffabrikation, für die Überführung von Steinsalz in Salzsäure und Sulfat, von Chilesalpeter in Salpetersäure, Sulfat in Bisulfat, zur Umwandlung von Kaolin in schwefelsaure Tonerde sowie zur Bekämpfung von Schädlingen im Obst- und Weinbau. Zur Haltbarmachung von Holz in der Bau- und Bergbau-Industrie werden große Mengen Schwefel verwandt, um es feuerfest zu machen und gegen Fäulnis zu schützen. Baumwollabfälle, dickeres Papier und Zellulose werden durch Behandlung nicht nur wasserfest, sondern auch unangreifbar durch Säuren und widerstandsfähig gegen elektrischen Strom und große Hitze. So könnten noch reihenweise Industrien aufgezählt werden, die ohne Schwefel nicht wären oder erst durch den Schwefel zu ihrer staunenswerten Entwicklung gelangten, wie z. B. die Sodafabrikation, die erst durch die Verwendung von Schwefelsäure möglich wurde (Leblanc-Soda), und die alsdann zum Grundpfeiler der chemischen Großindustrie wurde.

### Die Gewinnungsverfahren

Doch genug, die wenigen Beispiele mögen genügen, um für die Vielseitigkeit der Wirkung der Schwefelsäure ein Zeugnis abzulegen und eine Erklärung finden zu lassen, weshalb dieser allgemein unbeachtete, ja verachtete Rohstoff fast für die gesamte Technik, Industrie und Volkswirtschaft gleichsam ein unentbehrliches Hilfsmittel und Handwerkszeug geworden ist. Bei dem eigenartigen Werdegang der chemischen Wissenschaft, die jahrhundertelang unter den schmachvollen Fesseln eines phantastischen Aberglaubens der freien Forschung nicht möglich war, konnte die Schwefelsäure die ihr gebührende Machtstellung nur langsam erringen und mußte noch bis zu Anfang des vorigen Jahrhunderts einer wirklich fabrikatorischen Darstellung entbehren. Selbst als *Gay-Lussac* das Verfahren im Jahre 1827 durch den nach ihm benannten Kondensationsturm so verbesserte, daß nunmehr die fabrikmäßige Herstellung im großen betrieben werden konnte, dauerte es noch bis zum Jahre 1835, ehe es zur praktischen Durchführung kam. Somit ist dieses Jahr als das Geburtsjahr der Schwefelsäureherstellung im modernen Sinne zu betrachten. Es sei nicht unerwähnt, daß schon arabische Gelehrte Schwefelsäure durch Destillation von Alaun oder Eisenvitriol kannten, woher auch der Name „Vitriolgeist" für Schwefelsäure stammt. Auch wurde bereits seit dem 16. Jahrhundert in Sachsen und im Harz, hier hauptsächlich bei Nordhausen, rauchende Schwefelsäure gewonnen. Es war das sogenannte „Nordhäuser Vitriolöl", das heute nur noch historische Bedeutung hat. Im 14. Jahrhundert stellte man reine Schwefelsäure durch Verbrennen von Schwefel und Salpeter dar. An dieses Verfahren knüpfte drei Jahrhunderte später die Fabrikation im großen an. Aber auch für unsere heutige Anschauung weist die Art und Weise der damaligen Fabrikation noch geradezu ungeheuerliche Unvollkommenheiten auf. Der von *Gay-Lussac* ersonnene Apparat, der einen Bleiturm darstellt, fand in Deutschland erst im Jahre 1865 Eingang. Die ihm anhaftenden Nachteile beseitigte zum Teil der Fabrikant *John Glover* durch eine sinnreiche Verbesserung im Jahre 1859. Beide Methoden bilden zusammen das sogenannte Bleikammerverfahren, auf dessen Einzelheiten hier nicht eingegangen werden soll. Aber auch dieser stolze Wunderbau, den genialer Erfindergeist ersonnen, und der mit Recht als eine der herrlichsten Schöpfungen von Chemie und Technik gilt, war nicht fehlerfrei. Hier mußte erst deutsche Gründlichkeit einspringen. Kaum war der Bleikammerprozeß im Gange, da kamen die bahnbrechenden Arbeiten und Veröffentlichungen des deutschen Forschers Prof. *Winkler* zur Gewinnung von Schwefelsäure nach dem Kontaktverfahren. Es ermöglicht ihre Herstellung aus dem bei Gegenwart von Kontaktsubstanzen gewonnenen Schwefeltrioxyd. Die Ausführungen über die glanzvolle Lösung des schwierigen Problems erregten vor genau 60 Jahren großes Aufsehen. Auf die geschichtliche Entwicklung ist nicht besonders einzugehen, nur sei bemerkt, daß die (hauptsächlich in Betracht kommende) Kontaktwirkung des Platins bei dem Schwefelsäureprozeß schon 1831 von dem Deutschen *Philipp* beobachtet wurde, daß aber die praktische Verwertung dieser wissenschaftlichen Entdeckung für den Großbetrieb erst durch *Winkler* und den Deutschen *R. Knietsch* ermöglicht wurde.

In der Zwischenzeit sind erhebliche Verbesserungen bei beiden Verfahren vorgenommen. Das alte Bleikammerverfahren kann den Wettbewerb im allgemeinen noch erfolgreich aufnehmen, soweit es sich um die Herstellung verdünnter Schwefelsäure handelt. Neuzeitlich fortgeschrittene Kammersysteme eignen sich für sehr hohe Leistungen und können täglich 100 000 kg herstellen. Das katalytische oder Kontaktverfahren ist nicht nur in Deutschland in Anwendung, sondern hat sich die ganze Welt erobert. Besonders in Amerika sind bemerkenswerte Fortschritte in der Apparatur der Kontaktschwefelsäurefabriken gemacht worden. Man ist dort zu hohen Produktionsmengen von über 100 000 kg je System in 24 Stunden gekommen, während man in Europa, wo man entweder mit dem *Schröder-Grillo*-Konverter oder nach dem Mannheimer Verfahren arbeitet, nicht über 20 000 kg je Einheit hinausgegangen ist. Es besteht kein Zweifel, daß dem Kontaktverfahren auch hier die Zukunft gehört, denn das Kontaktverfahren muß für viele Tausende eine Verbesserung ihrer Lebenslage bringen, die Leistung des Arbeiters veredeln und deren Wert erhöhen.

### Schwefelkiesförderung in Deutschland

Wie eingangs gesagt wurde, ist Schwefelkies der Ausgangsstoff für die Schwefelsäureerzeugung. Nicht aller Schwefelkies, der in der Natur vorkommt, ist aber für die Fabrikation geeignet. Die Verwendungsfähigkeit hängt vornehmlich von dem Gehalt an Schwefel und den mit dem Mineral auf gleicher Lagerstätte vorkommenden Bestandteilen ab. Er ist ein Schwefeleisen von stark goldglänzender Farbe. Da er überaus häufig vorkommt, wird er nicht mit Unrecht als „Hans auf allen Gassen" unter den Mineralien bezeichnet. Die untere Gehaltsgrenze bauwürdiger Vorkommen liegt bei etwa 35 % Schwefel. Da dieses Material für die Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung von ungeheurer Bedeutung ist, seien nachstehend einige Zahlen über die in den letzten Jahrzehnten aus deutschen Gruben geförderten Kiesmengen genannt. Im Jahre 1872 wurden 150 000 t, 1882 rd. 158 000 t, 1892 nur 115 000 t, 1902 rd. 165 000 t und 1912 rd. 250 000 t geliefert.

### Schwefelkiesverbrauch und -einfuhr

Die deutschen Schwefelsäurefabriken verbrauchten in den letzten Friedensjahren etwa 730 000 t jährlich. Für andere Zwecke wurden annähernd ebenso große Mengen benötigt. Die heimischen Gruben lieferten um jene Zeit nur etwa 270 000 t. Wir waren daher genötigt, große Mengen aus dem Ausland zu beziehen. Spanien war mit 700 000 bis 800 000 t der Hauptlieferer. In der Jetztzeit ist die Friedenseinfuhr weit übertroffen. Spanien ist nach wie vor der Hauptlieferer mit 60 %. An zweiter Stelle steht Norwegen mit 30 % = 306 000 t. Norwegen vermochte seine Vorkriegseinfuhr auf mehr als das Sechsfache zu schrauben. Die restlichen Mengen kommen aus Italien, der Türkei, Griechenland und Österreich. Für die 1 700 000 kg Schwefelsäure, die in Deutschland erzeugt werden, benötigten wir außer der Eigenerzeugung immerhin noch über 1 Mill. t ausländischer Schwefelerze.

### Schwefelkiesvorkommen in Deutschland

Würden wir die Ausbeutung unseres heimischen Bergsegens in stärkerem Maße in Angriff nehmen, könnten bedeutende Einfuhrmengen gespart werden. Wir besitzen Kieslagerstätten in reichlichem Umfang. Die bekanntesten sind diejenigen in der Gegend von Aachen, bei Manebach und Kirn,

die Ramsbecker Lagerstätten, bei Altenförde, Madfeld, Schwelm, Iserlohn sowie bei Riol und Mehring an der Mosel. Reiche Geschicke von Eisenkies finden sich in Schlesien bei Rohau, Schreiberhau und Waltersdorf, bei Schriersheim im Odenwaldgranit und bei Gersbach im Schwarzwald, bei Wefelsleben im Harz und im Sormitztale bei Leutenburg. Das nachhaltigste deutsche Vorkommen im rheinischen Schiefergebirge ist das Lager bei Meggen an der Lenne. Dieses Lager hat eine Mächtigkeit von 3 bis 4 ja sogar bis 6 m. Reiche Anbrüche finden sich im Lahngebiet sowie in Bayern bei Bodenmais, Zwiesel, Maisried, Waldsassen, bei Fichtelberg, Goldmühl, Obereisenberg, am oberen Eichberg, am Schörtlaß und im Arzberger Revier. Sie alle hier aufzuzählen würde zu weit führen. Jedenfalls darf Deutschland in Anbetracht der hochentwickelten Verfahren in der Verhüttung dieser Erze und der Schwefelsäurefabrikation beruhigt in die Zukunft schauen. *Fr. W. Landgraeber*, Essen-Kray [2478]

## Maschinenindustrie

### Deutsche Dieselmotoren auf dem Weltmarkt

Zu den deutschen Erzeugnissen, die ihre Stellung trotz der Ausfuhrkrise auf dem Weltmarkt nicht nur behaupten, sondern ausgesprochen befestigen konnten, gehören auch Dieselmotoren. Hier haben deutscher Erfindergeist und technische Erfahrung wieder einmal erfolgreich zusammengearbeitet und den deutschen Erzeugnissen eine bevorzugte Weltstellung gesichert. Für die Beurteilung der weiteren Aussichten des Dieselmotors sind die niedrigen Betriebskosten (billiges Gasöl statt Benzin) ausschlaggebend. Der Dieselmotor ist auch tatsächlich in der ganzen Welt sowohl bei Land- als auch bei Wasserfahrzeugen im Vordringen begriffen. Nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Aussichten erscheinen daher hier, auch unter Einrechnung des unvermeidlichen Wettbewerbs, vergleichsweise recht günstig. Mindestens gilt dies für die Ausfuhrmengen, während die Preis- und Erlösfrage schwieriger zu beurteilen ist. Immerhin haben die deutschen Dieselmotoren auch infolge ihres erfolgreichen Abschneidens bei internationalen Wettbewerben (zuletzt im vorigen Jahre bei einem Dieselmotoren-Wettbewerb in Rußland) einen solchen Ruf, daß dies auch vielleicht allmählich den Preisen zugute kommt.

**Zahlentafel 1**
Deutschlands Ausfuhr an Dieselmotoren

| Jahr | dz | Stück | Mill. RM |
|---|---|---|---|
| 1932 . . . . . | 138 099 | 4215 | 28,88 |
| 1933 . . . . . | 95 626 | 4410 | 17,72 |
| 1934 . . . . . | 110 295 | 4806 | 19,27 |
| 1. Halbjahr 1934 . | 49 572 | 2207 | 8,27 |
| 1. Halbjahr 1935 . | 60 609 | 2760 | 9,28 |

Die in Zahlentafel 1 dargelegte Ausfuhrentwicklung der deutschen Dieselmotoren-Industrie in den letzten Jahren zeigt im Zusammenhang mit der Weltkrise 1933 einen sehr scharfen Rückschlag, der aber durch die günstige Entwicklung im Jahre 1934 wieder weitgehend ausgeglichen wurde. Da sich auch der Ausfuhraufstieg noch in der ersten Hälfte dieses Jahres — übrigens im Zeitmaß noch verstärkt — fortgesetzt hat, kann man wohl hoffen, daß vielleicht schon in diesem Jahre der „Einbruch" im Jahre 1933 so gut wie völlig überwunden werden wird. Die mengenmäßige Ausfuhrbesserung geht allerdings über die Erlösbesserung erheblich hinaus, so daß offensichtlich auch noch bis in die letzte Zeit hinein Preisnachlässe seitens der deutschen Industrie notwendig waren.

**Zahlentafel 2.** Durchschnittsgewichte und Durchschnittswert eines ausgeführten Dieselmotors

| Jahr | Durchschnittsgewicht in dz | Durchschnittswert in 1000 RM |
|---|---|---|
| 1932 . . . . . | 32 | 6,8 |
| 1933 . . . . . | 21 | 4 |
| 1934 . . . . . | 23 | 4 |
| 1. Halbjahr 1934 . . . . | 22,5 | 3,7 |
| 1. Halbjahr 1935 . . . . | 22 | 3,4 |

Wir haben in Zahlentafel 2 aus der Stückzahl der ausgeführten Motoren und deren Gesamtgewicht das Durchschnittsgewicht und den Durchschnittswert errechnet. Es ist selbstverständlich, daß man hierdurch nur zu „theoretischen Werten" kommt, die aber wenigstens die Richtung der Preisentwicklung anzeigen. Wir ersehen, daß im Jahre 1933 im Vergleich zu 1932 ein sehr starker Preisrückgang bei gleichzeitigem beträchtlichen Absinken der Durchschnittsgröße eintrat. Damals verlief also die Größen- und Wertentwicklung parallel. Im Jahre 1934 dagegen ergab sich das Bild, daß die Größe der Motoren stieg, während der Durchschnittswert des ausgeführten Motors der gleiche blieb. Also auch in diesem Jahre erfolgten noch Preissenkungen, und zwar in der Form, daß für dasselbe Geld größere Motoren geliefert wurden. Soweit sich bisher übersehen läßt, scheint der Preisrückgang sogar noch in der ersten Hälfte dieses Jahres angehalten zu haben, denn im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahrsmonaten ist das Gewicht und damit die Größe der ausgeführten Motoren nur um etwa 2 %, dagegen der Durchschnittswert des ausgeführten Motors um etwa 8 % gesunken.

Der größte Auslandskunde der deutschen Dieselmotoren-Industrie im Jahre 1934 war Italien, das von uns Dieselmotoren im Gewicht von rd. 16 000 dz gegen 13 000 dz im Jahre 1933 bezog. Ein recht bedeutsamer Kunde ist auch Holland gewesen mit 8500 dz gegen 7200 dz 1933. Unser Dieselmotoren-Absatz nach Britisch-Indien hat sich 1934 verdoppelt (5800 dz gegen 2900 dz 1933). Leicht rückgängig war der Absatz dagegen nach China, das uns 4300 dz gegen 4900 dz im Jahre 1933 abnahm. Dafür hat sich aber unser Dieselmotoren-Absatz nach Palästina auf rd. 3000 dz gegen rd. 1800 dz im Jahre 1933 gehoben. Bei der Ausfuhrentwicklung in diesem Jahre ist besonders das Vordringen des deutschen Dieselmotors in einigen südamerikanischen Staaten und in Griechenland bemerkenswert. Wir konnten beispielsweise in der ersten Hälfte dieses Jahres nach Brasilien 3669 dz gegen 1686 dz in der ersten Hälfte des Jahres 1934 ausführen. Nach Argentinien waren es 3893 dz gegen 3265 dz und nach Griechenland sogar 4870 dz gegen nur 578 dz. Ein besonderes Kapitel stellt Rußland dar, das uns noch 1933 Motoren im Gewichte von 4250 dz, dagegen 1934 nur noch solche im Gewichte von 2644 dz abnahm. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres bezog Rußland sogar überhaupt nichts mehr. Hoffentlich tragen die Erfolge der deutschen Dieselmotoren im russischen Wettbewerb einerseits und die durch neue Kreditverträge gebesserten handelspolitischen Beziehungen anderseits jetzt dazu bei, daß auch dieses bedeutende Absatzgebiet für die deutsche Dieselmotoren-Industrie wieder erschlossen wird. *Schuren* [2511]

## Erdölindustrie

### Das russische Petroleum in der Weltpolitik

*Clemenceau telegraphierte 1918 an Wilson: „Der Treibstoff kann als das Blut des Krieges betrachtet werden; ein Tropfen Treibstoff ist eben so viel wert wie ein Tropfen Blut!" —*

In der Welterzeugung nimmt Rußland mit seinen 22 Mill. t im Jahre 1934 den zweiten Platz ein; seine Petroleumvorkommen befinden sich in Baku, Grozny, Maikop, Ural, Turkestan und auf der Insel Sachalin, wobei die beiden ersten mehr als 95 % der gesamten Erzeugung liefern. Das Gebiet von Baku war schon im Altertum bekannt, jedoch kann man von einer wirklichen Ausbeute erst ab 1860 reden, stieg doch die Jahreserzeugung von 5600 t im Jahre 1862 auf 8 200 000 t im Jahre 1916. Das 1893 erschlossene Gebiet von Grozny steigerte seinen Ertrag von 3 auf 16 Mill. t im Jahre 1916.

Ein solch rascher Aufstieg war in erster Linie den reichlich fließenden ausländischen Kapitalquellen, unter denen die französische an vorderster Stelle stand, zu verdanken. So wurde 1883 durch *Rothschild* die „Société Caspienne et de la Mer Noire" mit einem ursprünglichen Kapital von 1,5 Mill. R, das später auf 10 Mill. R erhöht worden ist, gegründet, jedoch wurden später ihre Aktien neben der französischen Unternehmung „Standard Russe" von

Grozny an die englische Gruppe Royal Dutch Shell abgetreten. Am Vorabend des Weltkrieges kontrollierten drei ausländische Finanzgruppen nahezu 80 % des gesamten Petroleumhandels von Baku und Grozny (Russian General Corporation in London, Royal Dutch Shell und die schwedische Nobelgesellschaft).

Im Anschluß an die russische Revolution von 1917 erklärten sich die kaukasischen Republiken (die Vorräte Kaukasiens sind unabschätzbar) selbständig, was sie jedoch nur bis 1920/21 geblieben sind, hatten doch die Sowjets die Bedeutung der kaukasischen Petroleumquellen als Hauptdevisenlieferanten und damit als wertvollste Stütze für ihre Industrialisierungspolitik klar erkannt. Sie erreichten durch eine extensive Bewirtschaftung bereits 1927 wieder den Vorkriegsstand und heute eine Jahreserzeugung von mehr als 22 Mill. t. Berücksichtigt man, daß die Tonne Schweröl in Batum, dem Ausfuhrhafen am Schwarzen Meer, zu 8 $ verkauft worden ist, während die Beförderungskosten von Baku nach Batum sich allein auf 9 $/t beliefen, so versteht man wohl das dringende Kapitalbedürfnis der Sowjets für die Verbesserung der Transportverhältnisse.

Die russische Revolution von 1917 verminderte keinesfalls das Interesse ausländischer Kapitalisten für das kaukasische Petroleum; seit Kriegsende beschäftigten sich damit die zwei großen Wettbewerber: die Royal Dutch Shell und die Standard Oil Company. Die Mehrzahl der von den Sowjets enteigneten früheren Petroleumbesitzer waren ins Ausland geflohen; die Royal Dutch Shell verhandelte mit mehreren von ihnen und erwarb ganz oder teilweise ihre Anteile. Die Standard Oil Company, die ihrerseits bisher kein Kapital im kaukasischen Petroleumgebiet angelegt hatte, fühlte sich dadurch beunruhigt. Sie erwarb daher 1920 die Aktienmehrheit der Gebrüder Nobelgesellschaft in Baku.

Wie sehr der Wettbewerb zwischen den beiden Gesellschaften entbrannt war, offenbarte die erste sogenannte „Weltwirtschaftskonferenz" von Genua, auf der es sich in Wirklichkeit nahezu ausschließlich um die kaukasischen Petroleumvorkommen gehandelt hat. Wäre es *Lloyd George,* der Seele dieser Konferenz, gelungen, von den Sowjets Konzessionen in den kaukasischen Gebieten für die Royal Dutch Shell zu erhalten, so hätte England eine Monopolstellung erhalten unter Ausschaltung aller möglichen Mitbewerber. Diesem Versuch ging die von der englischen Regierung gebilligte Reise eines gewissen Obersten *Boyle* nach Moskau und nach Kaukasien voraus. — *Deterding* von der Shell und *Bedford* von der Standard Oil waren selbst anwesend, während die französischen Kapitalisten zur Wahrung ihrer Interessen in aller Eile ein belgisch-französisches Syndikat gründeten. Die Amerikaner wurden die englischen Pläne bald inne; sie verkündigten nun einmal den bisher geheim gehaltenen Erwerb der Aktienmehrheit der Nobelgesellschaft und anderseits ihren Widerstand gegen jegliche Regelung, die eine Gruppe auf Kosten der andern begünstigen würde. Die Franzosen unterstützten die Amerikaner. Unterdessen schlossen die Russen mit den Deutschen den Vertrag von Rapallo ab; die Petroleumfrage war jedoch keinesfalls gelöst!

Eine zweite, nach dem Haag einberufene und ebenfalls unter dem Zeichen des Kampfes zwischen Shell und Standard Oil stehende Konferenz endete gleichfalls ergebnislos. Schließlich vereinigte im September 1922 in Paris eine Konferenz aller am kaukasischen Öl Interessierten sowohl die ausländischen Gruppen als auch die früheren russischen oder kaukasischen Besitzer. Es wurde die berühmte Einheitsfront gegründet; keiner sollte Sonderabmachungen mit den Sowjets treffen, noch mit ihnen in Geschäftsbeziehung treten. — Aber schon nach einigen Monaten erfuhr man, daß die Shell 100 000 t kaukasisches Öl gekauft hatte. Diesem Anfang folgten weitere Abschlüsse Englands, Italiens und Frankreichs. Die Standard Oil von New York und die Vacuum Oil schlossen 1927 mit den Sowjets einen fünfjährigen Liefervertrag ab. Inzwischen hatten sich aber die Beziehungen zwischen Moskau und Shell verschlechtert, und Ende 1926 begann *Deterding* in der Weltpresse einen Werbefeldzug gegen die Sowjets und den Ankauf „des gestohlenen Öles". Dieser Werbefeldzug zeitigte in England gewisse Erfolge. Neue Verhandlungen zwischen der englischen und amerikanischen Gruppe; man kam zu einem Abkommen, wonach 5 % des Wertes der in Rußland abgeschlossenen Käufe einem Fonds zur Entschädigung der von den Sowjets bedingungslos enteigneten früheren Besitzer zugeführt werden sollten. Das Versprechen wurde nur kurze Zeit aufrecht erhalten; man sammelte nur rd. 200 000 £ an. — Heute spricht niemand mehr davon, das Interesse am russischen Petroleum hat sich jedoch keinesfalls gemindert. Dipl.-Kfm. *A. Betz,* Stuttgart [2457]

## Japanische Treibstoffpolitik

Die eigenen Petroleumvorkommen auf den Inseln Jesso, Hondo, Formosa und Sachalin sowie in Mandschukuo, die im Jahre 1934 rd. 522 000 t lieferten, reichen für den rasch angewachsenen Verbrauch Japans bei weitem nicht aus.

**Zahlentafel 1.** Verbrauch in Petroleumerzeugnissen

| Jahre | 1000 t | Jahre | 1000 t |
|---|---|---|---|
| 1922 | 583 | 1932 | 2597 |
| 1928 | 1835 | 1933 | 2733 |
| 1929 | 2051 | 1934 | 3000 |

Japans Schwäche, die es allerdings mit vielen andern Ländern teilen muß, besteht nun darin, daß die Deckung seines Bedarfs vorzugsweise durch ausländische Gesellschaften aus Amerika, Niederländisch-Indien, Persien, und Rußland erfolgt. Da Japan jedoch seine Wirtschaft ganz unter den Gedanken der „Nationalen Verteidigung" zu stellen versucht, wird die Entwicklung einer eigenen Treibstoffindustrie mit allen Mitteln gefördert, während man gleichzeitig den Einfluß der fremden Gesellschaften im Verhältnis zu der stärker werdenden nationalen Erzeugung einzudämmen versucht.

### 1. Wie steht es mit der Schaffung einer nationalen Treibstoffindustrie?

Bohrarbeiten wurden auf dem eigenen Gebiet und auf Formosa vorgenommen, aber trotz tiefer Bohrungen war der Erfolg völlig unzureichend. Große Hoffnungen werden allerdings auf Mandschukuo gesetzt, wo die Ausbeutung der Lager von Fushun, die auf rd. 5 Mrd. t geschätzt werden, augenblicklich jährlich rd. 700 000 t ölhaltige Flüssigkeit liefern. Ihr Erdölgehalt ist allerdings sehr gering (6 %). Die dort bestehenden Bohrtürme können jedoch ohne weiteres verdoppelt und verdreifacht werden; für 1937 rechnet man mit einer Erzeugung von 200 000 t Naphthaerzeugnissen. — Über weitere Vorkommen liegen bis zur Stunde noch keine amtlichen Bestätigungen vor.

Eine andere, gerade jetzt sehr wichtige Quelle liegt aber in der Sojabohne, deren Anbau noch stark ausgedehnt werden kann. Neuzeitliche Verfahren in der Karbonisierung bei niedriger Temperatur erlauben eine Ölgewinnung von 25 %, das nach Destillierung die üblichen Petroleumerzeugnisse abgibt wie Benzin, Leuchtpetroleum und Gasöl. Die Vorzüge liegen einmal in der Klopffreiheit und in dem sehr niedrigen Gefrierpunkt der Gasöle. Ein französischer Wissenschaftler — *Bonnevie* — soll diese Entdeckung ausbauen, damit sie industriell verwertet werden kann. Gelingt die Lösung der verschiedenen damit zusammenhängenden Probleme, so wird die Soja jährlich 1 250 000 t Öl liefern, wodurch nahezu die Hälfte des japanischen Naphthaverbrauchs gedeckt werden könnte. Der Vorteil läge aber auch noch darin, daß es sich hier um eine dauernde und regelmäßige Quelle handeln würde. Auf der andern Seite aber haben die Japaner die deutschen Verfahren der Treibstoffgewinnung aus Stein- und Braunkohle eingehend studiert. So sind auf der Insel Hondo und im Süden von Sachalin, wo bedeutende Kohlenvorkommen sind, Werke im Bau, die aufbauend auf den deutschen Erfahrungen, diese Verfahren industriell ausnutzen sollen.

Daneben wurde mit Rußland hinsichtlich der Petroleumvorkommen in Nordsachalin ein Abkommen getroffen. Die japanischen Vorkommen im Süden dieser Insel sind gegenüber den russischen im Norden unbedeutend. Die japanischen Truppen hatten unmittelbar nach dem Weltkrieg dieses Gebiet besetzt, aber bereits 1923 wurden sie

von den Sowjets zur Räumung gezwungen. Nichtsdestoweniger wurde schon im Dezember 1923 ein Vertrag auf 40 Jahre zwischen den beiden Ländern abgeschlossen, nach dem Japan das Ausbeutungsrecht über mehrere tausend Hektar im dortigen Petroleumgebiet zugestanden erhielt. Allerdings muß es den Russen eine Abgabe von 45 % für diejenigen Bohrungen leisten, die täglich mehr als 700 Faß Rohöl liefern. Obwohl ein solcher Vertrag keinen Nutzen übrig läßt, verzichtet Japan keinesfalls darauf, ist ihm doch an der jährlichen Ausbeute von 220 000 t Rohöl sehr viel gelegen.

Es wird in diesem Zusammenhang wohl verständlich, warum Japan sich so sehr für China interessiert, das in seinem Nordwesten, im Schensigebiet, in der Mongolei und in Setschuan bedeutende Petroleumvorkommen besitzt. Nach den angestellten Nachforschungen in diesen und anderen Gebieten ist man japanischerseits voller Hoffnung. Ein Nachteil liegt jedoch in diesen weitgesteckten Plänen — sie sind nicht sofort zu verwirklichen, und bis die erwarteten Ergebnisse eintreffen, bleibt Japan für einen beträchtlichen Teil seines Verbrauchs abhängig von der Standard Oil, der Royal Dutch, der Texas Company und der russischen Soyonsneft.

### 2. Beschränkung des Einflusses der fremden Gesellschaften

Japan ruft eigene Raffinerien ins Leben und begünstigt die Gründung von japanischen Einfuhrgesellschaften einerseits und die Verschmelzung zwischen fremden und japanischen Gesellschaften anderseits. Englischen und amerikanischen Raffinerien wurden schwerlastende Verpflichtungen auferlegt, so daß bei manchen der Gedanke einer Preisgabe des dort angelegten Kapitals gekommen sein mag! Die Einfuhrgesellschaften sind zu einer sehr bedeutenden Lagerhaltung verpflichtet (die Hälfte ihres Umsatzes!), was für sie ziemlich kostspielig ist, der japanischen Regierung aber im Falle einer kriegerischen Verwicklung einen bedeutenden Vorrat sichergestellt hat.

Japan, dessen Organisationsgabe anerkannt werden muß, treibt zweifellos eine Treibstoffpolitik, die gerade bei diesem Land über die „Nationale Verteidigung" entscheidet.

Dipl.-Kaufmann *Alfred Betz,* Stuttgart [2476]

## Industrie der Steine und Erden

### Deutsche Ton- und Steingutwaren auf dem Weltmarkt

Der Außenhandel in Ton- und Steingutwaren hat sich in den Monaten Januar bis Juni 1935 recht erfreulich entwickelt. Die Einfuhr ist in allen einschlägigen Erzeugnissen nennenswert zurückgegangen, und die Ausfuhr nahm bedeutend zu. So betrug beispielsweise die Einfuhr von Bodenplatten aus Ton im ersten Halbjahr 1935: 11 268 dz gegen 79 853 dz im ersten Halbjahr 1934. Die Einfuhr von Wandbekleidungsplatten ist von 16 034 dz auf 3247 dz gesunken. Die Einfuhr von Waren aus Steingut betrug im ersten Halbjahr 1934: 18 400 dz, im Jahre 1935 dagegen nur noch 6162 dz.

Die Ausfuhr der genannten Erzeugnisse weist teilweise eine bedeutende Steigerung auf. So sind allein an Bodenplatten aus Ton im ersten Halbjahr 1935: 62 306 dz gegen 39 734 dz in der entsprechenden Zeit des Vorjahres ausgeführt worden. Hiervon gingen rd. 15 000 dz nach Frankreich und 10 500 dz nach der Schweiz.

In Wandbekleidungsplatten aus Ton hob sich die Ausfuhr von 202 337 dz in den ersten sechs Monaten 1934 auf 232 300 dz 1935. Hiervon fanden allein rd. 80 000 dz in Großbritannien, rd. 23 000 dz in Dänemark und 23 375 dz in Argentinien Absatz.

In Geschirr aus Steingut ist im ersten Halbjahr 1935 nur eine ganz geringfügige Ausfuhrabnahme zu verzeichnen. Es ging vorzugsweise nach außereuropäischen Staaten, so z. B. in größeren Mengen nach Brit.-West-Afrika, und dann in kleineren Posten nach fast allen Staaten des nichteuropäischen Auslandes. Die Ausfuhr von Waren aus Steingut betrug in den bisher verlaufenen Monaten d. J. 80 349 dz gegen 65 117 dz im ersten Halbjahr 1934. Hiervon gelangten 10 660 dz nach Rumänien, 8506 dz nach Großbritannien, 9277 dz nach Argentinien und rd. 1600 dz nach Chile. Der Rest der Ausfuhrmenge verteilte sich auf fast alle übrigen Länder der Welt.

**Zahlentafel 1.** Deutschlands Einfuhr an Ton- und Steingutwaren

| Warengruppe | 1. Halbjahr 1934 | | 1. Halbjahr 1935 | |
|---|---|---|---|---|
| | in dz | in 1000 RM | in dz | in 1000 RM |
| Bodenplatten aus Ton . . . | 79 853 | 1105 | 11 268 | 139 |
| Wandbekleidungsplatten . . | 16 034 | 462 | 3 247 | 88 |
| Waren aus Steingut . . . . | 18 400 | 1073 | 6 162 | 345 |
| Ziergefäße aus Ton . . . . | 272 | 97 | 304 | 89 |
| Geschirr und andere Waren aus Steingut . . . . . | 1 392 | 154 | 761 | 81 |
| Tonwaren (außer Porzellan) in Verb. m. and. Stoffen . | 183 | 11 | 80 | 4 |
| Insgesamt . . . | | 2902 | | 746 |

**Zahlentafel 2.** Deutschlands Ausfuhr an Ton- und Steingutwaren

| Warengruppe | 1. Halbjahr 1934 | | 1. Halbjahr 1935 | |
|---|---|---|---|---|
| | in dz | in 1000 RM | in dz | in 1000 RM |
| Bodenplatten aus Ton . . . | 39 734 | 549 | 62 306 | 800 |
| Wandbekleidungsplatten . . | 202 337 | 5 147 | 232 300 | 5 603 |
| Waren aus Steingut . . . | 65 177 | 3 261 | 80 349 | 3 928 |
| Ziergefäße aus Ton . . . . | 1 518 | 342 | 1 717 | 419 |
| Geschirr und andere Waren aus Steingut . . . . . | 30 175 | 1 794 | 30 086 | 1 731 |
| Tonwaren (außer Porzellan) in Verb. m. and. Stoffen . | 2 689 | 364 | 3 145 | 402 |
| Insgesamt . . . | | 11 457 | | 12 873 |

Die Einfuhr von den oben angeführten Erzeugnissen der Tonindustrie hat sich also im ersten Halbjahr 1935 gegen das erste Halbjahr 1934 um 2,15 Mill. RM ermäßigt, während der Wert der Ausfuhr in dieser Zeit sich um 1,21 Mill. RM erhöhte. Der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz stieg in diesen Erzeugnissen also um 3,3 Mill. RM. [2519]

## Textilindustrie

### Die deutsche Leinenindustrie

Wie die bisherige, fast 200 jährige industrielle Entwicklung zeigt, ist die deutsche Leinenindustrie — die Röstanstalten ebenso wie die Spinnereien, Zwirnereien, Webereien und die Betriebe der Veredelungsindustrie — auf die Rohstoffversorgung durch die einheimische Landwirtschaft angewiesen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß der Absatz und die Preisbildung am Fertigwarenmarkt leinener Waren Schwierigkeiten bereitet haben, so stand doch im Vordergrund des Wirtschaftskampfes immer die Frage der Rohstoffversorgung. Infolge des Absinkens vor allem der russischen Flachsausfuhr, trat ein Rohstoffmangel ein, der die Förderung des einheimischen Flachsbaues zu einer dringenden Notwendigkeit machte, zumal da es durchaus möglich ist, die Abhängigkeit der deutschen Leinenindustrie vom Ausland zu beseitigen. Es sei hier nur daran erinnert, daß Deutschland schon vor etwa 400 Jahren ein Leinengewerbe von Weltruf besaß, das ausschließlich aufgebaut war auf heimischem Flachs und heimischem Gewerbefleiß.

Die Verringerung der heimischen Rohstoffgrundlage setzte etwa in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein. Während im Jahre 1850 in Deutschland noch etwa 250 000 ha mit Flachs bebaut wurden, sank die Anbaufläche bis zum letzten Vorkriegsjahr auf 15 300 ha. Der Ernteertrag betrug im Jahre 1913: 9200 t und deckte damit nur den 6. Teil des Rohstoffbedarfs im eigenen Lande (55 000 bis 60 000 t). Während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren konnte eine erhebliche Vergrößerung der Flachsanbaufläche erreicht werden. Mit einer Ausdehnung von 51 000 ha übertraf die Flachsanbaufläche im Jahre 1920 die Vorkriegsfläche etwa um das 3½ fache.

Die nächsten Jahre zeigten jedoch eine verhängnisvolle Verkleinerung des Flachsanbaugebietes.

**Zahlentafel 1.** Entwicklung der Flachsanbaufläche

| Jahr | ha | Jahr | ha |
|---|---|---|---|
| 1913 | 15 311 | 1933 | 4 884 |
| 1920 | 51 000 | 1934 | 9 000 |
| 1927 | 17 000 | 1935 | 30 000 |
| 1932 | 4 512 | | |

Erstmalig im Jahre 1933 wurde also der weiteren Verringerung der Flachsanbaufläche Einhalt geboten. Sehr beachtlich ist dagegen die Zunahme des Flachsanbaues in den Jahren 1934 und 1935. Die Vergrößerung der Anbaufläche betrug 1934 fast 100 %. Hiervon entfallen auf Preußen 6808 ha (1933 = 3532 ha). Im Hauptanbaugebiet (Nieder- und Oberschlesien) beträgt die Steigerung sogar 150 %.

Fast ohne Beispiel ist aber die Zunahme des Flachsanbaues im Jahre 1935. Mit nicht weniger als 30 000 ha wurde eine Vergrößerung der Vorjahresfläche um mehr als das Dreifache und gegenüber 1933 um das Sechsfache erreicht.

Dieser Erfolg ist den fördernden Maßnahmen der Reichsregierung, der Gewährung von Anbauprämien, der Hebung der Zuchtergebnisse und den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete der Fasergewinnung und -verarbeitung zu verdanken; denn der Grund für die rückgängige Bewegung des Flachsanbaues war in der geringen Rentabilität gegenüber der Kultur anderer Feldfrüchte zu suchen. Das Jahr 1933 kann daher mit Recht als der Beginn eines neuen Aufschwunges der deutschen Flachswirtschaft und somit der deutschen Leinenindustrie bezeichnet werden.

Aufs engste mit dem einheimischen Flachsanbau verknüpft sind naturgemäß die Röst- und Aufbereitungsanstalten, zumal da der vom Ausland bezogene Flachs ausnahmslos in geröstetem Zustande eingeführt wird. Vor dem Kriege bestanden in Deutschland nur wenige Betriebe. Erst im Kriege wurden unter gleichzeitiger Förderung des Flachsanbaues zahlreiche Rösten ins Leben gerufen. Die fast sprunghafte Entwicklung der deutschen Röstindustrie ergibt sich aus Zahlentafel 2.

**Zahlentafel 2.** Flachsröstanstalten in Deutschland

| Jahr | Röstanstalten | Jahr | Röstanstalten |
|---|---|---|---|
| 1913 | 6 | 1932 | 4 |
| 1917 | 56 | 1933 | 21 |
| 1923 | 122 | 1934 | 35 |
| 1924 | 127 | | |

Auch hier dasselbe Bild. Erst 1933 beginnt der Wiederaufbau der Röstindustrie, und zahlreiche Röstanstalten werden noch im Jahre 1935 ihre Pforten wieder öffnen oder neu erstehen.

Die Abhängigkeit der deutschen Leinenindustrie von der heimischen Flachserzeugung tritt hiermit klar vor Augen. Erfreulicherweise ist bereits bei dem heutigen Stand des Flachsanbaues (30 000 ha) mit einer Sicherstellung des vorjährigen Rohstoffbedarfs der Leinenspinnereien, der etwa 24 000 t Spinngut beträgt, zu rechnen. Inzwischen ist allerdings der Faserbedarf der Leinenindustrie nicht unerheblich gewachsen. Bereits im nächsten Jahr wird aber eine weitere Vergrößerung der Flachsanbaufläche um etwa 20 000 ha auf 50 000 ha erwartet, so daß alsdann der Faserbedarf der Spinnereien im jetzigen Umfange aus den Erträgen der eigenen Scholle gedeckt werden kann.

Zahlreiche Spinnereien und Webereien, die stillgelegen hatten oder während der vergangenen Jahre notgedrungen zur Verarbeitung von Baumwolle übergegangen waren, haben bereits ihren Betrieb wieder aufgenommen und weitere werden folgen.

Nicht zuletzt wird die Förderung der einheimischen Flachs- und Faserproduktion auch dazu beitragen, die in den letzten Jahren stark gesunkene Ausfuhr leinener Waren wieder zu heben; schließlich hängt aber das Wiedererstarken der deutschen Leinenindustrie in nicht geringem Umfange von der Hebung des Inlandverbrauches ab. In der Nachkriegszeit war der Inlandabsatz leinener Erzeugnisse infolge der schwindenden Kaufkraft der Bevölkerung und der allgemeinen Ablehnung des Gütegedankens in beispielloser Weise zurückgegangen, und noch heute ist es nicht gelungen, dem Leinen die einstmals sehr ausgedehnten Verbraucherkreise wieder zuzuführen. Wohl hat die Werbung für deutsches Leinen — insbesondere seit 1933 — mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingesetzt, aber immer noch steht so mancher Käufer abseits, gestützt vielleicht auf ein längst überholtes Vorurteil. Unumstritten ist die Haltbarkeit deutschen Leinens für die mannigfachsten Verwendungszwecke. Die Güte rechtfertigt den Preis! Außerdem ist es in den letzten Jahren der Technik gelungen, das Leinen mit allen Eigenschaften auszustatten, die ihm früher zum Teil fehlten und so zur Bevorzugung baumwollener oder kunstseidener Artikel führte. Die Verbindung des Leinens mit anderen Spinnstoffen, wie Baumwolle, Kunstseide usw. dürfte zudem weiter dazu beitragen, für das Leinen neue Freunde und Abnehmer zu gewinnen.

Alle Voraussetzungen technischer Art sind geschaffen. Es liegt nun an jedem Volksgenossen, sich der Bedeutung der deutschen Leinenindustrie für die deutsche Volkswirtschaft bewußt zu sein und hiernach zu handeln.

*H. Kruse*-Köslin (WPD) [2532]

## Länderberichte

### Der französische Außenhandel im Jahre 1934

Seit dem Jahre 1929 ist der französische Außenhandel ständig zurückgegangen. Der Gesamtumfang im Jahre 1934 machte nicht ganz 38 % des Standes von 1929 aus. Die Einfuhr des Jahres 1934 beträgt 39 % und die Ausfuhr des Jahres 1934: 36 % des Standes von 1929. Mengenmäßig hingegen ist die französische Ein- und Ausfuhr bei weitem nicht so stark gesunken. Das Bestreben der französischen Regierung, die Ausfuhr unbedingt zu halten und eine Senkung des Einfuhrüberschusses durch Beschränkung der Einfuhr zu erreichen, ist aus der Entwicklung der beiden letzten Jahre deutlich zu erkennen.

**Zahlentafel 1.** Der französische Außenhandel seit 1929 (in Mill. Fr)

| Jahr | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhrüberschuß |
|---|---|---|---|
| 1929 | 58 221 | 50 139 | 8 092 |
| 1930 | 52 511 | 42 835 | 9 676 |
| 1931 | 42 206 | 30 436 | 10 770 |
| 1932 | 29 808 | 19 705 | 1 013 |
| 1933 | 28 431 | 18 474 | 9 957 |
| 1934 | 23 061 | 17 822 | 5 239 |

Die am meisten von der Krise betroffenen Ausfuhrindustrien sind die Mode-, Konfektions- und Wäsche-Industrie (Rückgang der Ausfuhr um 90 % seit 1929!), ferner die Textil-, Juwelier-, Goldschmiede-, Saffian- u. a. Industrien (Rückgang um 70 bis 80 % seit 1929).

Der Außenhandel Frankreichs ist 1934 wertmäßig gegenüber dem Vorjahre sowohl in der Ausfuhr (um 5,6 %) als auch in der Einfuhr (um 18,9) zurückgegangen. Mengenmäßig ist die Einfuhr ebenfalls geringer geworden, dagegen ist die Ausfuhr (um 12,5 %) gestiegen. Die Bilanz ist auch 1934 wieder stark passiv gewesen, hat sich aber gegenüber dem Vorjahre um die Hälfte gebessert.

Die Einfuhr des Jahres 1934 an Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigwaren betrug wertmäßig je 78 %, 82 % und 94 % ihres Standes vom Jahre 1933. Die Ausfuhr von Lebensmitteln stieg im Jahre 1934 um 0,9 %, die der Rohstoffe um 8 %, während die Ausfuhr von Fertigwaren um 10 % zurückging. Mengenmäßig stieg die Ausfuhr der Rohstoffe und Fertigfabrikate um 12 % und die der Lebensmittel um 20 %.

**Zahlentafel 2.** Frankreichs Einfuhr

| Gruppe | in 1000 Fr | | in t | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1933 | 1934 | 1933 |
| Lebensmittel | 7 450 979 | 9 604 142 | 5 901 985 | 6 897 968 |
| Rohstoffe | 11 372 712 | 13 794 831 | 37 960 267 | 39 693 719 |
| Fertigwaren | 4 237 074 | 5 031 869 | 1 849 029 | 1 841 271 |
| Insgesamt | 23 060 765 | 28 430 842 | 45 711 281 | 48 432 976 |

**Zahlentafel 3.** Frankreichs Ausfuhr

| Gruppe | in 1000 Fr | | in t | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1933 | 1934 | 1933 |
| Lebensmittel | 2 566 228 | 2 543 531 | 1 452 781 | 1 210 416 |
| Rohstoffe | 5 148 815 | 4 752 883 | 23 400 517 | 20 864 937 |
| Fertigwaren | 10 106 609 | 11 177 387 | 3 485 759 | 3 093 498 |
| Insgesamt | 17 821 652 | 18 473 801 | 28 339 057 | 25 168 851 |

**Zahlentafel 4.** Der französische Außenhandel des Jahres 1934 mit einzelnen Ländern (in 1000 Fr)

| Land | Einfuhr | Ausfuhr |
|---|---|---|
| Deutschland | 2 218 448 | 1 979 437 |
| Ver. Staaten von Amerika | 2 215 635 | 836 289 |
| Großbritannien | 1 637 386 | 1 535 879 |
| Belgien (Luxemburg) | 1 469 783 | 1 977 081 |
| Australien | 637 718 | 55 432 |
| Niederlande | 625 244 | 547 518 |
| Schweiz | 523 323 | 1 266 400 |
| Britisch-Indien | 523 009 | 90 278 |
| Argentinien | 513 945 | 290 760 |
| Spanien | 496 501 | 395 702 |
| Italien | 483 386 | 552 838 |
| Rußland | 454 311 | 107 552 |
| Brasilien | 327 820 | 116 057 |
| Schweden | 320 301 | 147 544 |
| Niederländisch-Indien | 314 735 | 32 235 |
| Ägypten | 269 489 | 135 222 |
| Südafrikanische Union | 260 261 | 45 072 |
| Kanada | 258 849 | 89 751 |
| Japan | 195 318 | 96 136 |
| Tschechoslowakei | 190 494 | 230 944 |
| Polen | 175 602 | 158 900 |
| Finnland | 152 989 | 44 223 |
| Norwegen | 145 631 | 76 407 |
| China | 141 701 | 88 583 |
| Österreich | 103 285 | 84 727 |
| Portugal | 98 428 | 81 699 |
| Dänemark | 49 258 | 138 959 |
| Ungarn | 43 558 | 28 073 |
| Türkei | 33 188 | 79 173 |
| Griechenland | 32 530 | 91 641 |
| Jugoslawien | 31 551 | 41 643 |
| Estland | 17 076 | 9 788 |
| Lettland | 16 831 | 18 029 |
| Litauen | 10 811 | 17 573 |
| Bulgarien | 9 554 | 19 738 |

**Zahlentafel 5.** Der französische Außenhandel mit den Kolonien, Protektoraten und Mandaten

| Land | Einfuhr | | Ausfuhr | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1933 | 1934 | 1933 |
| Algier | 2 786 334 | 3 864 216 | 3 072 608 | 3 309 603 |
| Indochina | 612 668 | 582 480 | 449 412 | 443 017 |
| Frz. Ostafrika | 508 747 | 376 571 | 222 811 | 215 247 |
| Marokko | 468 214 | 466 386 | 465 085 | 585 022 |
| Tunis | 414 198 | 449 901 | 614 487 | 665 736 |
| Madagaskar | 251 397 | 261 241 | 190 282 | 221 819 |
| Syrien | 28 433 | 28 369 | 104 199 | 142 273 |
| Andere Kolonien, Protektorate und Mandate | 742 760 | 701 053 | 383 532 | 415 500 |
| Insgesamt | 5 812 751 | 6 730 217 | 5 502 416 | 5 939 267 |

Die französische Einfuhr aus den Kolonien, Protektoraten und Mandaten sank gegenüber dem Jahre 1933 um 13 %, die Ausfuhr um 8 %.

An der Spitze der französischen Einfuhrländer steht hinter Algerien (mit 2786 Mill. Fr) Deutschland (mit 2218 Mill. Fr), es folgen dann die Verein. Staaten von Amerika, Großbritannien, Belgien-Luxemburg, Australien, Indochina, Schweiz, Britisch-Indien, Argentinien, Frz. Ostafrika, Spanien, Italien, Marokko, Rußland, Tunis.

Die Hauptausfuhrländer sind Algerien, Deutschland, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Schweiz, Verein. Staaten von Amerika, Tunis, Italien, Niederlande, Marokko, Indochina, Spanien.

Bemerkenswert ist, daß Deutschland auch in der Reihe der französischen Ausfuhrländer hinter Algerien im Jahre 1934 an die erste Stelle rückte.

Die französische Einfuhr aus Japan nahm im Jahre 1934 gegenüber dem Jahre 1933 um 24 Mill. Fr zu; aus sämtlichen andern Ländern nahm die französische Einfuhr gegenüber dem Jahre 1933 ab.

**Zahlentafel 6.** Frankreichs Außenhandel mit Deutschland (in Mill. Fr)

| Jahr | Einfuhr aus Deutschland | Anteil der Gesamteinfuhr % | Ausfuhr nach Deutschland | Anteil der Gesamtausfuhr % | Deutscher Überschuß |
|---|---|---|---|---|---|
| 1933 | 2928,2 | 10,3 | 1714,9 | 9,3 | + 1214,1 |
| 1934 | 2218,4 | 9,6 | 1979,5 | 11,1 | + 238,9 |

Die Veränderungen des französischen Außenhandels gegenüber Deutschland waren im Jahre 1934 besonders stark. Die französischen Bezüge wurden um 710 Mill. Fr eingeschränkt, während gleichzeitig der Absatz nach Deutschland eine Steigerung um 265 Mill. Fr (16 %) erfuhr.

**Zahlentafel 7.** Die wichtigsten Warengattungen der französischen Einfuhr aus Deutschland (1934)

| Warengattung | Mengen in 1000 dz | | Werte in Mill. Fr | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1933 | 1934 | 1933 |
| Kohle | 56 445 | 59 894 | 542 | 600 |
| Zellstoff | 943 | 888 | 56 | 61 |
| Steine u. Erden | 3 377 | 3 339 | 42 | 39 |
| Holz | 2 216 | 2 378 | 31 | 35 |
| Mineralien | 859 | 504 | 11 | 8 |
| Maschinen u. Motoren | 275 | 349 | 316 | 421 |
| Kessel | 26 | 35 | 13 | 20 |
| Maschinenteile | 92 | 150 | 85 | 129 |
| Werkzeuge u. Gegenstände aus Metall | 233 | 262 | 158 | 200 |
| Chemische Erzeugnisse | 672 | 716 | 76 | 98 |
| Steinkohlendestillate | 464 | 458 | 21 | 21 |
| Eisen u. Stahl | 340 | 612 | 32 | 51 |
| Gußeisen | 166 | 183 | 5,5 | 6 |
| Keramische Artikel | 563 | 580 | 27,5 | 28 |
| Papier | 214 | 253 | 39 | 53 |

**Zahlentafel 8.** Die französische Ausfuhr nach Deutschland in den wichtigsten Warengattungen 1934

| Warengattung | Mengen in 1000 dz | | Werte in Mill. Fr | |
|---|---|---|---|---|
| | 1934 | 1933 | 1934 | 1933 |
| Kohle | 13 527 | 13 018 | 135 | 132 |
| Mineralien | 18 039 | 12 581 | 79 | 56 |
| Eisen u. Stahl | 8 764 | 6 023 | 580 | 391 |
| Gußeisen | 319 | 301 | 8 | 8 |
| Maschinen u. Motoren | 52 | 22 | 32 | 18 |
| Maschinenteile | 97 | 50 | 27 | 17 |
| Gegenstände aus Metall | 1 111 | 667 | 113 | 66 |
| Steinkohlenteerdestillate | 515 | 307 | 60 | 51 |
| Phosphatdünger | 3 938 | 4 416 | 57 | 67 |
| Chemische Erzeugnisse | 553 | 191 | 23 | 24 |
| Keramische Artikel | 222 | 179 | 22 | 14 |
| Tafelfrüchte | 195 | 642 | 12 | 33 |

Frankreichs Einfuhr aus Deutschland geht immer mehr zurück. 1930 belief sich das deutsche Frankreichgeschäft im Monat durchschnittlich auf 662 Mill. Fr, 1933 waren es 254, 1934 nur noch 185 Mill. Fr. Noch bedeutsamer ist, daß der deutsche Anteil an der französischen Einfuhr von 15 % im Jahre 1930 auf 10,8 % im Jahre 1933, 9,6 % 1934 und 8,6 % im ersten Vierteljahr 1935 zurückgegangen ist. 1930 ergab sich für Deutschland im Verkehr mit Frankreich noch ein Ausfuhrüberschuß von 3,8 Mrd. Fr,

im Jahre 1933 von 1,2 Mrd. Fr und im Jahre 1934 von 239 Mill. Fr. In diesem Jahre wird die Handelsbilanz für Deutschland voraussichtlich passiv sein. Dieser Rückgang des deutschen Ausfuhrgeschäfts nach Frankreich kann nicht nur damit erklärt werden, daß infolge der anhaltenden Verschlechterung der französischen Wirtschaftslage die Kaufkraft für fremde Erzeugnisse zurückgegangen ist, denn es ist ja auch der relative Anteil Deutschlands an der französischen Einfuhr erheblich gesunken. Ein entscheidender Grund ist vielmehr in der sich aus politischer Tendenz immer mehr verschärfenden Abwehr gegen deutsche Waren zu sehen, die infolgedessen durch die andern Länder vom französischen Markt verdrängt werden. *Kiewitt*, Kiel [2502]

# SCHRIFTTUM

## Wirtschaftswissenschaft und -politik

**Statistisches Lexikon.** Von *Bruno Gleitze.* Tübingen 1935, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 464 S. Preis geb. 12 RM.

In alphabetischer Anordnung gibt das handliche, in Taschenformat gedruckte Lexikon überraschend reiche Antworten auf zahllose Fragen der praktischen Statistik. Länder und zahlreiche deutsche und fremde Großstädte sind behandelt, die Statistik der Warenerzeugung und des Waren- und sonstigen Handelsverkehrs, Bevölkerungs- und soziale Fragen, Rechtsfragen, Heerwesen und vieles andere. Die Vielseitigkeit ist wirklich erstaunlich. Auf den 464 Seiten ist unwahrscheinlich viel Material zusammengetragen, obwohl im einzelnen die Statistiken sehr ausführlich gehalten sind und zum Teil auf Jahrzehnte zurückgreifen.

Besondern Wert erhalten die Angaben durch eine überall beigefügte Quellen- und Literaturübersicht, die nicht nur eine Nachprüfung, sondern auch etwa erforderliche Erweiterungen der mitgeteilten Tatsachen ermöglichen.

Weiter ist zu begrüßen die — allerdings der Zahl nach leider nur beschränkte — Beigabe von Schaubildern (namentlich auf dem Gebiet des deutschen Außenhandels), die Entwicklungsvorgänge viel deutlicher und augenfälliger darstellen, als die bloßen Zahlenübersichten es können. Die Schaubilder sind erfreulich klar und — nicht überflüssig, das zu sagen und anzuerkennen — methodisch richtig ausgeführt.

Papier, Druck und Einband sind erstklassig.
*Speiser* [2470]

**Zeitfragen der Wirtschaft.** Über Bolschewismus, Autarkie und deutschen Sozialismus. Von *Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld.* Berlin 1934, Junker & Dünnhaupt. 70 S. Preis 2,80 RM.

So wertvoll wie die Verbreiterung der Erkenntnis von der großen Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Wirtschaft und das Streben nach seiner Belebung auch ist, von ebenso großem Wert — ja geradezu unerläßlich — ist für den im Außenhandel verantwortlich Tätigen das Wissen von den tieferen Zusammenhängen des Wirtschaftslebens unter den Völkern, von den sich aus nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus ergebenden Grenzen im Wirtschaftsverkehr untereinander.

*von Gottl-Ottlilienfeld* stellt dem ungehinderten Handel und Wandel auf dem Binnenmarkt die sich aus der Wahrung des eigenstaatlichen Rechts und sich aus den Sitten und Gebräuchen der Völker bildenden Schranken im Wirtschaftsverkehr auf dem Weltmarkt gegenüber. „Selbst die Internationalisierung des Verkehrsrechts hält der Einheit des eigenstaatlichen Rechts doch nicht die Waage". Eine Weltwirtschaft im Sinne derjenigen, die den Werdegang des Wirtschaftslebens über die Volkswirtschaft hinaus sich zu einer Weltwirtschaft entwickeln sehen, zum „Weltstaat", erfordere Voraussetzungen, die es einfach nie geben wird. Wirtschaft sei eben mehr als Verkehr, als Güterbewegung, sie ist vielmehr „Gestaltung menschlichen Zusammenlebens im Geiste dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung". Jenem Geist aber entströmt jenes völkische Empfinden, das nur in der Volkswirtschaft seinem höchsten Gemeinschaftssinn zugeführt werden kann. Der Einheit Volkswirtschaft stehe die Allheit Weltwirtschaft gegenüber, deren Sinn sich darin erschöpfen muß, „jener weltweite Bereich zu sein, innerhalb dessen die Auseinandersetzung zwischen den Einpassungsvorgängen aller Volkswirtschaften vor sich geht". Hieraus entwickelt sich für Umfang und Inhalt des Außenhandels die Richtschnur, daß nur so viel an „Verpflichtung in der Weltwirtschaft" geboten sei, als es dem Lebensinteresse der Volkswirtschaft dienlich sei. Damit wird aber auch jene flache Alltagsmeinung widerlegt, die unter Autarkie völligen Verzicht auf alle Einpassung der Volkswirtschaft in ihre Umwelt glaubt verstehen zu müssen.

Die Arbeit von Prof. *von Gottl-Ottlilienfeld* ist in einer kleinen, mit „Zeitfragen der Wirtschaft" überschriebenen Schrift erschienen, in der noch drei weitere frühere Aufsätze des Verfassers enthalten sind, und zwar: „Bolschewismus als Ziel ohne Zukunft", „Sozialismus inmitten der industriellen Unternehmung", „Deutscher Sozialismus und Wirtschaft". *F. Heinrichs VDI* [2471]

**Nationalökonomie auf Deutsch.** Bearbeitet von der Wirtschafts-Schriftleitung des Scherl-Verlages. Berlin 1935, Verlag Scherl. 90 S. Preis 1 RM.

Mit Recht stellt die Wirtschafts-Schriftleitung des Scherl-Verlages fest, daß während auf manchen Gebieten heute ein erfolgreicher Kampf gegen die verständnislose Verwendung von Fremdwörtern geführt wird (vgl. u. a. die Bestrebungen der Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit. Die Schriftleitung), auf andern fast täglich neue Fremdwörter in den Alltagsgebrauch eindringen. Das gilt besonders für die Wirtschaft, und hier ist die Gefahr um so größer, als die Wirtschaft heute die Aufmerksamkeit jedes Staatsbürgers findet. Es heißt im Vorwort so treffend: „Der Schicksalsweg der deutschen Wirtschaft führt von den „Reparationen" zur „Inflation", vom „Transfer" zum „Clearing".

Wenn daher die Wirtschafts-Schriftleitung des Scherl-Verlages sich der dankenswerten Mühe unterzogen hat, Erklärung dieser vielen, den meisten unverständlichen Fremdwörter zu geben, so ist zu hoffen, daß die Wirtschaft diese Erklärungen nicht nur dankend zur Kenntnis nimmt, sondern sich nunmehr auch bemüht, entsprechende allgemeinverständliche deutsche Bezeichnungen für die oft leicht mißverständlichen fremden zu schaffen.
Dr. *Freitag* [2441]

## Industrie und Handel

**Die deutsche Montanindustrie.** Ihre Entwicklungsgeschichte. Von *Gustav Hempel.* Berlin 1934, Wegweiser-Verlag G. m. b. H. 316 S. Preis 2,90 RM.

Das vorliegende Werk gewährt einen aufschlußreichen und umfassenden Einblick in die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der deutschen Montanindustrie. Die Schilderung beginnt bei den kleinsten Anfängen dieses wichtigsten aller Industriezweige und führt über die Perioden der Grundherrschaft, der allgemeinen Umbildungen, des Frühkapitalismus, des Merkantilismus und des Liberalismus bis an die Jetztzeit heran.

Damit ist zum ersten Male über die gesamte Montanindustrie eine zusammenhängende und bis in die Gegenwart durchgeführte Abhandlung entstanden, deren Fehlen bisher trotz des reichhaltigen Schrifttums über einzelne Montanreviere und Montanzweige sowie kürzere Zeitabschnitte oft tief bedauert wurde.

Der Verfasser läßt die grundlegenden Strukturwandlungen der deutschen Montanindustrie, von deren Geschichte er mit Recht sagt, daß sie zu den glänzendsten und interessantesten Kapiteln der Wirtschaftsgeschichte gehört, in fesselnder Vielseitigkeit vor dem Auge des Lesers vorbeiziehen.

Die Darstellung befaßt sich mit der gesamten Montanindustrie, also sowohl mit der Gewinnung nutzbarer Mineralien wie Kohle, Erz, Kali, Erdöl usw. (Vorstadium der Grundstoffgewinnung) als auch mit der Verhüttung (Zwischenstadium der Halbfabrikaterzeugung) und den sich hierauf aufbauenden weiterverarbeitenden Produktionsstufen wie Brikettfabrikation, Schwelerei, Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinenfabrikation, Erzeugung chemischer Produkte usw. (Endstadium der Weiterverarbeitung). Leider sind die neuesten Bemühungen zur Stärkung der deutschen Rohstoffgrundlage — es sei nur an die Erdölbohrungen und die Zinkverhüttung erinnert — in dem Werk nicht mehr berücksichtigt.

Wenn die deutsche Montanindustrie von jeher einer der stärksten Träger der deutschen Wirtschaft gewesen ist, so verdankt sie dies in erster Linie ihrer Stellung als Schlüsselindustrie, ein Umstand, der sie von den meisten andern Industriegruppen unterscheidet. Infolge dieser Machtlage sind alle übrigen Industrie- und Gewerbezweige von ihr abhängig. Sie vermochte daher diese Wirtschaftsgruppen wie in gleicher Weise kaum ein anderer Faktor zu beeinflussen. Die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der Montanindustrie sind daher das Barometer der Wirtschaft. Durch diese besondere Stellung und vermöge der Mannigfaltigkeit ihrer Zusammenhänge steht sie deshalb stets im Vordergrund des öffentlichen, organisatorischen und wissenschaftlichen Interesses.

Aus diesem Grunde wird der Querschnitt durch den Entwicklungsgang der deutschen Montanindustrie von allen Kreisen begrüßt werden und insbesondere zugleich auch dem Ingenieur wertvolle Anregungen und Ausblicke vermitteln.

Der Verfasser hat es verstanden, seiner Darstellung, deren Anschaulichkeit durch eine Reihe von Tafeln, Aufstellungen und Erläuterungen sowie ein ausführliches Literatur- und Schlagwörterverzeichnis unterstützt wird, eine Höhe zu geben, die der Vormachtstellung dieses bedeutenden Industriegebildes durchaus würdig ist.

Dr. *Werner* [2494]

**Die Auflockerung der Industrie-Standorte und der Anteil der Verkehrspolitik.** (Verkehrswissenschaftliche Forschungen a. d. Verkehrsseminar a. d. Univ. Münster, Heft 4.) Von *Paul Berkenkopf*. Münster i. W. 1935, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Verlag (Ausl. Gustav Fischer, Jena). 30 S. Preis geh. 0,90 RM.

Die Schrift faßt kurz und klar die Notwendigkeiten einer planmäßigen Auflockerung der Industriestandorte zusammen, deren Ballung in der Vergangenheit im wesentlichen auf Unterlassungssünden der öffentlichen Hand zurückgeführt wird. Nachdem schon früher auflockernde Wirkungen überhöhter Grundrenten innerhalb großstädtischer Ballungen und niedrigerer Löhne in ländlichen Gebieten festgestellt werden konnten, hat die letzte Wirtschaftskrise den Weg zu einer grundsätzlichen Besinnung und Umkehr freigemacht. In Zukunft wird eine fächerförmige Verteilung der verarbeitenden Industrien über das ganze Land notwendig und mit fortschreitendem Veralten und Abschreiben der vorhandenen Anlagen auch wirtschaftlich möglich. Militärpolitische Gründe erzwingen gebieterisch eine derartige Auflockerung und eine regionale Verbundwirtschaft in der Kraftstoffversorgung. Grenzpolitische Gründe erfordern eine gewerbliche Aufsiedlung des deutschen Ostens. Gesundheitlich ist eine Aussiedlung städtischer Arbeiter aus minderwertigen Mietkasernen in vorstädtische Nebenerwerbsiedlungen geboten.

Begrenzt werden die Möglichkeiten der industriellen Auflockerung durch Bindungen des größeren Teils der schweren Grundstoffindustrien an die Lager von Rohstoffen und Brennstoffen, durch die einmaligen Kosten für Betriebsverlagerung und Arbeiteransiedlung sowie durch erhöhte Erzeugungs- und Absatzkosten von Industrieverlagerungen, die aus außerwirtschaftlichen Gründen durchzuführen sind.

Ausschlaggebend für die Durchführung der Industrieauflockerung ist eine Neugestaltung der Verkehrspolitik. Verbesserungen insbesondere des ostdeutschen Wasserstraßennetzes müssen mit einer Senkung der Eisenbahntarife auf mittlere Entfernungen und mit einer Verlegung der Frachtgrundlagen von Kartellen Hand in Hand gehen. Kraftwagen und Eisenbahn sind durch Behälterverkehr miteinander zu verbinden. Eine planmäßige Zusammenfassung aller Verkehrsmittel unter einheitlicher Leitung ist hierbei nicht zu entbehren, da nur durch eine einheitliche Tarifpolitik und durch ergänzende Maßnahmen staatlicher Steuerpolitik zusätzliche Betriebskosten verlagerter Betriebe während der Anlaufzeit und Verluste der Eisenbahn infolge von Tarifsenkungen ausgeglichen werden können. *M. P.* [2499]

## Betriebswirtschaft

**Erfolgreiche Betriebswirtschaft.** Von *Gustav Frenz* und *Emil Gobbers*. Berlin 1935, Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H. 232 S. Preis 4 RM.

Das Buch setzt sich zum Ziel, dem großen Gedanken der Gemeinschaft aller schaffenden Deutschen in der „Deutschen Arbeitsfront" zu dienen. Es behandelt im ersten Teil den Sinn und die Entwicklung der wirtschaftlichen Technik vom Handwerk bis zur rationalisierten Fabrik und zeigt die Ursachen ungewollter Begleiterscheinungen (Arbeitslosigkeit, falsche Beurteilung der Technik, usw.). Unter dem Kennwort „Wirtschaftsform und Arbeitsfrieden" werden die Gedanken des Lesers weitsichtig untersuchend zur Wirtschaft im nationalen Staat und zur Bedeutung der deutschen berufsständischen Ordnung geleitet. — Im nächsten Teil (S. 49 bis 90) wird der Erzeugungsvorgang in Betrieben dargestellt, so wie er sein soll. Hier finden die neuzeitlichen Forderungen nach günstigster Werkstoffauswahl, Austauschbau, Normung und Typung, Arbeitszeitermittlung und Arbeitsfluß ihre sinnvolle Berücksichtigung. — Der dritte Abschnitt (S. 91 bis 174) behandelt eingehend die Verwaltungsarbeit und das Rechnungswesen der Betriebe und endet mit dem Hinweis auf den volkswirtschaftlichen Nutzen von Betriebsvergleichen. Besondere Beachtung verdient das, was hier über die Ermittlung der unteren Preisgrenze geboten und zur Kostenanpassung an die Beschäftigungslage zwecks Krisenüberwindung gesagt wird. — Im letzten Abschnitt (S. 175 bis 228) wird die Behandlung der Menschen im Arbeitsprozeß und die Erziehung des Nachwuchses erörtert.

Im ganzen kann festgestellt werden, daß dieses Buch von einem lebendigen Geiste echter Betriebsverbundenheit durchweht ist. Manchem Betriebsführer mag es als Spiegel vorgehalten werden, in dem er bei gutem Willen seine eigenen Fehler sehen kann. In der Hand von Gefolgsmännern wird es dazu beitragen, Kenntnis von der Vielgestaltigkeit der Betriebsführung und damit Hochachtung vor der Verantwortung zu vermitteln, die ein Betriebsführer der Volksgemeinschaft gegenüber zu tragen hat. Die alte gewerkschaftliche Einstellung, daß die „Diktatur des Proletariats" auch Betriebe führen kann, wird damit endgültig verschwinden. Störend wirken anderseits einige Stellen im Buch, die ebenfalls einer überwundenen Weltanschauung angehören. Zum Beispiel sind wir heute nicht mehr der alttestamentarischen Meinung, daß Arbeit uns zur Strafe auferlegt sei (s. S. 5 „Gottes Gebot"), sondern halten sie für Pflicht, Ehre und Lebensinhalt. Auch kann man nicht mehr sagen (S. 25 oben) „Feststeht, daß . . . . . das „Kapital" nicht mehr zu entbehren ist". Fest steht nur, daß Werkzeuge und hochwertige Gerätschaften unentbehrlich sind, daß sie aber die Rechtsform des „Kapitals" haben müssen, ist durchaus umstritten. Das Wort „Mehrwert" (S. 33 u. 38) stammt aus der marxistischen Literatur und hat die Bedeutung von „Profit"; es wird daher besser durch Ertrag oder ein ähnliches Wort ersetzt, das in seiner Auslegung nicht vorbelastet ist. Daß der „Weg zum Herzen des Arbeiters über die Lohntüte führt" sollte man nicht sagen, auch nicht mit der nachfolgenden Abschwächung (s. S. 182 Mitte); denn ideell ist es unrichtig und materiell trifft es nicht nur für „Arbeiter", sondern für alle Be-

triebsbeteiligten bis zum obersten Direktor zu. — An „unabänderliche Grundgesetze der Wirtschaft" (S. 183 Mitte) glaubt man heute auch nicht mehr, auch nicht an die zwingende Gewalt der Weltmarktpreise (ebenda); denn alle Vorgänge der „Wirtschaft" sind Auswirkungen von Willensstrebungen der beteiligten Menschen und schon deshalb veränderlich. Die Hauptsache ist, daß in der Wirtschaft der Wille erhalten bleibt, den lebendigen Menschen unseres Volkes zu dienen, und das kommt sonst in diesem Buche überall klar zum Ausdruck.

*W. A. Th. Müller-Neuhaus* [2523]

## Wirtschaftsprüfung

**Betriebswirtschaftliches Praktikum.** Von Wirtschaftsprüfer Dr. *Rudolf Bethmann.* Leipzig 1935, Glöckner-Verlag. 176 S. Preis geb. 9,60 RM.

Ein solches Buch fehlte uns schon lange, denn es enthält ausschließlich Dinge der praktischen Betriebswirtschaft. Der Verfasser wollte zu den im gleichen Verlag erschienenen „Aufgaben für das Wirtschaftsprüfer-Examen" (von Dr. *Ertel*)[1]) die Lösungen geben; er wollte zugleich für die Studenten der Betriebswirtschaftslehre schreiben. Die Natur der den Wirtschaftsprüfern gestellten Aufgaben brachte es indessen mit sich, daß das Buch ein Nachschlagewerk wurde, das für jeden Geschäftsmann, der nicht Zeit gefunden hat, sich mit Fragen des Handelsrechts und des Bürgerlichen Rechts oder der Kalkulation zu befassen, von hohem Wert sein wird. Ein Blick in das ausführliche Stichwortverzeichnis wird das belegen. Ich nenne beispielsweise: Bilanzierung des Agio, Rechtswirksamkeit der Aktiennotiz, Anfechtung der Beschlüsse einer Generalversammlung. Bewertung von: Beteiligungen, schwimmender oder rollender Ware, einer Eigentümer-Grundschuld. Gründungs-Liquiditätsbilanz. Doppelbesteuerung. Eheliches Güterrecht, Eigentumsvorbehalte, Erfüllungsverzug. Gründungsformen, Grundbucheintragungen. Haftungsverhältnisse, Hypotheken. Interventionsklage, Konventionalstrafe, Kreditrevision, Pfandrecht, Sanierungen, Sicherungsabtretungen und -übereignungen. Schadenersatz, Steuerbilanz, Stille Gesellschaft, Unabdingbarkeit, Vergleichsverfahren; Einspruch im Versäumnisurteil, Vollstreckungsmaßnahmen, Vorkaufsrecht, Zession, Zwangsversteigerung u. s. f.

Dem Buch ist zu wünschen, daß eine Neuauflage bald erforderlich wird, damit auch die Aufgaben selbst in ihm Aufnahme finden. Vielleicht aber entschließt sich der Verlag jetzt schon, dem Buch die Aufgabensammlung *Ertel* und ein Inhaltsverzeichnis davon beizufügen.

*A. A. Schubert*, Geh. Brt. [2464]

## Vertrieb

**Die Technik der Betriebsanalyse im Einzelhandel.** (Mit einem Beispiel aus der Praxis.) Von *O. Scheu.* Wertheim 1933, Buchdruckerei E. Bechstein. 180 S.

In den vier Hauptteilen dieser Dissertation stellt der Verfasser sich die Aufgabe der Analyse 1. des Betriebsaufwandes, 2. der Finanzierung des Betriebsaufwandes, 3. der Betriebskosten und 4. des Umsatzes im Einzelhandel.

In den ersten beiden Teilen werden Aktiv- und Passivposten der Bilanz durchgegangen, um nach dem Muster *Le Coutres* ihre Funktionen und Aufgaben zu nennen. Dabei kommt der Verfasser aber nicht über die Schilderung der Verhältnisse in einem ihm bekannten Betrieb des Textileinzelhandels hinaus. Keineswegs wird auf die im Titel gestellte umfassende Aufgabe eingegangen, wozu allerdings sehr viel mehr Material, auch aus andern Einzelhandelszweigen zur Verfügung stehen müßte.

Die Analyse der Betriebskosten bringt in der Hauptsache einen Vergleich der durch die Forschungsstelle für den Handel festgestellten Richtzahlen für Kostenarten in verschiedenen Einzelhandelszweigen mit den in dem Textilbetrieb festgestellten Ergebnissen.

Bei der Umsatzanalyse tritt wieder die Darstellung der Technik einer Betriebsanalyse zurück, wohingegen der Schilderung des Verkaufsapparates und der Darlegung der Ergebnisse des bekannten Betriebes weitestgehend Raum gewährt wird.

1) Vgl. Techn. u. Wirtsch. 1935 S. 90.

Das Buch erfüllt die Aufgabe, über den inneren Aufbau eines Textileinzelhandelsbetriebes zu unterrichten, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß wegen der Beschränkung auf einen einzelnen Betrieb die Ergebnisse keineswegs als branchetypisch anzusehen sind.

*Norden* [2490]

**Markt- und Betriebsanalyse zum Zwecke der Preispolitik in der Maschinenindustrie.** Von *Karl Gößler.* Würzburg 1934, Konrad Triltsch. 123 S. Preis 3,60 RM.

Die Arbeit stellt sich als Hauptaufgabe die Untersuchung der Methoden zur Analyse der Marktverhältnisse in der Maschinenindustrie. Mangels geeigneter Unterlagen ist der Verfasser gezwungen, auf das geringe, bis jetzt vorhandene Material anderer Autoren zurückzugehen, ohne wesentlich Neues herausarbeiten zu können. Das Buch gehört zu den Arbeiten betriebswirtschaftlicher Lehre, die den Stoff ohne Vorhandensein praktischer Unterlagen und tatsächlicher Erkenntnisse zu behandeln versuchen und so weder der Praxis noch der Wissenschaft einen Dienst erweisen können.

Daß brauchbares Material für eine Marktuntersuchung in der Maschinenindustrie bisher fehlt, darf nicht dazu führen, daß Absatzziffern vergangener Jahre, die jeder Betrieb in beliebigem Umfange zur Verfügung stellen kann, als einzige Unterlage dienen, um an die schwere Aufgabe der Erforschung der Marktbedingtheiten und der Absatzgestaltung heranzugehen.

*H. Norden* [2498]

## Sozialpolitik

**Der Arbeiter im Dritten Reich.** Von *August Winnig.* Berlin-Charlottenburg 1934, Buchholz u. Weißwange. 44 S. Preis 0,90 RM.

*Winnig* besitzt die Gabe, die wenigen geschenkt ist, ein verwickeltes und vielseitiges Problem auf seine Grundlinien zurückzuführen, es in einfachen, jedem verständlichen, niemals aber oberflächlichen Worten darzustellen. In knappen Zügen umreißt er den geschichtlichen Werdegang des Arbeiters als einer neuen Form menschlichen Seins, die geboren wurde in dem Augenblick, da das Bürgertum seine Aufgabe erfüllt hatte, — sich als zu schwach erwies, die Welt des „ewigen Fortschritts", die es selbst geschaffen, weiterhin zu beherrschen.

Ausgehend von dem Richtungswandel der Geschichte, der sich in der Besinnung der Völker auf sich selbst kenntlich macht, stellt er die zwei Erscheinungsformen des Arbeiters, den „Proletarier" als den negativen, und den „arbeitertümlichen Menschen" als den positiven Pol dieses werdenden Menschentyps vor uns hin. Aus der gewaltigen Bevölkerungsvermehrung des 17. und 18. Jahrhunderts, aus dem Drängen nach Erweiterung des Nahrungsspielraums erwuchs die Notwendigkeit, neue Formen des Wirtschaftens zu finden, aus dem Handwerk entwickelte sich die Manufaktur, und mit der Erfindung der Maschine die Fabrik. Und hier drängte sich der Überfluß der Bevölkerung zusammen, unter der Herrschaft frühkapitalistischer Wirtschaftsgesinnung gerieten Tausende von Bauern- und Bürgersöhnen in menschenunwürdige Verhältnisse; verstoßen aus der heimischen Gemeinschaft, machtlos ausgeliefert der Verständnislosigkeit eines skrupellosen Unternehmertums, schlossen sie sich zu einer Abwehrgemeinschaft zusammen: Es entstand die Arbeiterbewegung.

Zum Verhängnis wurde es dieser Bewegung, daß es in Deutschland damals keine geschlossene Führerschicht gab, die den berechtigten Wünschen des Arbeiters zum Durchbruch verholfen hätte. So konnte es geschehen, daß eine aus übergroßem „Bildungs"streben entstandene Schicht unbeschäftigter Intellektueller, vereinigt mit dem emanzipierten Judentum, die Führung dieser Bewegung übernahm, um ihrem Haß gegen jede staatliche Autorität eine Waffe zu schaffen. Aus diesem Zusammenschluß entstand der proletarische Mensch.

Unter der Decke eines haßerfüllten Kampfes aber wuchs im Zeitalter der sozialen Reformen wenig beachtet ein neuer Typ des Arbeiters heran, dem sich aus der Erfahrung der Gewerkschaftstätigkeit ein neues Bild vom Staat und seiner eigenen Aufgabe in ihm enthüllte. Schon schien 1914 dieser arbeitertümliche Mensch gesiegt zu haben, da zertrümmerte der Krieg und sein unglücklicher

Ausgang alle gewachsene Erkenntnis und half der revolutionären Literatenschicht und ihrer Anhängerschaft zum Siege. Sie aber erwies sich als unfähig, den Staat, den sie so lange bekämpft hatte, zu leiten. Der Augenblick eines erneuten und diesmal endgültigen Zusammenbruchs rückte immer näher — nur der völlige Umschwung von 1933 hielt ihn auf und half damit jenem positiven Arbeitertum zum Siege, das berufen ist, den bürgerlichen Menschen in der Führung des Staates abzulösen und die Aufgaben zu erfüllen, die ihm das Zeitalter der „Heimkehr des Abendlandes" stellt.

Damit ist der Inhalt des Buches kurz umrissen, das in seiner überzeugenden Klarheit so packend ist, daß man es in einem Zuge liest und wünscht, daß es vor allen Dingen alle die in die Hand nehmen, die der kommenden Zeit als ihre Träger entgegenwachsen.

*Otto Matschoß* [2509]

## Technikgeschichte

**Die Lokomotive feiert mit.** Das 100 jährige Bestehen der Deutschen Eisenbahnen. Von *E. Metzeltin VDI.* Berlin 1935, VDI-Verlag G. m. b. H. 88 Seiten mit 177 Abbildungen. Preis geh. 3 RM, für VDI-Mitgl. 2,70 RM.

Ein überaus glücklicher Gedanke des Verfassers und des Verlages, aus Anlaß des 100 jährigen Bestehens der deutschen Eisenbahnen das vorliegende Buch der Lokomotive, der Seele des ganzen Eisenbahnbetriebes, zu widmen! Es ist hier ein Werk geschaffen worden, das unter Verzicht auf den trockenen Stoff technischer Beschreibungen und Berechnungen in vielen humorvollen und witzigen Beiträgen sowie zahlreichen Abbildungen aus geschichtlicher und neuester Zeit berichtet. Eine Fülle ausländischer und deutscher Darstellungen aus der Entwicklung der Lokomotive und des Eisenbahnwesens zieht an uns vorüber. Wir nennen nur folgende Kapitelüberschriften: Zur Urgeschichte der Lokomotive — Umsturzsichere Postkutschenzüge mit Doppelhafermotor — Ritter, Bauer und die Lokomotive — Könige auf der Lokomotive — Die Lokomotive von der Fabrik bis zum Verschiebedienst — Kleinbahn-Idylle in Wirklichkeit und Phantasie — Spielzeug und Modellbahnen — Die Lokomotive in der Dichtung —, um zu zeigen, daß diese Schrift ein Spiegelbild alles dessen ist, was um die Lokomotive herum an Lob und Haß, Spott und Scherz gedichtet und gesungen worden ist.

Es ist ein Werk, von dem man wirklich ohne Übertreibung sagen kann, es sollte in der Bücherei keines deutschen Volksgenossen fehlen. Dr. *Fr.* [2524]

## Aus andern Zeitschriften

**Exportförderung und Handelsspanne.** Von *F. Prieß.* Deutscher Volkswirt Jg. 9 Nr. 37 (14. 6. 1935) S. 1715/17.

Der Vorschlag, durch Senkung der Handelsspanne die Ausfuhr mittelbar zu erleichtern, auf dem Umweg über Preissenkung und Absatzsteigerung auf dem Binnenmarkt, beruht auf einem zweifellos richtigen Grundgedanken; aber die sich praktisch eröffnenden Möglichkeiten werden leicht überschätzt. Um eine fühlbare Senkung des Verbraucherpreises zu erreichen, müßte die Handelsspanne in einem recht erheblichen Maße gekürzt werden. Diese Kürzung aber ist abhängig davon, in welchem Maße der Verteilungsaufwand gesenkt werden kann. Bei der bisherigen Entwicklung der Verteilungskosten ist diese Senkung — eines der zentralen Probleme der neuen Wirtschaftsverfassung überhaupt — nicht durch äußere Einwirkungen auf die Handelsspanne schlechthin zu erreichen, sondern durch Einwirkung auf die inneren Ursachen, die die Höhe der Spanne bedingen. Zur Hauptfrage wird dabei, wie mittelbar die Verteilungskosten gesenkt werden können durch Verbesserung des Ausnutzungsgrades des Einzelhandels, dessen Betriebsbereitschaft unter hohen Kosten, bei außerordentlich stark schwankender, stoßweiser Beanspruchung aufrechterhalten werden muß. Die Erhöhung der Handelsbetriebsleistung und dabei auch der Personalleistung ist die Kernfrage, die zu lösen ist, wenn eine Verringerung der Handelsspanne angestrebt wird. Der Weg zur Lösung dieser Kernfrage führt über Gemeinschaftsarbeit und Betriebsvergleiche mit dem Ziel der verbesserten Wirtschaftlichkeit der Verteilungsleistung.

**Vertriebsplanung als Mittel der Ausfuhrförderung.** Von *W. Gürge.* Deutscher Volkswirt Jg. 9 Nr. 37 (14. 6. 1935) S. 1717/19.

Den behördlichen Mitteln der Ausfuhrförderung stellt der durch verschiedene Veröffentlichungen und Vorträge auf diesem Gebiete bekanntgewordene Verfasser die Mittel gegenüber, die im Wege der Selbsthilfe der Ausfuhrindustrien eingesetzt werden können und sollen. Nach einer Zusammenfassung der Gründe für den Ausfuhrrückgang und Darlegung der Unterschiede von Europa- und Übersee-Außenhandel wird die Notwendigkeit einer systematischen Vertriebsarbeit — wenn notwendig, auf Grundlage der Zusammenarbeit der zweigverwandten Unternehmungen — begründet. Dabei wird zwischen den verschiedenen Vertriebsbedingungen und -verfahren bei Markenartikeln, Stapelwaren und Spezialitäten unterschieden.

**Betriebsabrechnung und Kostenplanung.** Von *F. Kreide.* Zeitschrift für Organisation Jg. 9 H. 5 (25. 5. 35) S. 183/89, 4 Schaubilder.

In die Erörterung über Plankostenrechnung (Standardkosten) greift dieser Beitrag von berufener Seite ein mit der Feststellung, daß einerseits jede Plankostenrechnung nur ermöglicht wird durch eine zuverlässige Betriebsabrechnung, welche ein tatsächliches Kostenbild über einen längeren Zeitraum zu vermitteln vermag; daß aber anderseits in dieser kurzfristigen Betriebsabrechnung, wie sie als Kalkulationsunterlage unentbehrlich ist, bereits eine Plankostenrechnung entwickelt werden kann und muß.

Diese Zusammenhänge werden dargestellt an Hand der Kostenstellenrechnung in Form des Betriebsabrechnungsbogens, wie er vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit seinen Kostenuntersuchungen und industriezweigweisen Betriebsvergleichen zugrunde gelegt wird. Gliederung und Verfahren werden kurz belegt, die Zusammenhänge zwischen Betriebs- und Geschäftsbuchhaltung klargestellt und aufgewiesen, daß in dieser Abrechnungsweise bereits Gedanke und Ausgangspunkt der Plankostenrechnung enthalten sind. Ihr Ausbau im Vergleich von Soll- und Ist-Zahlen, Feststellung des Mehr- oder Minderaufwandes unter Trennung nach Beschäftigungsgradschwankungen und andern Ursachengruppen für Kostenabweichungen, schließlich in der Errechnung der Über- oder Unterdeckung je Kostenstellengruppe und, wenn notwendig und angängig, je Kostenstelle wird kurz umrissen unter Darstellung eines Betriebsabrechnungsbogens, in dem Soll- und Istkosten, unterteilt nach festen und veränderlichen Kosten, durchgerechnet sind. Die vorläufig recht engen Grenzen, in denen die Anwendung der Plankostenrechnung zunächst praktisch möglich ist, werden nicht verschwiegen. *BH*

# KARTELLWESEN

**BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIERSCHKY**
**BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17**

## Berufsständische Wirtschaftsschulung und Kartellpolitik

Obwohl die Kartelle als wirtschaftliche Zweckverbände von besonders interessanter Eigenart sehr bedeutsame soziologische Gebilde sind, hat mit der einen Ausnahme des vor einigen Jahren erschienenen Buches von *Oskar Klug* die wissenschaftliche Soziologie von ihnen kaum Notiz genommen. Besonders auffällig muß dies vom Blickpunkt internationaler Kartellierung erscheinen, wenn man überschlägt, daß in diesen Gebilden das wirtschaftliche Gruppeninteresse selbst rein geistige: nationale, ja sogar

nationalistische Gegensätze zu überbrücken vermag. Die vor kurzem nach allerdings sehr langwierigen Verhandlungen geglückte Erneuerung und Erweiterung der I.R.E.G. liefert interessante Beiträge zu diesem Problem.

Es muß jetzt aber für uns noch weit bedeutsamer werden, weil im Rahmen des berufsständischen Wirtschaftsaufbaues die Stellung der Kartelle, wie an dieser Stelle bereits angedeutet wurde, noch nicht befriedigend geklärt ist, aber zwingend der Klarstellung bedarf. Fest steht für uns nur das eine, daß die Kartelle nicht außerhalb der Gesamtorganisation der Wirtschaft gehalten werden können, vielmehr organisch einzugliedern sind. Diese Neuordnung hat sich ebenso auf ihre Organisation wie auf die privatwirtschaftlichen Ziele und die Verfahren der Durchführung zu erstrecken. Das Ergebnis werden Organisationen sein müssen, denen die Bezeichnung Kartelle, ganz gleich, ob sie als staatlich veranlaßte, oder dem freien Entschlusse der Unternehmer entsprungene Zusammenschlüsse sich darstellen, nach der bisherigen Terminologie nicht mehr angemessen ist. Mit Fug und Recht hat die wissenschaftliche Beurteilung dieser Organisationen bislang das entscheidende organisatorische Merkmal in der Autonomie der Bildung wie der Betätigung erblickt; mit dieser selbstherrlichen Sonderstellung ist aber für die Zukunft nicht mehr zu rechnen.

*von Wiese,* dem wir die beste Erläuterung des Wesens der Konkurrenz verdanken (System der Allgemeinen Soziologie 2. A. 1933 VII, § 2), hat treffend hervorgehoben, daß in dem Wettbewerb „die Möglichkeit steckt, aus einer Beziehung des Gegeneinander eine solche des Zusammenwirkens, der Kooperation zu werden. Der Wunsch, den lästigen Mitbewerber loszuwerden, kann auch zu dem Streben nach Kompromiß mit ihm und Anpassung an ihn führen, bis sich sogar gegenseitige Interessenförderungen ergeben.“ Gerade aus der Freiwilligkeit dieser Entwicklung ergab sich die unbestrittene Anpassungs- und damit Leistungsfähigkeit dieser Organisationen für die bisherige, gewollt unbehinderte Wettbewerbswirtschaft. In dem Grade, wie die jetzt angestrebte tiefgreifende Veränderung des Wettbewerbs sich durchsetzt, würden somit die soziologischen Grundlagen im Sinne der gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen korporativer Wettbewerbsregelung sich ändern können. Daß eine solche als Schlußergebnis des wirtschaftlichen Erziehungsprozesses, wie Optimisten meinen, völlig überflüssig werden könnte, erscheint solange unwahrscheinlich, als die private Wirtschaftsinitiative und damit die private Wirtschaftsverantwortung aufrecht erhalten werden, die ohne „ich“-bewußtes Konkurrenzstreben nicht denkbar bleiben. Durch ständischen Wirtschaftsaufbau aber wird zunächst die Bildung dieser Korporationen erleichtert, sicher in stärkerem Grade, als es in früheren Zeiten durch die freien wirtschaftspolitischen Vereine geschah, die fast regelmäßig die Wiege der Kartelle gebildet haben. War vordem die Wirtschaftsnot die Schmiede, so vermag der Berufsstand durch planmäßiges Zusammenwirken, sei es auch nur im Sinne berufsmäßiger Erziehung, nicht allein die Geister, sondern auch materielle Voraussetzungen für die Kartellierung zu schaffen. Wenn nämlich die Auswüchse des Wettbewerbs zum wesentlichen Teil unzureichender Kenntnis und Erkenntnis materieller Berufsgrundlagen und unzulänglicher Wirtschaftsrechnung und Marktkenntnis entsprangen, wie es zum Schaden einer gesunden Kartellpolitik nur zu häufig festgestellt werden konnte, so darf von der berufsständischen Schulung der Unternehmer aller Grade ganz gewiß ein wesentlich vertieftes Verständnis für die Erfolgsbedingungen kartellmäßiger Marktregelungen erwartet werden. Nicht schon von heute auf morgen — das erhärtet die Tatsache der gegenwärtig noch verhältnismäßig häufigen Notwendigkeit, von der Zwangskartellierung Gebrauch zu machen. Sie widerstreitet grundsätzlich dem bei uns in Angriff genommenen Wiederaufbau der Wirtschaft, der mit Ausnahme der besonders gelagerten Landwirtschaft jede staatliche Planwirtschaft ablehnt. Die Zwangskartellierung ist aber für eine Übergangszeit, wie der Belgier *Capiau* in seinem Vortrag auf der diesjährigen Pariser Tagung der Internationalen Handelskammer ausführte, notwendig, soweit es sich um Festigung derjenigen Märkte handelt, an denen „die breitesten Volksschichten unter dem Gesichtspunkte der Wiederherstellung ihrer Kaufkraft interessiert sind“. Wobei nicht übersehen werden darf, daß das Zwangskartell bei uns, wie in allen übrigen Ländern, in denen man diesen für sie noch viel anormaleren Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit als notwendig erachtete, immerhin einer weit schärferen unmittelbaren Staatskontrolle unterworfen bleibt, als sie selbst die allgemeine staatliche Kartellaufsicht, die heute schon in einer ganzen Reihe europäischer Staaten durchgeführt wird, zu leisten vermag.

Der wesentlichste Nutzen berufsständischer Wirtschaftsschulung dürfte aber für die praktische Kartellpolitik herausspringen, insoweit sie dazu beitragen kann, richtige Kalkulations- und damit Preisgrundlagen zu schaffen. Dabei kann der berufsständische Aufbau, da er die einzelne kartellierte Berufsgruppe oder den einzelnen Berufszweig in ständiger Fühlung mit wesensverwandten Berufen und den Handelsgewerben hält, die für die Kartellpolitik und erst recht für die Gesamtwirtschaft zumeist nachteiligere Isolierung beseitigen. Gerade die hierin früher beschlossene Autonomie der Kartellpolitik sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie vor allem der Absatzbedingungen, insonderheit der Preise, hat durch unzureichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängiger Industrien — zumal bei sinkender Konjunktur — zu durchaus berechtigten Beschwerden Anlaß geboten. Meist hat diese Autonomie auch zu nachteiligen Rückwirkungen auf das Kartellgefüge selbst geführt, indem sie die fast stets im Kartell vorhandenen Parteiungen zu offener Fehde und damit nicht selten zur Sprengung des Kartells auswachsen ließ. [2529]

# INDUSTRIELLER VERTRIEB

## UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

### Der Aufbau einer technischen Werbung

Von Werbeberater EDUARD WOCHE, Berlin

Der Techniker ist gewohnt, mit Kräften zu rechnen, die in ihrer Wirkung zahlenmäßig, eindeutig bestimmbar sind. Bei der Erzeugung verläßt man sich nicht auf „gefühlsmäßige“ Schätzung, sondern arbeitet mit strengen Kontrollen — eine Selbstverständlichkeit.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß gerade technische Betriebe als erste auch ihre kaufmännische Organisation weitgehend entwickelten. Merkwürdigerweise hat aber die Organisation der technischen Anzeigenwerbung hiermit keineswegs Schritt gehalten, wenn man nicht einzelne Spitzenleistungen, sondern den Durchschnitt als Maßstab nimmt.

Die Ausgaben für Werbung werden häufig noch als „zusätzliche Kosten“ betrachtet; man sieht Werbung nur als eine Art Repräsentationspflicht an. Dies macht sich nach zwei Richtungen hin geltend:

Ein Großteil der deutschen technischen Werbung wirkt ein wenig steif und nüchtern. Ingenieure sind zwar sehr empfindlich gegen leere Redensarten, deswegen sollte die Werbung sich aber nicht nur auf Markennamen, auf Kurven und trockenes Zahlenmaterial beschränken. Auch Ingenieure wollen ungern gelangweilt sein und beachten nicht mehr diejenigen Anzeigen, die allzusehr nach dem gewohnten Schema gestaltet sind.

Daß Reklame oft nur als Mittel zur Repräsentation betrachtet wird, hat auch zur Folge, daß die einzelnen

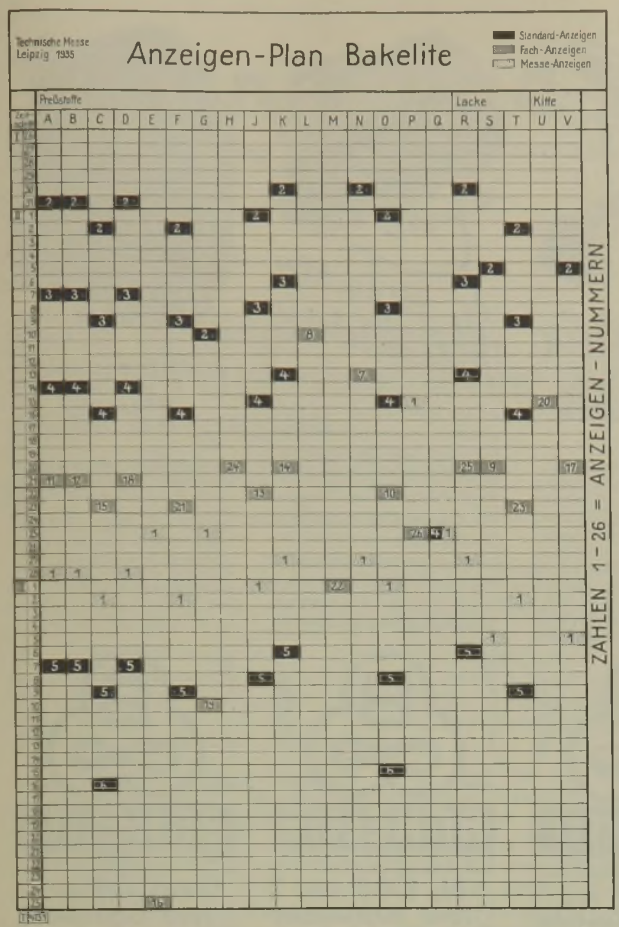



Abb. 1. Anzeigenplan

Werbemaßnahmen beziehungslos nebeneinander unternommen und auch mit den Verkaufsplänen zu wenig gekoppelt werden. — Oft sind erhebliche Beträge nur mangelhaft ausgenutzt, weil sie — zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft — nicht planmäßig genug eingesetzt wurden.

Zu bedenken ist auch, daß technische Zeitschriften nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch von kaufmännischen Direktoren, ja auch von Werkmeistern gelesen werden, deren Einstellung gegenüber einer Maschine, einem Arbeitsverfahren für den Ankauf von Bedeutung sein kann. Der Anzeigenteil der Fachpresse sollte daher anregender sein, ihn zu lesen sich nicht weniger lohnen als den Textteil. Wie selten aber ist dies der Fall.

Viele Beispiele lassen sich für den unplanmäßigen Aufbau größerer Werbemaßnahmen finden. Hier sei nur eines erwähnt, das nicht allzu selten ist. Für Ausstellungen und Messen sind erhebliche Aufwendungen erforderlich. Kosten für Platzmiete, Ausstattung des Standes, Reisespesen. Hinzu kommen die Gehälter der Sachverständigen und Mitarbeiter, die die Firma auf dem Stand vertreten müssen. Durch eine vorhergehende Werbung für den Ausstellungsstand der Firma, durch die sorgfältige Nachbearbeitung der Besucher ist die gesamte Verkaufswirkung der Ausstellung selbstverständlich entscheidend zu beeinflussen. Manchmal ist sie ausschlaggebend für den Erfolg, der in der kurzen Spanne der Messezeit erreicht wird.

Wie oft aber stehen die Kosten der notwendigen Vor- und Nachbearbeitung, wie oft auch die hierfür zur Verfügung gestellte Zeit in gar keinem Verhältnis zu dem Aufwand der Firma, der für wenige Ausstellungstage erforderlich war.

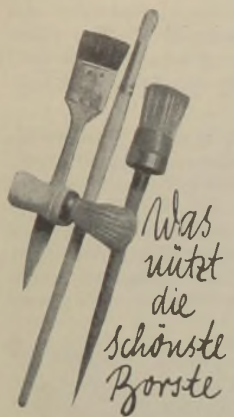
Die Bakelite G. m. b. H., Erkner, führte anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1935 eine Werbung durch, die von mir entwickelt und entworfen wurde. Diese Propaganda verdiente nicht nur deswegen allgemeineres Interesse, weil das Bakelite in seinen verschiedenen Formen mehr als tausend der mannigfachsten Verwendungszwecke besitzt, sondern deshalb, weil sie ein typisches Beispiel für den planmäßigen Aufbau einer Anzeigenwerbung ist. Da sie auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammengedrängt wurde, ist sie leicht zu überblicken.

Der Anzeigenplan (Abb. 1) zeigt, daß vom 30. Januar bis 25. März 1935 Inserate in 21 verschiedenen Fachzeitschriften erschienen. Bakelite wird hauptsächlich als Preßmasse, als Lack oder Kitt weiterverarbeitet. Für den Umsatz der Firma spielt die Verarbeitung als Preßmasse die größte Rolle. Deshalb erschienen in 16 Zeitschriften Anzeigen, die sich auf Preßmassen bezogen, in drei Blättern solche für Bakelite-Lacke und in zwei für Bakelite-Kitte und Klebemittel.

Die Wirtschaftlichkeit der Anzeigen wurde dadurch erhöht, daß sie (insgesamt 84) je nach ihrem Inhalt in drei Gruppen eingeteilt wurden: „Standard-Anzeigen", „Messe-Anzeigen", „Fach-Anzeigen". Mit Standard-Anzeigen wurden diejenigen bezeichnet, die das Bakelite allgemeingültig behandelten (Abb. 2 und 3). Diese erschienen abwechselnd mit den Fach- und Messe-Anzeigen. Die Fachanzeigen waren in ihrem Inhalt ganz auf die Interessengebiete des Leserkreises der einzelnen Zeitschrift abgestimmt. Der zeitliche Ablauf der Werbung wurde durch die Erscheinungstermine der Fachblätter bestimmt, die in einigen Fällen für den erforderlichen Zweck (Propaganda für die Frühjahrsmesse) nicht günstig waren. Die Werbung wurde von Ende Januar bis März durchgeführt.

Anzeigen für Fachgebiete zeigen die Abb. 4 bis 8. Alle Anzeigen erschienen mit Kontrollzeichen, um den Erfolg der Werbung genau zu überwachen. Es wurde nur in deutschen Fachzeitschriften inseriert. Erfreulich ist der hohe Anteil der aus dem Ausland einlaufenden Anfragen: 26,4 %. An diesen waren 20 Länder beteiligt. Wie die Anzeigen zur Belebung des Geschäftes beitrugen, beweist, daß auch von Firmen, die bereits Kunden sind, oder mit

Abb. 2 und 3 Standard-Anzeigen




wenn das Bindemittel nicht verläßlich ist? Wer vorbildlich gebundene Ware liefert, erhält sich den Kunden. BAKELITE ist seit Jahren das anerkannte Bindemittel für Bürsten und Pinsel. Neuerdings können Sie BAKELITE auch verarbeiten, ohne es im Ofen zu härten.

erhalten Sie durch Verwendung von BAKELITE als Bindemittel. Sie vertragen hohe Umlaufgeschwindigkeiten und ermöglichen große Leistung ohne sich erheblich abzunutzen. BAKELITE-Schleifscheiben sind fast spannungslos: Darum arbeiten sie zuverlässig und sparsam!

wünscht sich der Käufer Funk- und Schallplattengerät. Beides läßt sich technisch oft schwer vereinen, doch BAKELITE bietet hierfür Möglichkeiten: Schwierige Formen mit Zierleisten und Schrift lassen sich in einem Arbeitsgang pressen, und weil BAKELITE sich nicht verzieht, bleibt auch die ursprüngliche Klangschönheit stets bewahrt.

ist der Staubsauger, der sich praktisch bewährt und gefällige Form hat. Beide Bedingungen hilft BAKELITE erfüllen. Für Windräder, Saugrüssel, Ansätze und das Gehäuse wird dieser Werkstoff oft bevorzugt: der Verbraucher schätzt das geringe Gewicht des BAKELITE und seine Isolierfähigkeit, die dauernd Betriebssicherheit gewährleistet.

um dies schöne Gehäuse aus BAKELITE herzustellen: Fix und fertig kommt es aus der Presse, mit Zierleisten, Gewinden, Metallanschlüssen und durchaus glatter Oberfläche. Selbst mehrfarbige Gehäuse können in einem Arbeitsgang hergestellt werden. Für viele Radio-Einzelteile ist BAKELITE der geeignete Werkstoff. Seine so einfache Verarbeitung macht es nicht nur der Funkindustrie unentbehrlich.

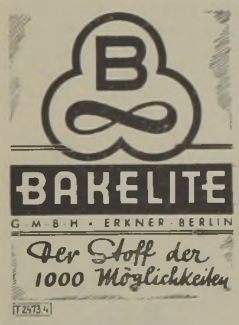


Abb. 4 bis 8. Fachanzeigen

denen die Firma in Verhandlungen steht, Anfragen eingingen. So stammten 5,3 % der Anfragen von Kunden, 2,1 % von Interessenten, die bereits mit der Firma in Verbindung standen, und 92,6 % von Interessenten, die bisher keine Verbindung mit der Firma aufgenommen hatten.

Zur Leipziger Messe wurden alle von mir entworfenen Anzeigen zu einer Druckschrift „Der Stoff der 1000 Möglichkeiten" zusammengefaßt, die noch durch weitere Angaben für das Unternehmen warb. Sie fiel durch ihr in der technischen Werbung ungewöhnliches Format auf, obwohl alle Anzeigen einheitlich auf dem DIN-Format aufgebaut waren.

Wie nachhaltig die Wirkung einer derartigen Anzeigenpropaganda war, beweist, daß noch drei Monate nach Erscheinen der letzten Anzeige weitere Anfragen einliefen.

Die amerikanische Werbung hat sich in ganz anderer Art als die deutsche entwickelt, auch dadurch, daß die Inserenten weitgehend mit ganzseitigen Anzeigen arbeiten. Die kleinere Anzeige erfordert einen andersartigen Aufbau, da sie sich ja gegenüber den Mitbewerbern im Seitenbilde bewähren muß. Auch in Deutschland werden Anzeigen gelesen, falls sie fesselnd geschrieben sind. Dies ist durch zahlreiche Kontrollen bewiesen worden. Als Beispiel mag die Versandwerbung gelten, durch die mit Anzeigen in kleinster Schrift oft Millionenumsätze erzielt werden.

Die deutsche Werbung hat es ebensowenig wie die deutsche Technik nötig, heute auf die Amerikaner als Vorbild zu blicken. Wir können neidlos den hohen Stand der Leistungen anderer anerkennen, in unsern eigenen wollen und müssen wir aber andere Wege gehen. Nur in einem dürften die deutschen Firmen der amerikanischen Arbeitsweise folgen: Man läßt sich drüben zum Entwurf und der Organisation der Reklame sehr viel Zeit. Etwas, was man im allgemeinen amerikanischen Geschäftsleuten nicht nachsagen kann. Man hat erkannt, daß dies wirtschaftlicher ist, als überhastet und planlos im letzten Augenblick „gefühlsmäßig" irgendwelche Maßnahmen in die Wege zu leiten. Wer auf weite Sicht seine Vorbereitungen trifft, wer für Entwurf und Druck seinen Mitarbeitern reichlich Zeit zur Verfügung stellt, der wird in einem andern Sinne als dem üblichen erfahren, daß Zeit Geld ist, nicht nur zu seinem Besten, sondern auch zum Vorteil der Gesamtwirtschaft! [2473]

## Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
Die Ansiedlung von Industriearbeitern. Von Ing. Dr. W. Wiedemann VDI . . . 257
Das Irak-öl und seine Auswirkungen auf den Weltmarkt. Von Wilhelm Kiewitt . . . 263
Die wirtschaftlichen Kräfte Abessiniens . . . 266
Zur Frage der deutschen Ausfuhrpreise. Von Ing. G. A. Langen . . . 267

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
Verbuchung der Sanierungsgewinne. Von Oberregierungsrat Dr. W. Mehrmann . . . 270

Wirtschaftsberichte:
Die deutsche Wirtschaft im August 1935. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . 271
Wirtschaftskennzahlen . . . 273
Verkehr . . . 273
Nahrungsmittelindustrie . . . 275
Chemische Industrie . . . 275
Maschinenindustrie . . . 277
Erdölindustrie . . . 277
Industrie der Steine und Erden . . . 279
Textilindustrie . . . 279
Länderberichte . . . 280

Schrifttum:
Wirtschaftswissenschaft und -politik . . . 282
Industrie und Handel . . . 282
Betriebswirtschaft . . . 283
Wirtschaftsprüfung . . . 284
Vertrieb . . . 284
Sozialpolitik . . . 284
Technikgeschichte . . . 285
Aus andern Zeitschriften . . . 285

Kartellbericht: Von Dr. S. Tschierschky . . . 285

Industrieller Vertrieb:
Der Aufbau einer technischen Werbung. Von Werbeberater Eduard Woche . . . 286

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Georg Freitag VDI, Berlin. — VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40.
Triasdruck G. m. b. H., Berlin SW 19, Dresdener Str. 97.